

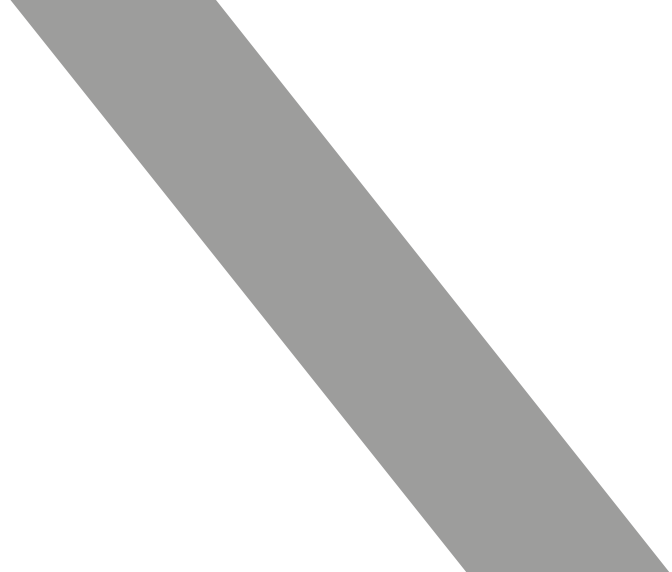


AUSSIEDLUNGEN UND VERTREIBUNGEN

Was für ein Mahnmal gegen die nationalsozialistischen Deportationen brauchen wir?



AUSSIEDLUNGEN UND VERTREIBUNGEN



AUSSIEDLUNGEN UND VERTREIBUNGEN

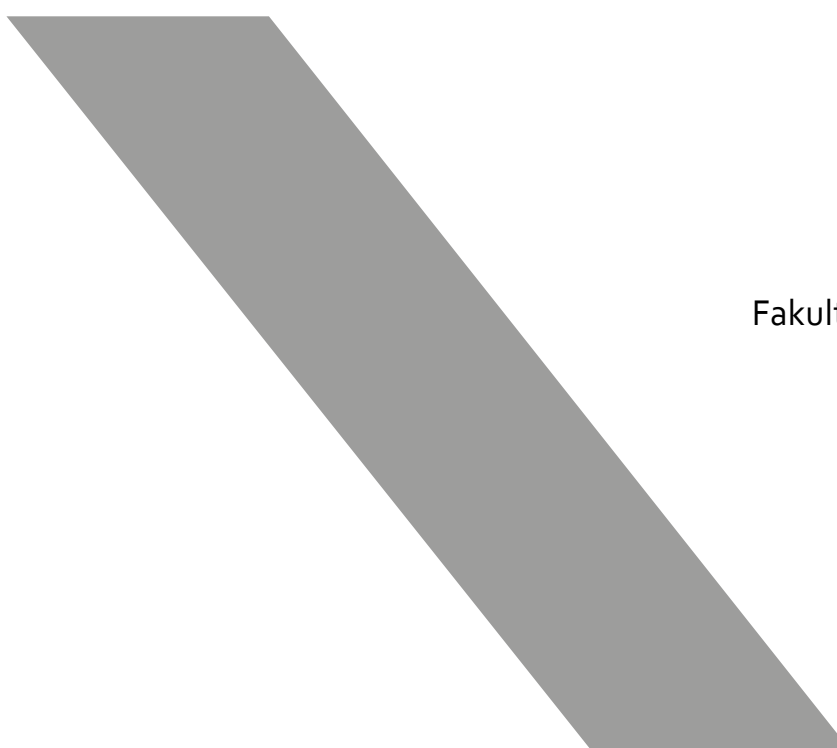
Was für ein Mahnmal gegen die nationalsozialistischen Deportationen brauchen wir?

herausgegeben von Jacek Kubiak

Öffentliche Debatte, 8. Dezember 2017

Fakultät für Politikwissenschaften und Journalismus

der Adam-Mickiewicz-Universität
in Poznań



Herausgeber:



Wydawnictwo Miejskie Poznań
ul. F. Ratajczaka 44, 61-728 Poznań
www.wmposnania.pl



Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen
ul. J. Dąbrowskiego 56
02-561 Warszawa

Grafische Mitarbeit, Umschlagentwurf, Satz- und Druckvorbereitung:

Studio Graficzne Wydawnictwa Miejskiego Poznań

Redaktion: Elżbieta Marszałek und Reinhard Lauterbach

Herausgegeben von: Jacek Kubiak

Redaktionelle Bearbeitung: Karolina Hamling

Korrektur: Stefan Brix

Druck und Einband:

Białostockie Zakłady Graficzne S.A., Al. 1000-lecia P.P. nr 2, 15-111 Białystok

© Copyright by Wydawnictwo Miejskie Poznań, Poznań 2018

© Copyright by Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen, Warschau 2018

Erste Auflage

ISBN 978-83-7768-213-5

Veranstalter der Debatte „Deportationen, Aussiedlungen und Vertreibungen. Was für ein Mahnmal gegen die nationalsozialistischen Deportationen brauchen wir?“ im Rahmen des Projektes „Vertreibungen 1939 aus Großpolen“.



Inhaltsverzeichnis

Vorwort (Jacek Kubiak)	7
Gedächtnisse im Streit	
Andrzej Sakson Wie sich Deutsche und Polen an den Zweiten Weltkrieg und die Deportationen erinnern	15
Hans Henning Hahn Der Weg in die humanitäre Katastrophe. Zweiter Weltkrieg und Vertreibungen in Geschichte und Erinnerung	19
Robert Traba, Katarzyna Woniak Ein Plädoyer für „Vertreibung“ als Teil der (deutschen) Besatzungsgeschichte	25
Aktives Erinnern	
Dominika Bazaniak Nie wieder... ..	31
Maria Rutowska Memoiren und Tagebücher als Quellen zur Erinnerung an Krieg und deutsche Besatzung 1939–1945.....	39
Beata Buchwald Wie mit Schülern über den Zweiten Weltkrieg sprechen?	44
Wiesława Surdyk-Fertsch Die deutschen Deportationen als Thema der schulischen Didaktik	46
Jens Stiller Kolonialisierung, Vertreibung, Rassismus – zum Umgang mit den Verbrechen gegen die Menschlichkeit im deutschen Schulunterricht	49
Kontexte und Konsequenzen	
Bernadetta Nitschke-Szram Aussiedlungen der Deutschen aus Polen und der Tschechoslowakei: Versuch eines Vergleichs	55
Anita Adamczyk Die Erinnerung an die Umsiedlungen gemäß den polnisch-sowjetischen Umsiedlungsverträgen von 1944	61
Cezary Trosiak Oberschlesien als Umsiedlergemeinschaft	65
Über die Autoren	70

Vorwort

Unmittelbarer Anlass für das Symposium, das wir in diesem Band dokumentieren, war die Eröffnung der Freilichtausstellung „Vertriebene 1939...“ in Posen. Die Ausstellung wurde im Marcinkowski-Park gezeigt, dort, wo in hoffentlich nicht allzu ferner Zukunft ein Denkmal für die vertriebenen Bewohner Großpolens stehen wird. Das Symposium wurde gemeinsam vom Polnischen Städtebund, der Fakultät für Politikwissenschaften und Journalismus der Adam-Mickiewicz-Universität Posen und der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen ausgerichtet und fand in den Räumen der genannten Fakultät statt. Der Titel der Veranstaltung lautete: „Erinnerung an Deportationen, Aussiedlungen und Vertreibungen. Was für ein Mahnmal gegen die nationalsozialistischen Deportationen brauchen wir?“. Die erwähnte Ausstellung war eine konzentrierte Fassung der Ausstellung „Vertriebene 1939. Deportationen polnischer Bürger aus den ins Dritte Reich eingegliederten polnischen Gebieten“, die dank der Zusammenarbeit des Instituts für Nationales Gedenken, Filiale Posen, der Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit, der Wojewodschaft Großpolen, der Stadt Posen, des Großpolnischen Unabhängigkeitsmuseums und der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen in den Jahren 2009–2018 in knapp 40 Städten zu Gast war – hauptsächlich in Polen, aber auch in Deutschland und Österreich.

Um sich die Bedeutung der im Titel gestellten Frage *Was für ein Mahnmal gegen die nationalsozialistischen Deportationen brauchen wir?* bewusst zu machen, sollte an einige Umstände erinnert werden. Die Deportationen, um die es geht, waren eine Katastrophe europäischen Ausmaßes. Hunderttausende polnische Bürger wurden aus Haus und Hof gejagt, ins Generalgouvernement transportiert oder einfach ihrem Schicksal überlassen, so dass sie sich auf eigene Faust neue Bleiben suchen mussten. Die Deportationen fanden nicht nur in Großpolen statt, sondern in unterschiedlichem Grade in allen Gebieten, die das Dritte Reich unmittelbar annektiert hatte: in Pommerellen und Westpreußen, dem nördlichen Masowien, Teilen der Region Łódź, Oberschlesiens und der Region Żywiec im Beskidenvorland. Der Historiker Czesław Łuczak hat die Gesamtzahl der betroffenen polnischen Staatsbürger christlichen und jüdischen Glaubens, die in den West- und Nordgebieten Polens ausgesiedelt, vertrieben oder verjagt wurden, auf 1,5 Millionen geschätzt.

Anstelle der Vertriebenen siedelten die Nazis ethnische Deutsche aus den baltischen Staaten und anderen Gebieten an, die aufgrund des Ribbentrop-Molotow-Pakts in den sowjetischen Herrschaftsbereich in Ost- und Zentraleuropa gefallen waren. Die Nazi-propaganda trompetete emphatisch, die Umsiedlung erfolge „Heim ins Reich“ und sei „die größte Völkerwanderung der Neuzeit“.

Die Deportationen polnischer Staatsbürger waren die ersten erzwungenen Migrationen des Zweiten Weltkriegs, und sie bildeten den Beginn einer Kausalkette, die am Schluss zum Transfer von über 10 Millionen Deutschen durch Flucht und Vertreibung aus Mittel- und Osteuropa führte.

Bis heute leben in Polen hunderte oder tausende Menschen, die als Kinder oder Jugendliche miterleben mussten, wie in ihren Wohnungen Deutsche erschienen, ihnen 15 Minuten Zeit zum Packen des Allernötigsten gaben und sie dann zum Verlassen ihrer Häuser zwangen. Von der Tiefe des Vertreibungstraumas, das diese Menschen damals durchlebt haben, konnte ich mich im Verlauf der weit über 100 Interviews überzeugen, die ich gemeinsam mit Janusz Zemer mit Opfern der Deportationen geführt habe. Die Erinnerung an diese Erlebnisse ist in den Familien und lokalen Gemeinschaften lebendig geblieben, auch wenn die unmittelbaren Opfer der Deportationen schon nicht mehr am Leben sind. Eindrücke davon, wie die Menschen sich heute an jene Ereignisse erinnern, liefert der Text *Nie wieder...* von Dominika Bazaniak im vorliegenden Band.

Wie konnte es dazu kommen, dass die Erinnerung an dieses Kriegsverbrechen von ungeheurem Ausmaß und schwerwiegenden Folgen im kollektiven Gedächtnis der Polen nur einen vergleichsweise kleinen Raum einnimmt? Und dies trotz der langjährigen Bemühungen des Posener West-Instituts, diese Erlebnisse zu dokumentieren, über die Maria Rutowska in ihrem Beitrag *Memoiren und Tagebücher als Quellen zur Erinnerung an Krieg und deutsche Besatzung 1939–1945* berichtet?

Während der Zeit der Volksrepublik Polen war die Freiheit, dieses Thema aufzunehmen, sicherlich durch den unmittelbaren Kausalzusammenhang zwischen den Deportationen polnischer Bürger und dem Ribbentrop-Molotow-Pakt eingeschränkt. Denn letzterer war damals ein Tabuthema. Ohne die Zusammenarbeit der beiden totalitären Verbündeten

wären Deportationen solchen Ausmaßes zu diesem Zeitpunkt, schon ab dem Herbst 1939, unmöglich gewesen. Stalin stimmte der Ausreise der ethnischen Deutschen aus seinem Herrschaftsbereich in jene Gebiete Polens zu, die administrativ an Deutschland angegliedert und vollständig germanisiert werden sollten.

Nach 1989 schoben sich dann in der geschichtspolitischen Diskussion die „weißen Flecken“, die die kommunistische Epoche hinterlassen hatte, nach vorn und wieder rückte die Erinnerung an die nationalsozialistischen Deportationen in den Hintergrund. Später konzentrierte sich die Aufmerksamkeit auf das nach und nach bekanntwerdende schwere Schicksal der in der Sowjetunion verbliebenen oder dorthin deportierten Polen sowie auf die imponierende Geschichte des polnischen Untergrundstaats und seiner bewaffneten Formation, der Heimatarmee (Armia Krajowa). Gleichzeitig blieb aus naheliegenden Gründen das Verbrechen der nazistischen Deportationen im Schatten des Mords an den polnischen und europäischen Juden. Indessen besteht ein Zusammenhang zwischen dem Holocaust und den Deportationen aus den ins Reich eingegliederten Gebieten. Im Zuge der Deportationen polnischer Bürger, deren Würdigung durch ein Mahnmal bei dem Symposium diskutiert wurde, testeten die Nazis, was sie später den Juden antaten: große Menschenmassen wehrlos zu machen und zu verschieben. Nicht zufällig war für die logistische Koordination der Deportationen in Berlin derselbe Adolf Eichmann verantwortlich, der später für seine Beteiligung an der Organisation des Holocausts in Jerusalem zum Tode verurteilt wurde. Einer der Anklagepunkte – der neunte – war dabei das „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ in Gestalt der Deportation von 500.000 polnischen Bürgern unter unmenschlichen Bedingungen. Im übrigen kann daran erinnert werden, dass die Nazis für den Fall ihres Sieges vorhatten, im Rahmen des „Generalplans Ost“

die Polen und die ganze slawische Bevölkerung Mittel- und Osteuropas zu vernichten.

Der erste Teil des vorliegenden Bandes trägt den Titel *Gedächtnisse im Streit*. Er ist dem Nachdenken darüber gewidmet, welchen Platz die Deportationen im deutschen bzw. polnischen Geschichtsdiskurs einnehmen, wie sie das Bild der Realität der Besatzungszeit prägten und warum sie in der deutschen Diskussion über den Zweiten Weltkrieg praktisch unbekannt sind oder jedenfalls viel zu selten erwähnt werden. Dies ist aber nicht der einzige Unterschied im Erinnern in Polen bzw. Deutschland. Andrzej Saksons Text *Wie sich Deutsche und Polen an den Zweiten Weltkrieg und die Deportationen erinnern* entstand eigens für das Symposium und stellt in knapper Form die Unterschiede des historischen Gedankens in Polen und Deutschland dar. Dagegen ist der Text von Hans Henning Hahn *Der Weg in die humanitäre Katastrophe. Der Zweite Weltkrieg und Vertreibungen in Geschichte und Erinnerung* ursprünglich als Vortrag entstanden, der im September 2016 anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Vertriebene 1939“ des Polnischen Städtebundes in der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin gehalten wurde. Der Autor verweist darauf, dass praktisch jede europäische Nation ihre eigene Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg pflegt, und dass dieser – so seine suggestive These – der „größte und wohl einzige, jedenfalls aber letzte Kolonialkrieg auf europäischem Boden“ gewesen sei.

Hingegen ist die Skizze von Robert Traba und Katarzyna Woniak *Ein Plädoyer für „Vertreibung“ als Teil der (deutschen) Besatzungsgeschichte* eine klare Stellungnahme dafür, auch für die Deportationen polnischer Bürger aus den ins Dritte Reich eingegliederten Gebieten den Begriff der „Vertreibung“ zu verwenden. Die Autoren waren bis vor kurzem wissenschaftliche Mitarbeiter am Zentrum für Historische

Forschung der Polnischen Akademie der Wissenschaften in Berlin und haben für die deutschsprachige Version der Ausstellung „Vertriebene 1939“ als Berater gewirkt. Das Argument der Autoren muss vor dem Hintergrund gesehen werden, dass die meisten polnischen Historiker für die nationalsozialistischen Deportationen aus den polnischen West- und Nordgebieten den Begriff der „Aussiedlung“ verwenden. Ich vermute, dass dahinter die Befürchtung steckt, die terminologische Gleichsetzung der Aussiedlungen polnischer Bürger 1939 und in den darauf folgenden Jahren und derjenigen der Deutschen 1945 und kurz danach könnte beide Vorgänge auf einen gemeinsamen moralischen Nenner bringen. Für beide Zwangsmigrationen denselben Begriff „Vertreibung“ zu verwenden, sei der ungerechtfertigte Versuch, sie moralisch und rechtlich gleichzusetzen.

Hier ist nicht der Ort, um diese terminologische Kontroverse in aller Ausführlichkeit zu behandeln. Mir selbst ist der Standpunkt des britischen Historikers Norman Davies am nächsten: „Die Begriffe ‘Deportation’ und ‘Vertreibung’ sind fast identisch [...]. Beide legen das Hauptaugenmerk auf die Erfahrungen zu Beginn der Reise. Das Wort ‘Aussiedlung’ dagegen konzentriert sich auf die Erfahrungen, die die Menschen an ihren Bestimmungsorten machten.”¹ Das Wort „Vertreibung“ dagegen betont den gewaltsamen, brutalen Charakter der nationalsozialistischen Aussiedlungen und ist insofern vielleicht geeignet, den Opfern nachträglich Genugtuung widerfahren zu lassen.

Im zweiten Hauptabschnitt *Aktives Erinnern* sei auch auf die drei Beiträge der Lehrerinnen und Lehrer Beata Buchwald, Wiesława Surdyk-Fertsch und Jens Stiller hingewiesen. Sie

¹ N. Davies, *Europa walczy 1939–1945. Nie takie proste zwycięstwo*, übers. von E. Tabakowska, Kraków 2008, S. 398.

überlegen, ob und in welchem Ausmaß das Thema der nazistischen Deportationen Thema im Schulunterricht beider Länder sein kann. Es sind Stimmen aus der Praxis von Menschen, die in deutsch-polnischen Fragen stark engagiert sind und jeweils das Thema der Aussiedlungen von Polen unter deutscher Herrschaft popularisieren. Beata Buchwald von der Grundschule Nr. 2 in Mosina und Wiesława Surdyk-Fertsch vom Zentrum für Lehrerfortbildung in Posen haben gemeinsam eine Aktion ins Leben gerufen, bei der Schülerinnen und Schüler Erinnerungen von Deportationsopfern und ihren Angehörigen gesammelt haben. Beide Autorinnen setzen sich dafür ein, dass die regionale und lokale Geschichte ihren Platz im Unterricht findet. Jens Stiller dagegen ist Direktor des Dreilindengymnasiums in Berlin. Er hat die Ausstellung des Polnischen Städtebundes „Vertriebene 1939“ in seine Schule eingeladen und in diesem Zusammenhang Geschichtsworkshops für seine Schülerinnen und Schüler organisiert.

Als wir uns die Frage *Was für ein Mahnmal gegen die nationalsozialistischen Deportationen brauchen wir?* zum Leitthema der Diskussion wählten, war dies genau das, was wir im Sinn hatten: die Erinnerung an diese Ereignisse an die jüngere Generation weiterzugeben und sie zu verfestigen sowie das Thema in der Schuldidaktik dauerhaft zu verankern. An unserer Podiumsdiskussion nahmen aber auch Vertreter der Initiativgruppe für die Errichtung eines Denkmals für die damals Vertriebenen in Posen teil. Es handelt sich um eine Gruppe von Personen, die als Kinder gemeinsam mit ihren Eltern zu Deportationsopfern wurden. Im Namen des Vereins ergriff der Vorsitzende der Initiativgruppe, Henryk Walendowski, das Wort. Er berichtete, dass bereits 2014 die Initiativgruppe von der Posener Stadtverwaltung einen Standort für das geplante Denkmal zugewiesen bekommen habe. Wenig später habe die Gruppe dann aus 30 Vorschlägen und Visualisierungen den

Entwurf des Bildhauers Jarosław Mączka aus Bielsko-Biała ausgewählt. Der städtische Denkmalausschuss habe die Entscheidung einstimmig bestätigt, aber zum Bau sei es dann doch nicht gekommen. Denn die Stadt habe unter dem Druck eines anderen Vertriebenenverbandes die bereits erteilte Genehmigung und Bestätigung des Entwurfs zurückgezogen. Es sei beschlossen worden, einen Wettbewerb zu organisieren². Henryk Walendowski, der Vorsitzende der Initiativgruppe, hatte einigen Anlass zu den verbitterten Worten: „Ein paar Kritiker des Entwurfs haben die jahrelange Arbeit unserer Gruppe und die Hoffnungen vieler Tausender zunichte gemacht, die seit Jahrzehnten auf das Denkmal gewartet haben.“ Zur Zeit ist nicht klar, wann das Denkmal entstehen wird.

Ein weiteres Anliegen der Veranstalter des Symposiums war es, wenigstens einen bescheidenen Beitrag zum polnisch-deutschen und europäischen historischen Diskurs beizusteuern. Diesem Bedürfnis ist der letzte Teil unserer Publikation mit dem Obertitel *Kontexte und Konsequenzen* zu verdanken. Dort findet sich der wichtige Aufsatz von Bernadetta Nitschke-Szram über *Aussiedlungen der Deutschen aus Polen und der Tschechoslowakei: Versuch eines Vergleichs*. Die Autorin zeigt, dass die aus der Tschechoslowakei ausgewiesenen Deutschen brutaler behandelt wurden als die Deutschen, die Polen verlassen mussten. Die gegenüber den Deutschen in der Tschechoslowakei angewandte Gewalt habe die auch oft drastische Vorgehensweise der Polen in praktisch jeder Hinsicht übertroffen.

Anita Adamczyk verdanken wir dagegen den Vortrag *Die Erinnerung an die Umsiedlungen gemäß den polnisch-sowjetischen Umsiedlungsverträgen von 1944*. Die kommunistische

² Der Streit um das Denkmal war mehrfach Thema in der Lokalpresse, vgl. u.a. <<http://poznan.wyborcza.pl/poznan/7,36001,21381086,chca-jak-najszybciej-postawic-pomnik-wypedzonych-napisali-list.html>> [Zugriff am 17.12.2018].

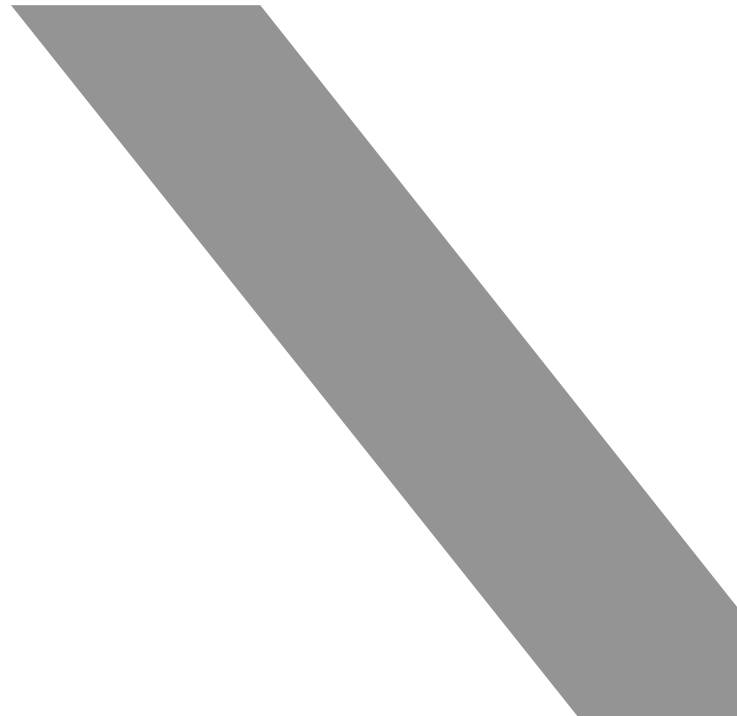
Regierung des Nachkriegspolens schloss mit mehreren Sowjetrepubliken – der ukrainischen, belorussischen und litauischen – Verträge über den Bevölkerungsaustausch ab. Aus dem Osten sollten dort lebende Polen übersiedeln, in den Osten dagegen polnische Ukrainer, Belarussen und Litauer. Auf polnischer Seite fanden sich aber nicht genug Umsiedlungswillige. Als die kommunistischen Behörden trotz allen Drucks aus Moskau nicht genug Zwang ausübten, um die Umsiedlung der Minderheiten ins Werk zu setzen, trat der antikommunistische Widerstand in Aktion. Die „verstoßenen Soldaten“ erzwangen durch Terror Auswanderungen in die Sowjetunion vor allem aus der Region um Białystok.

Schließlich behandelt Cezary Trosiak *Oberschlesien als Umsiedlergemeinschaft*. Sein Text, der den vorliegenden Band abschließt, ist eine recht bittere Reflexion darüber, wie wenig die Polen die ethnische Eigenart der Oberschlesier hinzunehmen bereit sind – eine Eigenart, die ohne die Kenntnis der Zwangsmigrationen des Zweiten Weltkriegs nicht zu verstehen ist.

Die drei unter dem Obertitel *Kontexte und Konsequenzen* zusammengefassten Aufsätze rufen uns etwas Wichtiges in Erinnerung. Wenn wir wollen, dass die Deportationen polnischer Bürger aus den ins Dritte Reich eingegliederten Gebieten, wie sie es zweifellos verdienen, Teil der europäischen Erinnerung werden, dann dürfen wir auch die anderen Zwangsmigrationen der Epoche des Zweiten Weltkriegs nicht vergessen. Auch wenn sich Polen dabei nicht in der Rolle der Opfer gezeigt haben.

Übersetzt von Elżbieta Marszałek und Reinhard Lauterbach

GEDÄCHTNISSE IM STREIT



Wie sich Deutsche und Polen an den Zweiten Weltkrieg und die Deportationen erinnern

Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges liegt beinahe 80 Jahre zurück, trotzdem stellen die Ereignisse von 1939–1945 im kollektiven wie familiären Gedächtnis der Polen und der Deutschen immer noch die wichtigste, vorherrschende Erfahrung aus der Vergangenheit dar. Und dies, obwohl 1989 der politische Systemwechsel in Polen und 1990 die Wiedervereinigung Deutschlands zustande kamen, und obwohl immer zahlreichere Generationen in das gemeinschaftliche Leben eintreten, denen die Grausamkeiten dieses in der menschlichen Geschichte schrecklichsten Krieges nicht mehr aus eigener Erfahrung bekannt sind.

Dieser Zustand des kollektiven Gedächtnisses in beiden Ländern ist durch soziologische Forschung gut belegt. Laut einer von CBOS [Centrum Badania Opinii Społecznej – Zentrum für Meinungsforschung] anlässlich des 75. Jahrestages des deutschen Überfalls auf Polen durchgeführten Studie stellt der Zweite Weltkrieg nach überwiegender Ansicht der erwachsenen Polen (71%) einen nach wie vor lebendigen Teil der polnischen Geschichte dar; demnach sei es geboten, ihn ständig ins Bewusstsein zu rufen. Das einschlägige Wissen bringen die Polen – so das Ergebnis der Studie – vor allem aus der Schule mit (73% der Antworten). Unter den drei am häufigsten genannten Wissensquellen zum zweiten Weltkrieg rangieren auch Bücher (47%) und Filme (41%). Mehr als ein Drittel der

Befragten (35%) gibt an, seine bzw. ihre Kenntnisse über diesen Krieg in erster Linie aus Gesprächen im Familienkreis zu schöpfen. Stolz sind die Polen vor allem auf die Organisation des Polnischen Untergrundstaates [Polskie Państwo Podziemne], die Aktivitäten der Heimatarmee [Armia Krajowa, AK] (45%), den Warschauer Aufstand (37%) sowie den Verteidigungskrieg von 1939 (36%). Für kaum mehr als ein Fünftel der Befragten (22%) steht fest, dass unser Land 1945 zu den Siegern gehört hat, und der Prozentanteil dieser Meinung ist innerhalb der letzten fünf Jahre zurückgegangen¹.

Was bleibt den Polen und den Deutschen in Erinnerung?

Als Kommentar zu den von CBOS veröffentlichten Ergebnissen könnte man sagen, dass der Zweite Weltkrieg im Bewusstsein der Polen mit drei Hauptthemen assoziiert wird:

- 1) Der deutsche Angriff auf Polen am 1. September 1939 und die polnische Kriegsniederlage, zu der auch der Einmarsch sowjetischer Truppen am 17. September 1939 gemäß dem

¹ 75 rocznica wybuchu II wojny światowej. Komunikat z badań CBOS, Warszawa, sierpień 2014, Nr. 114, S. 2.

Ribbentrop-Molotow-Pakt beitrug. Dieses Ereignis wird im Kollektivbewusstsein als eine vierte Teilung Polens wahrgenommen.

2) Die deutsche und sowjetische Besatzung und die daraus resultierenden Deportationen von Polen aus Großpolen, Pomerellen und Westpreußen ins Generalgouvernement.

- Das polnische Trauma des Zweiten Weltkriegs knüpft an das beispiellose Ausmaß an menschlichen und materiellen Verlusten an, die von den Besatzern angerichtet worden sind:
- Von allen am Krieg teilnehmenden Staaten hat Polen prozentual den größten Teil seiner Bevölkerung verloren, nämlich etwa 17,2%. Ungefähr 6 Mio. polnische Staatsbürger sind ums Leben gekommen, die Hälfte davon waren polnische Juden. Die materiellen Kriegsschäden werden auf insgesamt 38% des Volksvermögens geschätzt.
- Die Polen erlitten die längste und brutalste Okkupation (1939-1945).
- Durch die 1945 vorgenommene Grenzverschiebung von Ost nach West hat Polen insgesamt 75 861 km², d. h. über 20% seines Territoriums, eingebüßt.
- Im okkupierten Polen haben die Deutschen die größten Konzentrationslager zur Vernichtung von Juden errichtet.
- Die Polen haben den Besatzern erbitterten Widerstand geleistet, und zwar sowohl während des Feldzugs von 1939, als auch im Rahmen des polnischen Untergrundstaates.
- Von 1939 bis 1945 haben Deutsche ca. 1,7 Mio. Polen aus ihren Wohnstätten aus- bzw. umgesiedelt, verdrängt und vertrieben sowie zur Zwangsarbeit und Eindeutschung deportiert. Im Zuge von vier sowjetischen Deportationswellen von 1939 bis 1949 wurden 320.000 Polen ins Innere der Sowjetunion deportiert.

3) Nach dem Kriegsende stand Polen 1945 als Verlierer im Siegerlager da. Obwohl es vom ersten bis zum letzten Tag des

Krieges auf der Seite der Alliierten gekämpft und riesige Verluste erlitten hatte, wurde es – kraft Entscheidung der Siegermächte – der sowjetischen Einflusszone zugeschlagen und musste alle Konsequenzen dieser Entscheidung tragen. Die deutsche Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg ist hingegen durch drei zentrale Ereignisse geprägt, die sich von den polnischen Erfahrungen grundsätzlich unterscheiden. Es sind dies:

- die Niederlage bei Stalingrad, ein Symbol für den verlorenen Krieg und den Untergang des auf „tausend Jahre“ angelegten Dritten Reichs, regiert von der nationalsozialistischen Partei und ihrem Führer Adolf Hitler, dem bis zu seinen letzten Tagen eine Mehrzahl der Deutschen enorme Unterstützung entgegenbrachte;
- der Holocaust, das heißt die Ermordung der jüdischen Bevölkerung in Deutschland und im besetzten Europa, symbolhaft durch das Vernichtungslager Auschwitz repräsentiert;
- die Vertreibung, das heißt Evakuierung, Flucht, Deportation und Aussiedlung von etwa 10 Mio. deutschen Einwohnern aus den deutschen Ostgebieten, aus Polen, der Tschechoslowakei, der UdSSR, Rumänien und Ungarn². In diesen Abschnitt der Erinnerung gehört auch der „Bombenkrieg“, das heißt von Alliierten durch Bombenteppiche ausgeführte Luftangriffe auf Deutschland, sowie die ganze Ereigniskette, die unter dem Oberbegriff „Verbrechen an der Zivilbevölkerung“ bzw. „Vertreibungsverbrechen“ zusammengefasst wird: von Deutschen erlittene Aussiedlungen, Hunger, Selbstmorde, Vergewaltigungen, Prügelangriffe, Diebstähle und Diskriminierung³.

² A. Sakson, *Socjologiczne problemy wysiedleń*, in: *Utracona ojczyzna. Przymusowe wysiedlenia, deportacje i przesiedlenia jako wspólne doświadczenie*, hrsg. H. Orłowski, A. Sakson, Poznań 1996, S. 143–170.

³ Vgl. L. Nijakowski, *Rozkosz zemsty. Socjologia historyczna mobilizacji ludobójczej*, Warszawa 2013, S. 294–323.

Die Kriegsverbrechen und Besatzungsgräuel, mit denen Polen heimgesucht worden ist, nehmen im Bewusstsein der Deutschen eine eher marginale Stellung ein⁴. Dies bedeutet, dass in der deutschen Geschichtsdebatte im Laufe der Jahre ebenfalls die Deutschen – sei es als aus den Ostgebieten „Vertriebene“, sei es als mit Bombenteppichen belegte Zivilisten – in die Rolle von Opfern des Zweiten Weltkrieges schlüpfen. Bücher und Filme, die sich mit diesen Themen befassen, z. B. die Fernsehserie „Unsere Mütter, unsere Väter“ von 2015, gelten als Tabubrüche, und Politiker überlegen, in welcher Form die Opfer geehrt werden könnten, z. B. durch den Bau des Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin⁵. Eine offene Frage bleibt dabei, inwieweit solche Aktivitäten zu einer Relativierung der deutschen Schuld führen⁶.

Der deutsche Kulturwissenschaftler Harald Weltzer ließ 2012 eine Umfrage durchführen, um zu erforschen, was die Deutschen über die Haltung ihrer Eltern und Großeltern im Dritten Reich eigentlich wüssten. Das Ergebnis: Nähme man das in Familien tradierte Geschichtsbild für bare Münze, so müsste die Geschichte neu geschrieben werden. Laut der Umfrage sollen 13% der Vorfahren in der Widerstandsbewegung aktiv gewesen sein, und nur 1% der Befragten gab zu, dass ihre Angehörigen sich an verbrecherischen Taten beteiligt haben. Andererseits behaupteten die Befragten zu 26%, ihre Familien hätten Verfolgten geholfen, und 17% verurteilten den Hass und verteidigten die Opfer der Schikanen. Nur 3%

⁴ Vgl. A. Sakson, *Polska i niemiecka pamięć historyczna*, in: *Zbrodnie niemieckie w Wielkopolsce 1939–1945*, hrsg. M. Libicki, R. Wryk, Poznań 2004, S. 151–166.

⁵ Z. Mazur, *Centrum przeciw Wypędzeniom (1999–2005)*, Poznań 2006.

⁶ A. Sakson, *Europejska czy narodowa kultura pamięci historycznej?*, in: *Porządek społeczny a wyzwania współczesności*, hrsg. A. Sakson, Poznań 2005, S. 203–218.

gaben zu, dass es unter ihren Familienangehörigen Antisemiten gegeben habe.

Was noch schlimmer ist: Dieses Schönfärben der Geschichte kommt insbesondere in besser gebildeten Familien vor. Gerade diese Menschen, so Weltzer, wüssten sehr wohl, welche schrecklichen Verbrechen im Dritten Reich begangen worden sind, doch das Bewusstsein, eigene Angehörige könnten etwas damit zu tun gehabt haben, sei für sie unerträglich. Deshalb schiebe man die Bürde des Nationalsozialismus möglichst weit weg von sich. Von hier aus sei der Punkt nicht mehr weit entfernt, an dem – so die Argumentation des deutschen Forschers – schließlich gesagt werden könne: Irgendwann müsse man dieses Kapitel schließen, zumal man ja selbst schon damit längst abgerechnet habe⁷.

Träger des Geschichtsgedächtnisses und die Erinnerungspolitik

Ein wesentliches Element der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg in Polen und in Deutschland sind die mit der staatlichen Geschichtspolitik integrierten Institutionen des organisierten Gedenkens. Im Allgemeinen lassen sich zwei Arten der Erinnerungspolitik unterscheiden: die institutionelle und die gesellschaftliche. Die institutionelle umfasst historische Gedenkmaßnahmen, Denkmäler, Tafeln, Namen von Straßen und Plätzen sowie Feierlichkeiten anlässlich von Ereignissen des Zweiten Weltkrieges, z. B. der 1. und (in Polen) der 17. September oder der 8. Mai. Eine wichtige Rolle spielen die von verschiedenen staatlichen Einrichtungen – wie etwa Bildungswesen oder Militärdienst – geförderten Unterrichts- und Erziehungsprogramme. Eine gleiche Funktion erfüllt das Netzwerk von Museen an ehemaligen Hinrichtungsstätten sowie

⁷ A. Sakson, *Polska i niemiecka...*, S. 151.

in Konzentrations- bzw. Vernichtungslagern, z. B. in Oświęcim [Auschwitz] und Sztutowo [Stutthof] sowie in Buchenwald und Oranienburg. In Polen sind auch Museen anderer Art zu nennen, wie etwa das Museum des Zweiten Weltkrieges in Danzig oder das Museum des Warschauer Aufstands in der polnischen Hauptstadt. Eine wesentliche Funktion beim Festigen der Erinnerung an die Geschehnisse von 1939-1945 erfüllen in beiden Ländern Filme (Spielfilme, Fernsehserien, Dokumentarfilme, z. B. *Kanal* von Andrzej Wajda und *Der Untergang*), Literatur (Romane, Essays, Reportagen), Ausstellungen sowie Massenmedien, darunter die sozialen Netzwerke.

Zu den nichtinstitutionellen (gesellschaftlichen) Gedächtnisträgern zählen wir hauptsächlich die familiäre und individuelle Überlieferung; ihre Leistung besteht insbesondere darin, dass Kriegserinnerungen von Generation zu Generation weitergegeben werden. Es ist dabei zwischen der Generation von Zeitzeugen (Tätern und Opfern) und derjenigen der passiven Beobachter zu unterscheiden. Anders stellt sich die Situation für die Kindergeneration dar, die in der Nachkriegszeit im Schatten des Krieges und mit dessen Folgen leben musste, und nochmals anders für die der Enkel und Urenkel. Diese sind durch das Kriegstrauma zwar nicht mehr belastet, tragen aber doch eine Erinnerung an bzw. ein Verantwortungsgefühl für die Kriegsgeschehnisse in sich.

In diesem Kontext soll die Mythologisierung bzw. Entmythologisierung von Ereignissen des Zweiten Weltkrieges betrachtet werden. Eine Erscheinungsform davon ist in Polen der sog. Denkmalkrieg rund um das Andenken an die Soldaten der Roten Armee, deren Denkmäler häufig zerstört werden, während parallel die „verstoßenen Soldaten“ zu offiziellen Ehren kommen. In der Volksrepublik Polen stigmatisierte man die polnische Heimatarmee [Armia Krajowa], die NSZ [Narodowe Siły Zbrojne – Nationale Streitkräfte] und die Konspiration der WiN [Wolność

i Niepodległość – Freiheit und Unabhängigkeit]. Derzeit sind Soldaten der 1. und 2. Armee der in der Sowjetunion aufgestellten polnischen Einheiten (Wojsko Polskie) sowie Kämpfer der AL [Armia Ludowa – Volksarmee] und der BCh [Bataliony Chłopskie – Bauernbataillone] Gegenstand ähnlicher Eingriffe. Das Zerstören von Denkmälern, die Entmythologisierung und Mythologisierung sind Erscheinungsformen einer Geschichtspolitik, die hauptsächlich für den innerstaatlichen Gebrauch gedacht ist.

Die Geschichtspolitik eines jeden Staates hat aber auch ihre externe, d. h. internationale Dimension. Als Beispiele für geschichtspolitische Differenzen zwischen beiden Staaten seien hier erwähnt: die Kontroversen um das Zentrum gegen Vertreibungen, das Problem der Formulierung „polnische Konzentrationslager“ oder die Frage der Kriegsreparationen. Das jüngste und positive Beispiel für übereinstimmende Ansichten ist hingegen die Idee, in Berlin ein Denkmal zu Ehren der polnischen Opfer der deutschen Besatzung von 1939–1945 zu errichten. Ein solches Monument würde die Tradition versöhnender Gesten und Ereignisse fortschreiben, für die die an die deutschen Bischöfe gerichtete *Botschaft der polnischen Bischöfe* von 1965, der Kniefall Willy Brandts am Denkmal der Helden des Ghettos in Warschau 1970 oder die heilige Messe im niederschlesischen Kreisau von 1989 Beispiele sind.

Die Entstehung eines Denkmals zu Ehren der polnischen Besatzungsopfer würde bedeuten, dass das Ausmaß menschlicher Verluste sowie moralischer und materieller Verwüstungen, die – unabhängig von militärischen Handlungen – die deutsche Herrschaft auf den polnischen Gebieten in den Jahren 1939–1945 mit sich gebracht hat, von Deutschland wahrgenommen wird. Dies wäre ein weiterer wichtiger Schritt zur deutsch-polnischen Verständigung.

Übersetzt von Michał Antkowiak

Der Weg in die humanitäre Katastrophe. Zweiter Weltkrieg und Vertreibungen in Geschichte und Erinnerung

In der mehr als tausendjährigen Beziehungsgeschichte zwischen Polen und Deutschland, die lange Jahrhunderte hindurch weitaus friedlicher verlief als zum Beispiel zwischen Deutschland und Frankreich, stellt der Zweite Weltkrieg ohne Zweifel eine Besonderheit dar. Die seit der Mitte des 18. Jahrhunderts wachsende Asymmetrie zwischen beiden Nationen endete in der wohl totalsten Konfrontation, die zwischen zwei Nachbarn vorstellbar ist. Über Ursachen und Verlauf hat es im deutsch-polnischen Historiker-Dialog der letzten Jahrzehnte nie eine Kontroverse gegeben, sei es in den vielen Gesprächen und Konferenzen der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission, sei es in den Kontakten der Historikerverbände beider Länder, sei es in den diversen deutsch-polnischen Foren oder ähnlichen gemeinsamen Plattformen. Mit anderen Worten: Die Experten beider Seiten mögen zwar unterschiedliche Forschungsschwerpunkte haben, aber es gibt keine Verständigungsprobleme, was den Zweiten Weltkrieg angeht.

Allerdings ist offen zuzugeben: Wenn wir uns die Medien in beiden Ländern ansehen, dann sieht der Befund ganz anders aus. Dass Medien gerne mit Pauschalisierungen wie „die Polen“ oder „die Deutschen“ arbeiten und damit einzelnen Äußerungen

gesamtnationale Relevanz zuschreiben, gehört zum Geschäft. Das gilt vor allem in einer Zeit, in der Medien sich weniger als Instrumente investigativer Aufklärung verstehen, sondern als Interessenvertreter ihrer Regierungen, Gesellschaften oder bestimmter geschichtspolitischer Orientierungen, und die Emotionen ihrer Leser oft bedenkenlos schüren. Der mediale Dialog beider Länder ist, was die Geschichte angeht, gespickt von Missverständnissen und Unwissen bzw. Halbwissen, so dass man gelegentlich verzweifeln könnte. Viel zu häufig wird überdies Geschichte mit Erinnerung verwechselt. Und diese beiden, darauf sollten Historiker bestehen, unterscheiden sich grundsätzlich voneinander. Was eine Gesellschaft aus ihrer Vergangenheit erinnert, wie sie es tut und welche Emotionen sie damit verbindet, entspricht ihren jeweils gegenwärtigen Bedürfnissen, und dazu hat sie ein Recht; aber das hat nichts mit der – nach bestimmten Regeln zu ermittelnden, auf kritischer Quellenanalyse beruhenden – Geschichte zu tun, wie sie die europäische Kultur als Wissenschaft entwickelt hat.

Kehren wir zum Zweiten Weltkrieg zurück. Die Erwartung vieler Menschen in Polen, dass die Kriegsereignisse in Polen, so wie sie die dort lebenden Menschen erfahren haben, so auch in

Deutschland ins kollektive Gedächtnis eingegangen sein sollten, ist sehr verständlich. Sie übersieht dabei allerdings: Jede Gesellschaft in Europa hat den Krieg anders erlebt und erinnert ihn daher auch anders. Eine Umfrage in Europa unter den Überlebenden des Krieges, wann der Krieg angefangen habe, ergibt höchst unterschiedliche Antworten: September 1939 Polen und Deutschland, April 1940 Skandinavien, Mai 1940 Westeuropa, Juni 1940 Italien, Oktober 1940 Griechenland, April 1941 Jugoslawien, schließlich Juni 1941 die Sowjetunion. Es ist daher nur natürlich, dass jede Gesellschaft den Krieg anders erinnern muss. Von Deutschen und im Namen von Deutschland wurde zwischen 1938, dem diplomatisch getarnten Überfall auf die Tschechoslowakei, und dem Mai 1945 der Krieg in so viele Länder Europas und Nordafrikas getragen, wurden so viele Gewalttaten, Zerstörungen und Verbrechen verübt, dass es den Nachgeborenen oft schwer fällt, die unterschiedlichen Erinnerungen der einzelnen Nationen kennenzulernen. Meine Generation der am Kriegsende oder kurz danach geborenen Deutschen hat da schon eine Menge Orientierungsschwierigkeiten; wie sollen sich da erst unsere Kinder und Enkel zurechtfinden? In den vergangenen Jahrzehnten hat sich der deutsche Erinnerungsdiskurs, was den Zweiten Weltkrieg betrifft, zunehmend auf den Holocaust konzentriert. Dafür gibt es viele gute Gründe, es brachte aber auch Nachteile mit sich. Einer davon ist, dass dabei ausgeblendet zu werden droht, dass die verbrecherische Politik gegen die jüdische Bevölkerung Europas schon 1933 begann, und dass darüber das zweite Menschlichkeitsverbrechen, nämlich die Auslösung und verbrecherische Durchführung des Zweiten Weltkriegs, leicht vergessen werden kann. Das ist sicherlich kein absichtsvoller Vorgang, schließlich litten unter dem Krieg ja nicht nur die überfallenen Länder, sondern in der eigenen Erinnerung auch die deutsche Bevölkerung, die zu einem beträchtlichen Teil recht unfreiwillig in das kriegerische Unternehmen einbezogen worden war. Man kann solche Probleme des Erinnerns nicht gutheißen, aber relativ leicht erklären.

Dass Menschen in Polen andere Erinnerungsschwerpunkte haben als in Deutschland und auch in anderen Ländern Europas, ist ebenfalls erklärlich, ja sogar verständlich; trotzdem stellt dieser Umstand in unserem grenzüberschreitenden Dialog immer wieder einen Stolperstein dar. Da hilft nur eines: aufklärende Publizistik und Respekt vor der jeweiligen anderen Erinnerung der Nachbarn.

Dieser Text entstand als Einführungsvortrag zu Eröffnung der Ausstellung *Vertriebene 1939... Deportationen von polnischen Bürgern aus den ins Dritte Reich eingegliederten Gebieten* in Berlin, die ein Team um Jacek Kubiak 2016 in Berlin zeigte. Über die Themen und Ereignisse, die in der Ausstellung berührt wurden, können sich polnische und deutsche Historiker rasch einigen; im Gedächtnis der beiden Gesellschaften spiegeln sie sich allerdings auf recht unterschiedliche Weise. Die Unterschiede können hier nur andeutungsweise aufgezählt werden, markieren sie doch Themenkomplexe, die für die polnisch-deutsche Beziehungsgeschichte 1939-1945 sowie deren Vor- und Nachgeschichte prägend sind, gleichzeitig aber auch Brennpunkte der Erinnerungen, also Erinnerungsorte:

- Konzepte von 'Lebensraum' in Hitlers *Mein Kampf*;
- Osteuropa in den Augen der völkischen Bewegungen in Deutschland von 1933;
- Die Flucht und Vertreibung der tschechischen Bevölkerung 1938/39 aus den von Deutschland annektierten tschechoslowakischen Grenzgebieten;
- Die *Polen-Aktion* – die Ausweisung von jüdischen Staatsbürgern Polens aus dem Reich im Oktober 1938;
- Massengebombardierungen als Mittel der deutschen Kriegsführung von Guernica bis Wieluń, Warschau und Coventry;
- Massenerschießungen der polnischen Elite durch den sog. Volksdeutschen Selbstschutz;

- Die Massenumsiedlung deutscher Minderheiten 1939/40 aus den durch den Ribbentrop-Molotow-Pakt in den sowjetischen Einflussbereich gefallen Gebiete Osteuropas zwar offiziell ins Deutsche Reich, de facto aber in polnische und tschechische Besatzungsgebiete (gelegentlich verharmlosend als „Heim-ins-Reich“-Aktionen bezeichnet);
- Deutsche Besatzungspolitik und die Politik ethnischer Segregation, eine Apartheid im Kriegsalltag Europas;
- Deportationen während der deutschen Besatzung.

Weder der Einführungsvortrag zur Ausstellung noch dieses Essay können die komplexe und leidvolle Geschichte jener Epoche nacherzählen. Statt einer narrativen Erläuterung der Ereignisse soll hier das Thema Vertreibung kontextualisiert werden, allerdings nicht in den faktischen Ablauf der polnischen Geschichte, sondern in den deutschen historischen Diskurs, ergibt sich doch daraus eine Relevanz für unsere aktuellen Debatten in Deutschland und möglicherweise auch in Polen.

Vor anderthalb Jahrzehnten, also um die Jahrtausendwende, fand in der Bundesrepublik Deutschland eine sog. Vertreibungsdebatte statt, hervorgerufen von den Bemühungen der damaligen Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, ein Zentrum gegen Vertreibungen als identitätsstiftendes Erinnerungsmal zu gründen. Anliegen der Initiatoren war nicht nur die identitätsstiftende Verankerung der Vertreibung in das deutsche kollektive Gedächtnis, sondern auch die Europäisierung dieser Erinnerung. So wurde 2004 ein „Europäisches Gedenkzentrum für Opfer von Zwangsvertreibung und ethnischer Säuberung“ vorgeschlagen. Dieser Vorschlag war von der damaligen rot-grünen Bundesregierung abgelehnt worden. Als er dann von der Parlamentarischen Versammlung des Europarats debattiert wurde, wandte sich die französische Delegation vehement dagegen. Sie brachte mehrere Argumente

vor¹: zum einen monierte sie den unterschiedslosen Gebrauch der Begriffe ‘Deportation’, ‘Vertreibung’, ‘Zwangsumsiedlung’ und ‘ethnische Säuberung’. „Die Fahrt nach Auschwitz und der in den Verträgen nach 1945 festgelegte Bevölkerungsaustausch“ könnten nicht gleichgestellt werden. Die französische Justiz begrenze „den Begriff Deportation auf die Verschleppung in Konzentrations- und Vernichtungslager“. Die Schaffung des vorgeschlagenen Zentrums sei daher aufgrund „einer inakzeptablen Gleichsetzung der ‘Opfer’ und einer Beleidigung der Millionen Märtyrer der ‘Endlösung’ oder der Widerstandskämpfer“ kategorisch abzulehnen. Der Versuch einer Gleichsetzung aller Opfer, der Mitglieder des antifaschistischen Widerstands und der Opfer der NS-Herrschaft mit deutschen Vertriebenen, unter deren Funktionären nicht wenige NS-Täter und Mitläufer gewesen waren, sowie auch der Begriffe ‘Deportation’ und ‘Vertreibung’ scheiterte.

Zur selben Zeit bemühten sich einige deutsche Vertriebenenverbände, gestützt auf die UN-Konvention gegen Völkermord vom Dezember 1948, darum, die Vertreibung als Genozid anzuerkennen. Damit verbanden sie unterschiedliche Ziele. Im aktuellen Kontext argumentierten sie vor allem damit, dass dies gegen die Aufnahme der sogenannten Vertreiberstaaten Polen, Tschechien und Ungarn in die Europäische Union spreche, bevor nicht die damals Geschädigten, also die deutschen Vertriebenen, materielle, finanzielle und rechtliche Genugtuung erhielten. Auf der Grundlage eines ausführlichen Gutachtens des Heidelberger Völkerrechtlers Prof. Jochen Abraham Frowein² u. a. wiesen die europäischen Institutionen dieses

¹ <<http://www.bohemistik.de/frankreichmain.html>> [Zugriff am 8.12.2018].

² Europäisches Parlament. Generaldirektion Wissenschaft. Arbeitsdokument. Gutachten zu den Beneš-Dekreten und zum Beitritt der Tschechischen Republik zur Europäischen Union, <[http://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document.html?reference=Dg-4-AFeT_eT\(2002\)323934](http://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document.html?reference=Dg-4-AFeT_eT(2002)323934)> [Zugriff am 19.06.2017].

Ansinnen zurück, und der Aufnahme dieser Staaten in die Europäische Union stand die Vergangenheit nicht mehr im Wege.

Wenn auch die Bemühungen um eine Europäisierung des Vertreibungsgedenkens gescheitert sind, so lässt sich doch kaum leugnen, dass der bis dahin auf den deutschen Sprachraum beschränkte Begriff 'Vertreibung' sich dadurch internationalisiert hat. Anstelle von Bevölkerungstransfer oder Bevölkerungsumsiedlung finden wir heute in vielen Sprachen diesen Begriff, einschließlich der seltsamen, Anfang der 1950er Jahre als bewusste politische Strategie entstandenen, zusammenfügenden Formel 'Flucht und Vertreibung', als ob die beiden realen Phänomene das Gleiche bedeuteten. Sogar im Polnischen, wo der Begriff 'wypędzenie' bis vor zwei Jahrzehnten weitgehend tabuisiert bzw. in Anführungszeichen gesetzt wurde, gehört er inzwischen zur Alltagssprache. Jede Gesellschaft ist Meister ihres Diskurses, also will und kann ich darüber auch nicht urteilen. Interessant ist allerdings: Heute sprechen wir in Bezug auf die Menschen, die sich zu uns flüchten, von Flüchtlingen, Asylsuchenden oder Migranten, aber nie von Vertriebenen, obwohl alle diese Menschen nicht freiwillig ihre Heimat verlassen haben. Als Historiker will und kann ich niemandem vorschreiben, wie etwas zu bezeichnen ist, sondern kann nur analysierend untersuchen, wie wer oder was bezeichnet und benannt wird, und damit eine Geschichte des Wortgebrauchs aufzeichnen. Die Beobachtung, dass man mit dem Wort 'Vertriebene' Menschen der eigenen Nation oder Gruppe, aber nicht die Fremden, die 'zu uns' kommen, bezeichnet, erlaubt die Schlussfolgerung: Historisch impliziert der Terminus 'Vertreibung', dass diesen Menschen Mitleid sowie individuelle und kollektive Solidarität gebühre; deshalb vermeidet man diese Bezeichnung für Menschen, die nicht der eigenen Gruppe angehören, damit ihnen nicht die gleichen Emotionen zuteilwerden.

Ein weiterer strittiger Punkt der damaligen Debatte waren die kausalen Zusammenhänge, die zur Vertreibung der Deutschen

geführt hatten. Die Bemühungen um ein Zentrum gegen Vertreibungen waren wohl nicht zufällig kurz nach dem Beginn der Debatte um die Errichtung eines zentralen Holocaustdenkmals in Berlin aufgenommen worden. Es galt, die Vertreibung als das zweite große Menschlichkeitsverbrechen im kollektiven Gedächtnis zu etablieren – quasi als Gegengewicht. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung polemisierte am 29. August 2003 gegen den damaligen Bundesaußenminister Joschka Fischer, der in einem Interview die Vertreibung als Folge des Krieges und damit als einen Akt deutscher Selbstzerstörung bezeichnet und gemeint hatte: „Wenn wir über Vertreibung sprechen, kann man das, was vorher war, nicht außen vor lassen“³. Dagegen die FAZ:

Wir brauchen keine historische Proseminarstunde darüber, dass nichts in der Geschichte geschieht, das nicht eine Vorgeschichte hat. Es markiert indes Verbrechen von der Art der Vertreibung der Ostdeutschen, dass sie Vorgeschichte abschneidet⁴.

Dahinter stand das intensive Bemühen, über die Vertreibung zu reden, ohne den Krieg zu erwähnen. Auf die Frage, was das Vertreibungsgeschehen zu Ende des Krieges und danach verursacht habe, fand man eine universalhistorisch klingende Antwort, die die Besucher der vom Bund der Vertriebenen (BdV) veranstalteten Ausstellung „Erzwungene Wege“ im Jahr 2006 in Kronprinzenpalais in Berlin in der Eingangshalle lesen konnten:

Die Umsetzung der Idee eines ethnisch homogenen Nationalstaates ist eine der Hauptursachen für Vertreibung ethnischer

³ „Was haben wir uns angetan?“ Ein ZEIT-Interview mit Außenminister Joschka Fischer über ein Zentrum gegen Vertreibungen..., „Die Zeit“ 28.8.2003, S. 6.9.

⁴ pba: Kommentar. Völlig falsche Debatte, in: FAZ 29.8.2003.

Gruppen und Minderheiten im 20. Jahrhundert. Rassismus und Antisemitismus waren neben dem Nationalismus weitere Antriebskräfte für Vertreibung und Vernichtung⁵.

Der Nationalstaat als Ursache von Vertreibungen? Das passt zu einer Delegitimierung der europäischen Staatenordnung in der Zwischenkriegszeit (des sog. Versailler Staatensystems), zu einer Rehabilitierung imperialer Ordnungsvorstellungen, denen wir seit drei Jahrzehnten allenthalben und vor allem im angelsächsischen Sprachraum begegnen können, und zu dem Versuch, einen kausalen Zusammenhang aus dem Gedächtnis zu eliminieren, der für die damalige Erlebnisgeneration überall in Europa auf der Hand lag: den Zusammenhang zwischen Kriegen und Vertreibungen, erzwungenen Migrationen. „Geschichtspolitik gegen den gesunden Menschenverstand“, so könnte man diese Vorgehensweise nennen. Dabei bewies die erwähnte BdV-Ausstellung bei jedem Beispiel, das sie anführte, von den Armeniern bis zu den Völkern Jugoslawiens, dass alle Vertreibungen in Europa und auch anderswo während oder als Folgen von Kriegen stattgefunden hatten.

Polnische Vertriebene kamen in der damaligen Ausstellung auch vor, aber nicht diejenigen, die ab 1939 aus dem sog. Warthegau ins Generalgouvernement vertrieben wurden, sondern die Polen, die 1945/46 die ehemals polnischen Gebiete verließen, die an die Sowjetunion gefallen waren – obwohl es sich dabei streng genommen nicht um Vertreibung, sondern um Zwangsoption handelte. Das Bild, 1945 seien Polen und Deutsche gleichermaßen vertrieben worden, suggeriert die Schuldzuweisung für all dieses an die drei großen Alliierten – und die Tendenz der deutschen Vertriebenen, sich selbst allenthalben als Opfer darzustellen.

In Deutschland hat sich infolgedessen bei vielen Versöhnungswilligen eingebürgert, von einer deutsch-polnischen

Schicksalsgemeinschaft in der Mitte des 20. Jahrhunderts zu sprechen, und damit zu behaupten, Deutsche und Polen hätten sowohl das Schicksal des Vertrieben-Werdens als auch das Erlebnis fremder kriegserischer Besatzung gemeinsam. Zu Erstem habe ich schon angedeutet, dass es sich kaum um eine wirkliche Parallelität handelte. Zum Zweiten, der Besatzung, ist aber noch einiges hinzuzufügen. Zwischen all dem, was während des Zweiten Weltkriegs als deutsche Besatzung praktiziert wurde, und der Besatzung Deutschlands ab 1945 ist ein grundsätzlicher Unterschied zu machen: Letztere setzte in allen Besatzungszonen 1945 zunächst einmal geordnete Verhältnisse ein, und sie war eine *occupatio cum spe*, mit der Aussicht, irgendwann einmal ein normales und geordnetes Leben führen zu können, in der Hoffnung auf einen normal funktionierenden Staat. Alle deutschen Besatzungen während des Zweiten Weltkriegs waren genau das Gegenteil: Sie waren *de facto* regellose Willkürherrschaft, eine *occupatio sine spe*, ohne auch nur die geringste Aussicht auf geordnete Verhältnisse, eine Situation, in der auch Unterwerfung keinerlei Sicherheit versprach, jeder individuell wie kollektiv zu einem Leben ohne Zukunft verdammt war. Polen traf es, neben der Sowjetunion und Jugoslawien, am schlimmsten, und den Bewohnern dieser Länder waren auch, nach dem erhofften deutschen Endsieg, die schlimmsten Schicksale bestimmt: Massenausrottung oder zumindest Dezimierung und kollektive Deportation. Den Vorgeschmack bekamen die Bewohner der westpolnischen Provinzen schon in den ersten fünf Wochen zu spüren, als der sogenannte Volksdeutsche Selbstschutz, unterstützt durch die SS, im Schutze der vorrückenden Wehrmacht zahlreiche Mordaktionen mit dem Ziel verübte, die regionalen und lokalen polnischen Eliten auszurotten. Die diesbezüglichen Anweisungen aus Berlin waren eindeutig. Das wohl Schlimmste in der Situation normaler Polen war die Unkalkulierbarkeit des Lebens: Traf man einen Deutschen, so war nicht vorauszusehen,

⁵ Autopsie und private Notiz des Autors.

ob er sich normal, ja menschlich verhalten würde, oder ob er gerade einen brutalen Willkürakt bis hin zum Mord vorhatte – nichts war vorauszusehen, der Deutsche konnte sich als freundlich erweisen oder als Verbrecher, er konnte alles straflos tun, der Pole war ihm völlig ausgeliefert – eine Situation der totalen Willkür⁶.

Ein Teil der Bewohner der polnischen Westprovinzen, die nominell ins Reich eingegliedert wurden, ohne dass ihre Einwohner deutsche Staatsbürger wurden, wurde in das sogenannte Generalgouvernement ausgesiedelt, und zwar unter denkbar brutalen Umständen. Direkt nach dem Abschluss des Polenfeldzugs hielt Hitler am 6. Oktober 1939 seine berühmte „Heim-ins-Reich“- Rede, in der es offiziell hieß:

Denn der ganze Osten und Südosten Europas ist zum Teil mit nicht haltbaren Splittern des deutschen Volkstums gefüllt. Gerade in ihnen liegt ein Grund und eine Ursache fortgesetzter zwischenstaatlicher Störungen⁷.

In Wahrheit ging es um deutsche Minderheiten in den Gebieten, die durch die Teilung Ostmitteleuropas im Ribbentrop-Molotow-Pakt der Sowjetunion zugesprochen worden waren, also in Ostpolen, im rumänischen Bessarabien und in den baltischen Republiken. Die ersten „erzwungenen Wege“ von Deutschen fanden so statt, offiziell sollten sie in Westpolen angesiedelt werden, an die Stelle der dort zwangsweise ausgesiedelten Polen. Letztlich fand hier eine grausige Verknüpfung polnischen

und deutschen Deportationsschicksals statt, ausgelöst von einer verbrecherischen deutschen Regierung und Teil einer deutschen Besatzungspolitik, die Polen, Deutsche und auch alle anderen Bewohner Europas als bloßes Menschenmaterial betrachtete, als Objekte ihrer imperialen Politik.

Den Zweiten Weltkrieg kann man, vor allem was seine Ziele und die Art und Weise, wie er in Osteuropa geführt wurde, betrifft, als den größten und wohl einzigen, sicher aber den letzten Kolonialkrieg auf europäischem Boden bezeichnen. Er trägt alle Kennzeichen der Unerbittlichkeit und Grausamkeit, mit denen Kolonialkriege seit dem 16. Jahrhundert geführt wurden, nur diesmal auf europäischen Boden. Die Osteuropäer, die ihn erleiden mussten, könnten eigentlich viel Verständnis für die Afrikaner, Asiaten sowie Mittel- und Südamerikaner aufbringen, zu deren kollektivem Gedächtnis solche mörderischen Kriege seit 500 Jahren gehören. Dieser europäische Kolonialkrieg war von Anfang an als humanitäre Katastrophe geplant und brachte unterschiedliche Formen davon über alle Beteiligten. Schuld daran ist weder ein namenloses Schicksal noch ein Abstraktum wie die Vorstellung vom ethnisch reinen Nationalstaat, sondern die nationalsozialistische Führung des Deutschen bzw. Großdeutschen Reiches mit ihren kolonialen und imperialen Zielen. Das Nazireich ging im Ergebnis seines Krieges zu Recht unter, aber es riss in diesen Untergang viele Europäer, darunter vor allem die Osteuropäer und insbesondere Polen, Juden und Russen mit hinein. Von dieser historischen Verantwortung sind die Führer dieses Reiches niemals freizusprechen, wie auch immer wir einzelne Vorgänge bezeichnen.

In diesem Sinne bin ich heute froh darüber, Bürger eines Landes zu sein, dessen Regierung 2015 den humanitären Umgang mit realen Phänomenen wie dem Flüchtlingsproblem zur Priorität erklärt hat.

⁶ Vgl. H. Henning Hahn, *Deutsche Besatzungspolitik in Polen und polnischer Widerstand 1939–1945*, in: *Nationalsozialismus und Zwangsarbeit in der Region Oldenburg*, hrsg. K. Hoffmann, A. Lembeck, Oldenburg 1999, S. 37–54, hier S. 48.

⁷ Hier zit. nach E. Hahn, H. Henning Hahn, *Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte*, Paderborn etc. 2010, S. 170.

Ein Plädoyer für „Vertreibung“ als Teil der (deutschen) Besatzungsgeschichte

Untrennbares Element jedes Teilungskrieges ist nicht nur die Eroberung fremden Territoriums, sondern auch die Einführung eines Besatzungsregimes auf diesem Territorium. Keines der Besatzungsregimes, die wir in der Geschichte Europas kennen, war so allumfassend, völkermörderisch und die eroberte Bevölkerung versklavend wie jenes, das die Regierung des nationalsozialistischen Deutschlands von 1939–1945 in Osteuropa etablierte. In diesem System nahm das Generalgouvernement die Stelle Polens auf der Landkarte ein; ein Teil Polens dagegen wurde in die Staatsstruktur des „Dritten Reiches“ integriert (einige Teile Ostpolens erlitten 1939–1941 dasselbe Schicksal gegenüber der UdSSR).

Das durch Terror und Vernichtung polnischer „Untermenschen“ gekennzeichnete Besatzungsregime ergab sich nicht aus militärstrategischen Überlegungen oder als Vergeltung für Aktionen des polnischen Widerstands. Die einzelnen, *ad hoc* angeordneten, verbrecherischen Handlungen stellten einen Vorwand zur Realisierung bereits vorher vorbereiteter langfristiger Pläne zur Eroberung Polens dar, die auf Grundlage einer rassistischen Ideologie und einer sie unterstützenden antipolnischen Politik sowie weit verbreiteter antipolnischer Vorurteile in der deutschen Gesellschaft entstanden waren. Hitlers Äußerung vom 6. August 1942: „Wir werden die lächerlichen

hundert Millionen Slawen aufsaugen oder beseitigen“¹ war tief begründet und gesellschaftlich weitestgehend akzeptiert. Das NS-Regime stützte sich in erster Linie auf Antisemitismus und Antibolschewismus, aber in beinahe gleichem Maße auch auf in jedem Schulbuch verbreitete Vorstellungen von Polen als einem zurückgebliebenen und von rassistisch minderwertigen Menschen, die von Natur aus dazu bestimmt seien, Untergebene zu sein, bewohnten Land. Opfer solchen Unwissens und solcher Stereotype wurden auch Menschen, die ansonsten der Ideologie des Nationalsozialismus eher fern standen. Der (spätere) Held des Widerstandes, Claus Graf von Stauffenberg, nahm 1939 als Offizier an der Aggression gegen Polen teil und beschrieb seiner Frau die Polen als „unvorstellbaren Pöbel“ und als „Nation, die zu ihrem Wohlbefinden die Peitsche braucht. Die tausenden Gefangenen werden mit Sicherheit bei der Entwicklung unserer Landwirtschaft Verwendung finden können“². Das erniedrigende Bild des „Slawen“ war infolge einer jahrzehntelangen Bearbeitung von Generationen deutscher Schüler, Studenten und Staatsbürger mit negativen Vorbildern zu einer sozialen

¹ A. Hitler, Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims, hrsg. W. Jochman, Hamburg 1980, S. 331.

² P. Hoffmann, *Claus Schenk von Stauffenberg und seine Brüder*, Stuttgart 1970, S. 189.

Norm von solcher Stärke geworden, dass es sich noch bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts in der westdeutschen Jugend nachweisen lässt. Gymnasiasten schrieben damals in Studien die negativsten Kollektiveigenschaften Polen und Russen zu. Während jedoch – wie es die hervorragende polnische Historikerin Anna Wolff-Powęska zeigte – die Russen gleichzeitig als Vertreter des Landes, das Deutschland besiegt hatte, zumindest Respekt und Interesse hervorriefen, wurden Polen weiterhin ausschließlich als „primitiv“, „schlampig“ und „brutal“ assoziiert. Der Verbreitungsweg solcher Vorstellungen konnte im durch den Eisernen Vorhang geteilten Europa nicht eigene unmittelbare Erfahrung sein; hierfür kommen nur die schulische Erziehung und vor allem die mündliche Überlieferung in den Familien in Frage, in denen die ältere Generation von der Propaganda der 1930er und 1940er Jahre infiziert war.

Terror und Germanisierung Polens umfassten sämtliche Bereiche des Alltagslebens. Die Rassentrennung definierte die Beziehungen zwischen Besatzern und Besetzten und galt im öffentlichen Raum, wo bestimmte Flächen „nur für Deutsche“ reserviert wurden, die öffentlichen Umgangsformen, wo z.B. in den ins „Dritte Reich“ eingegliederten Gebieten alle Polen deutsche Soldaten und uniformierte Mitglieder der NSDAP grüßen mussten, oder das Schulwesen, wo die Schulpflicht für polnische Kinder auf die ersten Grundschuljahre reduziert wurde. Das polnische Schulwesen wurde überhaupt aufgelöst, und der öffentliche Gebrauch der polnischen Sprache war strafbar.

Die Massenvertreibungen und Erschießungen waren Elemente des bereits seit den dreißiger Jahren vorbereiteten „Generalplans Ost“, der den Deutschen neuen „Lebensraum“ im Osten Europas garantieren sollte. Mit seiner Umsetzung waren nicht nur Sondereinheiten von SS und Wehrmacht beschäftigt, sondern auch gewöhnliche Polizisten und Beamte, die in den „neuen Räumen“ auf eine beschleunigte Karriere hofften, die

sie sich überdies materiell noch mit der Bereicherung am Vermögen der örtlichen Bevölkerung zu vergolden wussten. Dies betraf hauptsächlich Polen christlichen und jüdischen Glaubens. Wir besitzen keine genauen Angaben über die zahlenmäßige Stärke der deutschen Besatzungsverwaltung im Generalgouvernement, aber einschließlich der Familienmitglieder kann es sich ohne weiteres um einige zehntausend Personen gehandelt haben.

Die Ausstellung „Vertriebene 1939... Deportationen von polnischen Bürgern aus den ins Dritte Reich eingegliederten Gebieten“ erzählt von deutscher Besatzungspolitik im „Wartheland“ in den ersten Kriegsjahren. Auch wenn die deutschen Machthaber in ihrem Verständnis dieses Gebiet gar nicht „besetzen“, sondern es als ein urgermanisches Territorium mit den anderen alten deutschen Provinzen wiedervereinigen wollten, so handelte es sich aus der Perspektive der dortigen polnischen Bevölkerung um nichts anderes als um eine gewaltsame Besatzungsherrschaft. Die sogenannten eingegliederten Gebiete unterschieden sich vom Generalgouvernement vor allem dadurch, dass sie vollständig entpolonisiert und eingedeutscht werden sollten. Zum Zweck der „rassischen Musterung“ wurde im Oktober 1939 die sog. Deutsche Volksliste eingeführt – ein in der Bevölkerung besonders verhasstes Instrument des direkten Terrors. Angesichts dessen, dass die ansässigen Deutschen im „Wartheland“ gerade einmal 17% der gesamten Bevölkerung ausmachten, gingen die Nazis von Anfang an von Massenausiedlungen aus, um die Regionen um Posen und Łódź in eine „blonde Provinz“ zu verwandeln. Die geplante Abschiebung von acht Millionen Polen und Juden in das als „Schrottplatz“ definierte Generalgouvernement war mit der Enteignung von deren Besitz verbunden. Die beschlagnahmten Höfe wurden, gelegentlich noch mit warmen Mittagessen auf dem Tisch, Volksdeutschen aus dem Baltikum oder Bessarabien feierlich

übergeben. Doch schnell stellte sich heraus, dass die Polen für die „Herrenmenschen“ als Arbeitskräfte unverzichtbar waren, zumal die neuen deutschen Ansiedler in erwarteter Menge nicht zu gewinnen waren. Bereits am 3. September 1939 wurden erste Arbeitsämter errichtet, mit dem Ziel, die Polen für die NS-Wirtschaft zu erfassen. Um das Dilemma zwischen Volkstumspolitik und wirtschaftlicher Ausbeutung zufriedenstellend zu lösen, schlugen die deutschen Funktionsträger für das „Wartheland“ die rassische Segregation vor. Spezielle Kommissionen inspizierten die Sammeltransporte der aus ihren Häusern herausgeworfenen „Untermenschen“ mehrmals, um „rassisch wertvolle“ Polen als Arbeitskräfte für das „Altreich“ zu rekrutieren. Auf diesem Wege wurden insgesamt rund 450.000 Polen allein aus dem „Wartheland“ zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppt. Nicht selten wurden die angeworbenen oder zwangsrekrutierten Arbeitskräfte doppelt verwendet, wenn sie z.B. vor dem Abtransport noch für die Arbeitsämter vor Ort bei Aufräumarbeiten oder zum Schneeschaufeln zwangseingesetzt wurden. Doch auch die als minderwertig klassifizierten Polen wurden vor ihrer Vertreibung ins Generalgouvernement in die Umsiedlungslager der SS gebracht und zur Arbeit gezwungen. Man schickte sie zum temporären Arbeitseinsatz, um sie dann nach der Erledigung der Arbeit endgültig aus den eingegliederten Gebieten zu entfernen. Insbesondere die Umwandererzentralstelle in Litzmannstadt wurde zum Drehkreuz der Segregation von polnischen Bürgern aus dem Warthegau. Hier wurde sowohl die „Eindeutschungsfähigkeit“, als auch die Arbeitsfähigkeit in jedem Einzelfall geprüft. Die Arbeitsämter spielten dabei eine entscheidende Rolle bei der Bestimmung über die Zukunft und damit häufig überhaupt über das Leben der Polen. Schließlich sollten alle polnischen „unnützen Esser“ in die sogenannten Polenreservate abgeschoben und die kranken und

geistig behinderten unter ihnen im Rahmen der NS-Euthanasie umgebracht werden. Die komplette Entpolonisierung und die massive „Ausrottung“ polnischer und jüdischer Einwohner des „Warthelandes“ waren wichtige Bestandteile nationalsozialistischer Besatzungsherrschaft, einer Herrschaft, die auf allumfassendem, ja grenzenlosem Terror basierte.

Dieser Gedanke liegt der hier besprochenen Ausstellung zugrunde, obwohl ihr Titel und das meiste Dokumentenmaterial sich auf die „Vertreibungen“ beziehen. Eine langjährige geschichtspolitische Strategie Deutschlands hat dazu geführt, dass die Kategorie „Vertreibung“ neben Holocaust, Vernichtungskrieg oder Bombenkrieg eine wichtige Stelle in der gesellschaftlichen Wahrnehmung des Krieges einnimmt. Die Besatzerfahrung, die bisher höchstens das Interesse der Wissenschaftler weckte, wird nur durch die Betroffenen als solche erinnert. Der öffentliche und symbolische Raum scheint durch die bereits erwähnten Kategorien schon vollständig „besetzt“ zu sein, so dass für die Erfahrungen der Besatzung kein Platz mehr vorhanden wäre. Mit diesem Zustand geht jedoch die Chance verloren, den Zweiten Weltkrieg gerade aus der sozial-emotionalen Perspektive zu verstehen. Denn eine Besatzungsherrschaft war viel mehr als eine neue politische Ordnung in den fremden Kriegsgebieten. Sie zielte auf die dauerhafte Unterwerfung der besetzten Bevölkerung, die man mit einer Politik der allumfassenden Einschüchterung zu erreichen und aufrechtzuerhalten beabsichtigte. Die Methode der „Vertreibung“ war darin nur eines von mehreren Instrumenten.

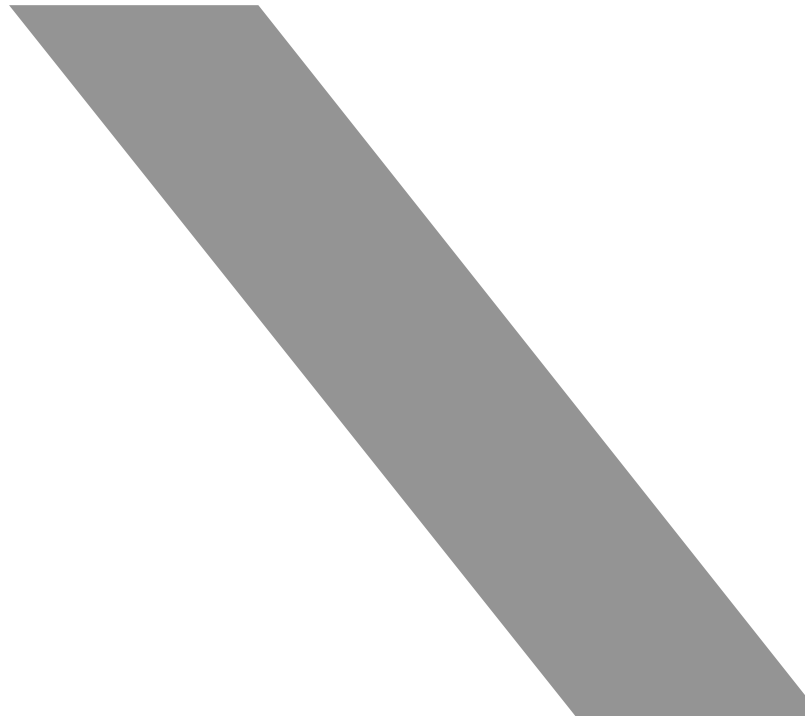
Hegemoniale Erinnerungsdiskurse können sich jedoch von realen Erfahrungen ablösen. So wird etwa seit rund 20 Jahren mit den besten Absichten in manchen deutschen Kreisen die „Vertreibung“ als „Schicksalsgemeinschaft von Polen und Deutschen“ interpretiert, wobei diese „Gemeinschaft“ auf die Erfahrungen der Jahre 1944/45 und die Deportation der Polen durch

den Sowjetstaat bezogen wird. Die vorhergehende fünfjährige deutsche Besatzungsherrschaft wird in dieser Erzählung zum Verschwinden gebracht.

Ist es durch die Verwendung des Begriffs „Vertreibung“ gelungen, eine hinreichend klare Botschaft zu entwickeln, einen Kommunikationsraum für deutsche Rezipienten dieser Ausstellung, vor allem aus der jungen Generation, zu schaffen, so dass sie den Kontext der deutschen Besatzungsherrschaft in Polen besser verstehen? Die Diversität und Vielschichtigkeit der in der Ausstellung gezeigten Objekte lässt hoffen, dass es eine große Chance hierfür gibt. Im Epilog zu dieser Ausstellung schlagen wir deshalb vor, auf die Ausstellung nicht nur unter dem Aspekt des den Titel bestimmenden Begriffs zu blicken, der sich in das vorherrschende Narrativ zur Geschichte des Zweiten Weltkriegs in Deutschland (und Europa?) eingliedert. Unser Anliegen ist es, den Betrachter zu ermutigen, die Ausstellung „Vertriebene 1939... Deportationen von polnischen Bürgern aus den ins Dritte Reich eingegliederten Gebieten“ als einen Teil der Besatzungsgeschichte zu „lesen“. Wir hoffen, dass auf diesem Wege die Erfahrung der Besatzung besser nachvollziehbar wird. Darüber hinaus wünschen wir uns und den Mitwirkenden, dass die „Besatzung“ fast nach 75 Jahren endlich einen zentralen Platz in den Narrationen über den Zweiten Weltkrieg in der öffentlichen Wahrnehmung erlangt.

Übersetzt von Elżbieta Marszałek und Reinhard Lauterbach

AKTIVES ERINNERN



Nie wieder...

Deportationen der polnischen Bevölkerung aus Gebieten, die ins Deutsche Reich eingegliedert worden waren, hatten den Zweck, schnell und massenweise Vermögen für Deutsche zu gewinnen. Zunächst sollten Intelligenzler exmittiert werden sowie Personen, die man verdächtigte, sich künftig in konspirativer Tätigkeit engagieren zu wollen, aber auch solche, die für ihre antideutsche Gesinnung bekannt waren, wie etwa Kämpfer des Großpolnischen Aufstands von 1918. Betroffen waren auch Menschen, die nach 1918 nach Großpolen zugewandert waren. Ein nicht minder wichtiges Kriterium stellte die Lage und Ausstattung der zu besetzenden Wohnungen bzw. Haushalte dar – vorgezogen wurden hoher Standard und günstige Lage.

Das Quellenmaterial zur vorliegenden Ausarbeitung ist im Jahre 2015 beim Verfassen einer Magisterarbeit nach der Oral-History-Methode gesammelt worden. Von über zehn Befragten wurden – zusammen mit ihren Familien – zwei meiner Gesprächspartnerinnen ausgesiedelt: Helena, eine damals Fünfjährige, die mit ihrem Vater und ihrem Bruder in der ulica Górna Wilda 17 wohnte (das erste Haus von der ulica Półwiejska, heute nicht mehr vorhanden), sowie Barbara Bogacka, damals 17 Jahre alt und in Śrem wohnhaft.

Für die Stadt Posen begann das Aussiedlungstrauma mit dem 5. November 1939. Diejenigen Einwohner, die ganz oben auf der Liste standen, waren überrascht und vollkommen unvorbereitet. Helena befand sich mit ihrer Familie in der

Gruppe der ersten 217 Posener, die nach Główna abtransportiert wurden:

Der Vater arbeitete bei Cegielski, am fünften November hatte er Nachmittagsschicht. Er holte uns bei der Oma ab, führte uns nach Hause und zündete Feuer unter der Herdplatte, um für uns etwas Warmes zum Trinken zu machen und Waschwasser zu erhitzen. Es muss so elf oder zwölf Uhr gewesen sein, da ballerte es furchtbar gegen die Tür. Bevor sie reinkamen, hatte der Vater noch so eine weiße Tagesdecke vom Bett abgezogen und auf das hinter der Nähmaschine stehende Fahrrad geworfen, denn dieses Fahrrad hätten wir abliefern sollen. Er ahnte aber nicht, dass wir hinausgeschmissen würden. Der Vater öffnete die Tür, drei Soldaten kamen herein und es wurde uns auf Deutsch ein Befehl vorgelesen. Ein Pole, der mit ihnen gekommen war, übersetzte diesen Befehl ins Polnische: Wir mussten die Wohnung innerhalb von 15 Minuten räumen und alles in dem Zustand zurücklassen, wie es steht und liegt. Da machte der Vater nur den Schrank auf und sagte, wir sollten so viel Kleidung anziehen, wie nur möglich. Als uns die Soldaten unter Gebrüll aus dem Zimmer herausdrängten, kam ich mit meiner geliebten Stoffpuppe, die meine Mutter genäht hatte. Einer der Deutschen riss mir die Puppe aus der Hand, warf sie in den Herd hinein und übergoss sie mit

Wasser aus dem Teekessel, löschte das Feuer. Wir verließen die Wohnung unter Gewehrkolbenschlägen – auf den Rücken, auf den Kopf. Dem Vater haben sie befohlen, die Wohnung abzuschließen, und ihm die Schlüssel gleich aus der Hand genommen.

Auf diese brutale Weise wurden tausende Einwohner Großpolens aus ihren Wohnungen verjagt, ohne Rücksicht auf Gesundheitszustand oder Alter. Je nach vorhandenen Kapazitäten wurde die exmittierte Bevölkerung mit Bussen oder Zügen transportiert. Helena erinnert sich:

Vor dem Haus wartete ein Bus, und Deutsche standen mit verschränkten Händen Spalier. Durch dieses Spalier gingen wir in den Bus und stiegen ein. In dem Bus gab es bereits furchtbar viele Leute. Der Vater staunte sehr, bei den anderen Passagieren Waschschüssel, Eimer und verschiedene Bündel zu sehen – wir hatten ja nichts, weil man uns nichts mitzunehmen erlaubt hatte. Ich weiß noch, wie der Vater meinem Bruder einen Laib Brot unter den Ärmel geschoben hat, und so sind wir losgefahren. Noch beim Einsteigen fiel etwas Schweres auf mich herab, etwas sehr Schweres, das ich fast nicht imstande war zu tragen. Es zeigte sich, dass mein Onkel, auf die Nachricht, was geschieht, angerannt gekommen war und seinen Wintermantel auf mich warf. Dieser war dann unser einziges Gepäck, im Waggon diente er uns als Fussboden, und die Matratze war mein Vater.

Die exmittierten Bewohner Posens und anderer großpolnischer Städte wurden in ein Umsiedlungslager gebracht, das in den ersten Novembertagen 1939 im Stadtviertel Główna in der ulica Bałtycka eingerichtet worden war. Das Lager bestand aus ein paar alten, früher als Militärdepot dienenden, als Unterkunft

nicht geeigneten Baracken. Auf dem Lagergelände befand sich auch ein Gleisanschluss. Das Gelände war mit einem dreifachen Stacheldrahtzaun umgeben, dazwischen spazierten deutsche Wächter mit Hunden. An jeder Ecke stand ein Wachturm.

Helenas Familie gehörte zu den ersten Eingetroffenen, denen die Aufgabe zufiel, das Lagerleben zu organisieren. Vor der Ankunft in Główna fuhr der Bus noch lange in Posen herum, um weitere Ausgesiedelte mitzunehmen:

Endlich sind wir vor dem Lager in Główna vorgefahren. Dort hielt unser Bus letztendlich an. Es war stockfinster, man konnte nichts sehen, plötzlich leuchteten Scheinwerfer auf, das Tor wurde geöffnet und unser Bus rollte hinein. Später hat der Vater erzählt, dass es dort bereits an die hundert hierher Transportierte gab, und jetzt noch unser Bus dazu. Furchtbare Bedingungen. Das Lager war noch gar nicht eingerichtet. Es war nur vorne mit einem Zaun umgeben und hatte ein Tor. Ich kann mich erinnern, dass wir in einem großen Gebäude waren. Auf den Zementboden hatte man für uns Stroh hingeworfen, und zwar so wenig, dass jeder nur fünf Strohhalm bekam.

Angehörige der Insassen des Übergangslagers sowie andere Einwohner Posens näherten sich dem Tor, riefen die Namen ihrer Angehörigen und versuchten, ihnen das Nötigste – Lebensmittel oder Kleidung – über den Zaun hinüberzuwerfen. Es gab zwar die Möglichkeit, Pakete für die Ausgesiedelten offiziell zu übergeben, doch in Wirklichkeit wurden diese von den Lagerbehörden penibel kontrolliert und alles, was irgendeinen Wert darstellte, requiriert. Schon ab dem ersten Tag – so Helena – habe man ihnen

dies und jenes herübergeworfen, mal Brot, mal ein Stückchen Speck, mal einen Klumpen Steckrübenmarmelade,

alles Mögliche. Meine Oma warf mir einen Pullover zu, und der blieb am Zaun hängen, dem innersten vom Lager her, und da wollte ich an den Zaun heran, doch ein Deutscher schrie mich an. So hing der Pullover bis zum Abend am Zaun. Abends kam Wachwechsel und Vater sagte, jetzt könnten wir den Pullover abholen. Ich ging hin, und ein Deutscher stieß den Pullover mit seinem Gewehr herunter, und ich habe ihn dann vom Boden aufgenommen. Man hat uns da Unterschiedliches herübergeworfen. Zwar konnte man ein Paket abgeben, doch die Pakete wurden am Tor aufgemacht, und was danach übrig blieb, war höchstens noch Brot, weiter nichts, denn alles Übrige haben die Deutschen entwendet. Mehr Unterstützung bekamen wir also nicht durch die offiziellen Pakete – denn solche hat Oma für uns auch abgegeben – sondern eben durch die über den Zaun geworfenen Sachen. Später kam auch der Onkel mit. Der hatte mehr Kraft als die Oma und konnte weiter werfen. Manchmal stellte sich der Deutsche blind, manchmal aber wurde die Sache, wenn sie zwischen die Zäune fiel, von seinem Hund zerrissen.

Im Lager Główna entstand schnell eine Krankenstation, in der ausgesiedelte polnische Ärzte und Krankenschwestern arbeiteten. Medizinische Betreuung war unbedingt nötig, denn es gab häufig Erkältungsfälle, Lungenentzündungen und Bronchitis. Helena erinnert sich, dass es dort „sehr viele Kinder, schwangere und gebärende Frauen sowie Ältere“ gegeben habe.

Während Helenas Lageraufenthalts tauchte die Idee auf, Frauen mit Kindern von den Männern zu trennen, was jedoch abgewendet werden konnte:

Das Schlimmste war, dass bei der Registrierung Frauen, Männer und Kinder getrennt wurden. Aber dann haben wir

zusammengelegt. Ich weiss noch, der Vater hatte Geld im Schuh, und alle Anderen holten irgendwo Geld hervor, um diesen Deutschen zu bestechen, damit er die Familien nicht auseinander reißt, und das ist gelungen. Später ist es ihnen wieder in den Sinn gekommen, Kinder zu separieren, um zu schauen, welche zum Eindeutschen geeignet wären. Ich war eine Hellblonde. Als mich der Deutsche an der Hand fasste, rief der Vater nur: „Augen!“ Jener fasste mich dann am Gesicht, ich schaute ihn an, und weil ich eben schwarze Augen hatte, winkte man ab. Sonst weiß ich nicht, was für ein Ende das genommen hätte. Ich weiß nicht, was aus den anderen Kindern geworden ist.

Die Aufenthaltsdauer in Główna reichte von ein paar Tagen bis zu einigen Wochen. Ziel der Internierung war die Deportation ins Generalgouvernement. Die Transporte gingen mit dem Zug täglich nachts oder zu einer späten Abendstunde direkt vom Lager ab. Vor der Abfahrt wurden alle kontrolliert. Der Zug setzte sich jeweils aus 20 bis 30 Waggons zusammen, wovon die meisten Güter- bzw. Viehwagen waren. In den wenigen Personenwagen wurden manchmal Kranke und Alte sowie Frauen mit kleinen Kindern befördert¹. Die ausgesiedelten Passagiere wurden von Hunger, Frost und Enge geplagt. Das Reiseziel war keinem von ihnen bekannt, was Angst und Unsicherheit zusätzlich verstärkte. Helena ist auf die Transportliste Nr. 12 gelangt und so verließ sie das Lager Główna am 15. Dezember 1939. Die Fahrt fand in einem Güterwagen statt und dauerte sehr lange.

Als die Waggons einrollten, in die man uns pferchen wollte, da gab es den Waggon Nummer zwölf, also gingen wir

¹ M. Rutowska, Lager Główna. Niemiecki obóz przesiedleńczy na Główniej w Poznaniu dla ludności polskiej (1939–1945), Poznań 2008, S. 72.

zur Nummer zwölf, das war ein Personenwagen. Die Deutschen kamen und schoben uns weg, na ja, wir hatten halt gedacht, dass zur Liste zwölf der zwölfte Waggon gehört. Das wäre schön gewesen... Leider mussten wir in einen Güterwagen. Beim Einsteigen hat man uns gezählt. Und die Männer im Waggon haben geschrien, wir sollten die Hände spreizen – zum Zeichen, dass drinnen kein Platz mehr sei. In anderen Waggon gab es bis zu hundert Menschen. In den unsrigen sind achtundachtzig Personen reingegangen, doch angekommen sind am Ende nur dreiundfünfzig. In dem Viehwaggon gab es nur zwei kleine, einander diagonal gegenüberliegende Fensterchen, auf dem Boden lag ein bisschen hingeworfenes Stroh.

Durch mehrmaliges langes Anhalten und Umkehren zog sich die Reise in die Länge. Helena erinnert sich, zunächst von Poznań nach Konin gefahren zu sein, dann eine Station zurück, dann ging die Fahrt weiter. Zwischen Kutno und Modlin habe der Zug sogar zwei Wochen lang gestanden. „Da sind einige entflohen, weil die Wächter in das nahegelegene Haus gegangen waren und der Waggon blieb einige Zeit offen, dann kam einer von ihnen und verriegelte uns wieder“.

Während der Reise ereigneten sich dramatische Zwischenfälle, die dem fünfjährigen Kind deutlich im Gedächtnis geblieben sind:

Wenn jemand in unserem Waggon starb, dann flehten wir einfach, oder eigentlich legten die Leute Geld zusammen, um den Toten irgendwo am Gleis, auf dem Acker begraben zu können. Es musste dann von Hand ein kleines Grab ausgehoben und der Leichnam mit Erde bedeckt werden, so dass ihn Raben und Krähen nicht zerpicken konnten. Während dieser Reise stillte eine Frau ein kleines Kind,

eine andere hat im Waggon geboren. Als sie geboren hatte, zerrissen Männer ihre Hemden, oder was da jemand sonst besaß, um dieses Neugeborene zu wickeln. Mein Vater konnte wenig hergeben, weil wir so wenige Sachen bei uns hatten. Jemand rückte mit einem Handtuch heraus – egal, ob es vielleicht schon schmutzig und benutzt worden war – das wurde ihr auch für das Kind gegeben. Diese Frau, die geboren hatte, ging einmal während eines Halts hinaus – denn sie ließen uns ab und zu aus dem Waggon raus, gaben uns Kaffee und Brot; dann durften wir neben dem Waggon stehen oder ein wenig laufen und essen. Ja, und sie trat zwischen die Dampflokomotiv und unseren Waggon, sie wird wohl die Zugachse überschritten haben, keine Ahnung. Sie wollte nicht fliehen, sondern nur ein bisschen Ordnung rund um sich machen, denn sie hatte von jemandem Unterhosen und irgendwelche Stoffsachen bekommen, sie war ja kurz nach der Entbindung. Und dort wurde sie erschossen. Alle gingen sie begraben. Ich weiß noch, wie ihr Mann sagte: unter dem Baum begraben, vielleicht ließe sich die Stelle irgendwann wiederfinden. Vielleicht hat er sie nicht wiedergefunden, vielleicht ist er früher geflohen, vielleicht ist er umgekommen. Und dieses im Zug geborene Kind wurde später von jener zweiten Frau gestillt.

Nach ein paar Wochen kommt Helena in Kotuń an, einer Stadt vor Siedlce, wo im Winter 1939/40 ein Frostrekord von –41°C verzeichnet wurde. Von dort aus gelangte der ganze Transport nach Żeliszew:

In Żeliszew sind wir ziemlich lange geblieben. Ich erinnere mich, dass es dort eine mariavitische Kirche gab und eine unsrige. Die mariavitischen Schwestern gaben uns zu

essen. Sie ließen uns zu sich kommen und erlaubten uns, Hirse vom Acker zu sammeln. Sie haben uns beigebracht, Kuhfladen zu sammeln, sobald der Sommer kommt. Alle waren darüber erstaunt, auch die Erwachsenen, aber die Schwestern sagten, wir sollten die Fladen irgendwo einlagern, denn im Winter werden sie als Brennstoff dienen. Die Posener konnten sich in solchen Angelegenheiten schwerlich auskennen... Nach fast einem Jahr sind wir von dort nach Starachowice gefahren. Dort wurde mein Vater zur Arbeit in einer Waffenfabrik eingeteilt, und uns schickte man auf eine deutsche Schule.

In Starachowice engagierte sich Bernard, Helenas Vater, in konspirativer Tätigkeit:

Oft wickelte mir der Vater irgendwelche Zeitungen um den Leib und sagte: „Du gehst jetzt in dieses und jenes Haus, dort gibt man dir Brot und du bringst dieses Brot nach Hause“. Ich habe mich sehr gewundert, dass man mir dort die Zeitungen wegnahm, aber andere Zeitungen mitgab. Damals war ich fast sechs Jahre alt. Erst viel später, nach Jahren, habe ich erfahren, dass ich Flugblätter und geheimes Material überbracht hatte.

Bernard wurde verhaftet und in ein Lager gebracht, seinen Kindern – Helena und Benon – gelang es im Jahre 1942, mit fremder Unterstützung nach Posen zurückzukehren.

Während der Okkupation musste Helenas Familie auf unterschiedlichen Wegen Nahrung für sich besorgen. Meine Gesprächspartnerin hat alle „kriegszeitlichen“ Kochrezepte sorgfältig niedergeschrieben und zur Verfügung gestellt, so dass wir jetzt sehen können, was in jenen schwierigen Zeiten auf der Speisekarte vieler Polen gestanden hat. Hier findet man

Steckrübensuppe, Vogelbeerkonfitüre, Kartoffelpastete, Klöße, Suppe von Weißem Gänsefuß oder „blinde Fische“ (eine ohne Fett gekochte Kartoffelsuppe, die keine Fettaugen hatte, daher die Bezeichnung als „blind“, A.d.Ü.).

Suppe von Weißem Gänsefuß

Zutaten:

Weißer Gänsefuß (auf den Wiesen am Warthe-Ufer gepflückt)

Kartoffeln

Salz

Zwiebel

Zubereitung:

Weißes Gänsefuß pflücken und gut abspülen. Kartoffeln sehr dünn schälen, dann in Stückchen schneiden. Zwiebel auf der Herdplatte anbraten. Kartoffeln, gehackten Gänsefuß und Salz mit Wasser übergießen und weich kochen. Nach Geschmack salzen und geschnittene, gebräunte Zwiebel dazu geben.

Bemerkung: Manchmal wurde die Suppe mit Mehl, Grieß oder Brotrinde angedickt.

Die zweite meiner Gesprächspartnerinnen war Barbara Bogacka. Vor dem Krieg hatte sie mit ihren Eltern und drei Geschwistern in einem geräumigen Einfamilienhaus in Śrem, einer Kreisstadt südlich von Posen, gewohnt. Ihr Vater war Arzt und wurde 1939 zum Militär einberufen. Als der Krieg ausbrach, war Barbara siebzehn Jahre alt.

Im Frühling des Jahres 1940 wurde bereits von Aussiedlungen geredet, deswegen wollte sich die Familie darauf vorbereiten. Barbaras Mutter machte Bündel aus Bettlaken, weil sie gehört hatte, dass Reisekoffer den Ausgesiedelten von Deutschen

weggenommen würden. Unterwegs trug jedes Kind auch ein paar goldene Schmuckstücke bei sich.

Die Aussiedlungsaktionen liefen nach einem bestimmten Schema ab. Meistens fanden sie spätabends oder frühmorgens statt. Für das Zusammenpacken hatten die Einwohner fünfzehn bis dreißig Minuten Zeit. Sie durften ausschließlich Handgepäck mitnehmen: Kleidung, Decken, Trinkgefäße und Essgeschirr, Lebensmittel, Dokumente. Erlaubt waren 12 kg Gepäck pro Erwachsenen und 6 kg pro Kind². Das ganze sonstige Vermögen wurde konfisziert. Aus zahlreichen Berichten der Ausgesiedelten geht hervor, dass diese Richtlinien nicht immer eingehalten worden sind.

Die Aussiedlung von Barbaras Familie war ein außergewöhnlicher Fall:

Am späten Abend sind sie gekommen, um uns aus dem Haus hinauszuerwerfen. Auf dem Tisch lag Muttis Handtasche, da drin hatte sie alle unsere Dokumente und unsere Schulzeugnisse. Denn wir waren naiv genug zu denken, dass wir dort auf die Schule geschickt würden. Einer der Deutschen hat die Handtasche gesehen und geöffnet. Dort drin war ein Brief von Muttis Verwandten, die in Deutschland wohnten. Und sie überlegten dann, was also mit uns zu tun ist. Schließlich ließen sie uns wieder auspacken, es hieß, wir bleiben. Da haben wir uns ausgezogen. Ich und die Schwester hatten je drei Kleider, sämtliche Goldsachen, Ringe, Armbänder angelegt, und das alles legten wir jetzt wieder ab. Mutti versteckte den Schmuck. Nach einer halben Stunde kamen sie zurück. Befehl: sofort ankleiden und hinausgehen! Keine Zeit zum Packen, wir schafften es gerade noch, uns anzuziehen. Diesmal hatte ich nicht

mehr drei, sondern ein einziges Kleid an, und darüber den Mantel. Ankleiden und raus! Sie erlaubten uns nicht, irgendetwas mitzunehmen, und führten uns schnell hinaus.

Aus Śrem wurden Barbara, ihre Mutter Helena und drei Geschwister: Maria, Tadeusz und Aleksandra³ mit dem Zug nach Główna gebracht, wo sie um etwa ein Uhr in der Nacht vom 12. zum 13. März 1940 eintrafen:

Man hat uns in eine Baracke hineinkommandiert, wo an den Wänden Stroh ausgeschüttet war, dort gab es Schlafplätze – wo man sich hinlegte, da blieb man liegen. Das Stroh war mit Brettern umfasst und bildete eine Art große Liegefläche, aber wir konnten dort nur auf der Seite liegen, denn rücklings hätte man zu viel Platz eingenommen. Es gab dort ältere Leute und ganz kleine Kinder, auch Säuglinge. In der Mitte stand ein langer Tisch und Bänke.

Die Ernährung im Lager war sehr karg. Für die Internierten war zum Frühstück und zum Abendessen Brot und schwarzer Kaffee, zu Mittag Suppe vorgesehen. In den ersten Tagen kam es vor, dass die Insassen überhaupt keine Mahlzeit bekamen. Barbara bestätigt dies:

Am ersten Tag haben wir fast gar nichts gegessen. Am Nachmittag wurden nur kleine schwarze Laibchen verteilt – alle sagten, es sei gemahlene Baumrinde. Nachher brachte man uns Brot, Margarine und einen Kessel Tee. Und das war schon alles.

³ Ibidem, auf S. 124 befindet sich eine falsche Namensschreibung „Alexander Bogacki“ [männlicher Vor und Nachname].

² Ibidem, S. 16.

Eine weitere Erschwernis lag darin, dass man eigenes Geschirr benötigte: Becher, Teller, Besteck.

Wir hatten nichts davon mitgebracht, weil man uns ja ohne irgendetwas hinausgeworfen hatte. Das war schon schwierig, doch meine Mutter ging zu einem Arzt, der dort Lagerarzt war, und es stellte sich heraus, dass der meinen Vater kannte. Er hat für uns dann Becher und Löffel organisiert.

Barbara hielt sich in Główna nur ein paar Tage auf, denn sie bekam hohes Fieber und der Lagerarzt sagte, die Familie solle mit dem ersten Transport hinaus. Wegen der Krankheit wurden sie von ihm in einen Personenwagen eingewiesen. „Man befürchtete, ob das nicht eine ansteckende Krankheit ist, deswegen ließ man uns in den ersten Zug einsteigen, der Richtung Tarnobrzeg fuhr“. Die Abfahrt aus Posen erfolgte am 15. März 1940.

Sobald unser Zug störte, wurde er auf Seitengleise hin und her rangiert, so haben wir eine Nacht und einen Tag, oder einen ganzen Tag gestanden. Es herrschte strenger Frost, doch in unserem Personenwagen war es halb so schlimm, viel schlimmer hatten es die Anderen, die in den Güterwagen. Wir waren über eine Woche unterwegs, wahrscheinlich acht, neun Tage.

Letztendlich ist Barbara mit der Familie in Tarnobrzeg eingetroffen. Aus ihrer Erzählung geht hervor, dass die Ausgesiedelten von den Einheimischen nicht wohlwollend aufgenommen wurden. „Dort waren die Verhältnisse furchtbar, eine wahnsinnige Arbeitslosigkeit. Die Einwohner schauten uns unmutig an“. Die Ankömmlinge sollten zu Arbeiten auf dem Lande eingesetzt werden.

Wer von uns hätte etwas im Dorf arbeiten können? Wir kannten uns nicht mit Pferden und nicht mit Kühen aus. Keine blasse Ahnung hatten wir davon! Meine Mutter hat den Leuten im Magistrat Schmiergeld gegeben, und wir haben ein Zimmer bekommen, aber ohne Abort und ohne Wasser. Dort gab es überhaupt keine Wasserleitungen. Wenn du nur wüsstest, was für eine Armut dort war!

Barbara schaffte es, eine Anstellung in einem ärztlichen Sprechzimmer zu finden – oben im selben Gebäude, wo ihre Familie wohnte:

In diesem Sprechzimmer arbeitete ich als Gehilfin, ich machte Injektionen und Verbände. So habe ich diese fünf Jahre durchlebt. Mein Bruder arbeitete in einer Bootswerft in Tarnobrzeg. Maria, die ältere Schwester, assistierte in einer Tuberkulose-Ambulanz. Ola, die Jüngere, ging zur Schule, denn sie war damals elf.

Die letzten Internierten haben das Lager in Główna am 20. Mai 1940 verlassen. Ab dem Zeitpunkt wurden alle aus der Stadt Posen Ausgesiedelten vorübergehend in andere Lager nach Łódź gebracht. Seit der Entstehung (November 1939) bis zur Auflösung (Mai 1940) waren im Lager Główna insgesamt 33.500 Menschen inhaftiert, die fast alle ins Generalgouvernement deportiert wurden. Unter den Deportierten machten die Einwohner der Stadt Posen 27.000 und die Einwohner kleinerer Städte Großpolens [Wielkopolska] wie z. B. Śrem, Szamotuły, Gniezno, Środa, Leszno und Pniewy über 4.500 aus⁴.

⁴ Ibidem, S. 80, 81.

Das Kriegsende bedeutete für die Ausgesiedelten noch lange nicht das Ende der Probleme. Nach der Rückkehr in die Heimatstädte fanden sie ihre Häuser bzw. Wohnungen oft von neuen Mietern besetzt oder durch Kriegshandlungen zerstört vor. Was ihnen bevorstand, war das mühevollle Entrümmern und Wiederaufbauen der Städte, das Sich-Wiederfinden in der neuen Wirklichkeit und das Nachholen des versäumten Schulunterrichts der Kinder und Jugendlichen.

Helena wohnte nach dem Krieg in Poznań, in der ulica Sienkiewicza. Nach dem Abschluss eines Pädagogischen Lyzeums unterrichtete sie Sport in Słupca, anschließend studierte sie Pädagogik an der Adam-Mickiewicz-Universität in Poznań. Sie heiratete und brachte eine Tochter zur Welt. Helena arbeitete als Lehrerin in Międzyrzecz, Kościan und dann wieder in Słupca. Siebenundzwanzig Jahre lang war sie Schulleiterin. Heute wohnt sie in Swarzędz.

Barbara Bogacka kehrte 1945 aus Tarnobrzeg nach Śrem zurück. Später wohnte sie mit ihrer älteren Schwester und deren Familie in Poznań. Sie arbeitete in mehreren Krankenhäusern in Posen als Elektroradiologie-Technikerin. In den 70er und 80er Jahren reiste sie viel, besuchte Spanien, Griechenland, Bulgarien, Sizilien, unternahm auch Reisen nach Ägypten, Indien und Vietnam. Sie ist im April 2016 im Alter von 94 Jahren verstorben.

„In jeder Geschichte“ – meint Hanna Krall – „gibt es etwas Neues, was anderen Menschen nicht passiert ist“. Demnach gibt es so viele Geschichten aus der Zeit der deutschen Okkupation, wie es Posener gibt. Dieses Thema ist immer noch nicht abschließend abgearbeitet. Die vorgestellten Geschichten zeigen das Ausmaß des Leidens, das den ausgesiedelten Familien zuteil geworden ist. Die Erinnerung an jene

Ereignisse steckt tief im Bewusstsein der Menschen, denen sie widerfahren sind – eine bis heute wichtige und traumatische Erfahrung.

Übersetzt von Michał Antkowiak

Memoiren und Tagebücher als Quellen zur Erinnerung an Krieg und deutsche Besatzung 1939–1945

Den Löwenanteil der Literatur über den Zweiten Weltkrieg stellen Memoiren und Zeitzeugenberichte verschiedener Art dar. Es ist dabei keine polnische Besonderheit, dass wir auch in Polen eine außerordentlich vielfältige autobiographische Literatur finden; in wenn auch geringerem Umfang gilt dies auch für andere Länder Europas, die zwischen 1939 und 1945 unter deutscher Besatzung standen. Mit Blick auf die Materiallage erklärt sich das zum einen aus der Memoirentradition in Polen, aber auch aus dem traumatischen Charakter der Erlebnisse vieler Polen während dieser grausamen Jahre. Was sie mitmachten, war schwer zu verdrängen oder aus der eigenen Lebensgeschichte zu streichen. In dieser Situation half es vielen Betroffenen, die durchlebten Ereignisse, bis hin zu den tragischsten, durch ihre Schilderung in ausdrucksstarker Form zu externalisieren.

Die Sammlung von Erinnerungen an die Erlebnisse und Schicksale der Polen während der Besatzungszeit und ihre teilweise Publikation begannen in Posen fast unmittelbar nach Kriegsende. Auch später wurden im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten immer neue Materialien erschlossen. Ihre Kenntnis liefert einen wichtigen Schlüssel zu dem, was Polinnen und Polen zwischen 1939 und 1945 durchmachen mussten; die im Laufe vieler Jahre gesammelten Erinnerungen besitzen einen kaum zu überschätzenden Quellenwert.

1945 entstand in Posen das West-Institut mit der Aufgabe, sich der deutschen Problematik zu widmen. Seine Mitarbeiter leisteten schon zu Beginn der Existenz des Instituts einen äußerst bedeutenden und für sich erinnerungswerten Beitrag zur Sammlung und Veröffentlichung von Memoiren und Tagebüchern aus der Besatzungszeit. 1946 erschien als Band III der Serie *Documenta Occupationis Teutonicae* (DO) eine Sammlung von 90 Erinnerungen verschiedenen Umfangs aus der Feder von Schulkindern. Sie beschrieben, was sie während des Krieges erlebt hatten. Über die Entstehung des Materials schrieben die Herausgeber in der Einleitung:

Ein außerordentlicher Glücksfall war die Initiative des damaligen Schulrats im Bezirk Posen, Karol Strzałkowski, der schon im Sommer 1945 die Schüler dazu aufrief, ihre Kriegserinnerungen zu Papier zu bringen. Der Aufruf kam vor allem im richtigen Moment. Die Besatzung war gerade erst vorbei, und für viele Schüler war es das erste Mal, dass sie ihren Gefühlen freien Lauf lassen konnten. Während des Krieges war es mit hohem persönlichem Risiko verbunden gewesen, Erinnerungen niederzuschreiben. Deshalb gab es kaum Vorlagen und Anhaltspunkte. Erst nachdem das deutsche Joch abgeschüttelt war, wurde es möglich, dem

Ansturm des Erlebten Raum zu geben. Die Erinnerungen der Schüler tragen deutliche Spuren dieser Stimmungen.

Ziel dieses Wettbewerbs und aller, die ihm noch folgen sollten, war es, Unterlagen über das Schicksal einzelner Personen während des Zweiten Weltkriegs und Schilderungen von Ereignissen, die die Berichterstatter erlebt hatten, zu sammeln. Wie sich später gezeigt hat, waren es gerade die Unmittelbarkeit und die Frische der Erinnerung, in der diese Berichte verfasst wurden, die noch dem heutigen Leser erlauben, die ungewöhnlich komplizierte Situation der damaligen Überlebenden und ihre Gefühle nachzuvollziehen.

Ein Teil der entstandenen Texte (Erinnerungen und Tagebücher) wurde 1947 in das beim West-Institut geschaffene Archiv des Zweiten Weltkrieges aufgenommen. Der Bestand wurde durch weitere vergleichbare Wettbewerbe in den Jahren 1945-1948 auf über 330 nur teilweise veröffentlichte Erinnerungen, Tagebücher und Zeitzeugenberichte erweitert und umfasst heute durch weitere Zugänge in späteren Jahren fast 500 Texte.

Neben dem West-Institut sammelten in den ersten Nachkriegsjahren auch andere Institutionen Erinnerungen an die Kriegs- und Besatzungszeit. Ab der zweiten Jahreshälfte 1946 waren es die Posener Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften (*Poznańskie Towarzystwo Przyjaciół Nauk*), das Polnische Institut für Soziologie (*Polski Instytut Socjologiczny*), später auch der Großpolnische Kulturverein (*Wielkopolskie Towarzystwo Kulturalne*), der Städtische Verlag Posen (*Wydawnictwo Poznańskie*) und die Redaktionen der Regionalzeitung „Głos Wielkopolski“, der Wochenzeitschrift „Nurt“ und des regionalen Senders des polnischen Rundfunks. Die Aktionen wurden – in der Erwartung, Zeugenaussagen für von deutscher Seite verübte Kriegsverbrechen zu finden – auch von der Hauptkommission zur Erforschung der Naziverbrechen in

Polen (*Główna Komisja Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce*) unterstützt. Gleichwohl verliefen die Organisation der Wettbewerbe und die Veröffentlichung ihrer Ergebnisse im Laufe der Jahre nicht immer ohne Schwierigkeiten. Es gab Eingriffe der Zensur, und oft war es nur großen Anstrengungen vieler Menschen zu verdanken, dass die Geldmittel für die Veröffentlichung der gesammelten Materialien zusammenkamen.

Um die entstehenden Texte etwas zu standardisieren und für die Forschung vergleichbar zu machen, wurde 1946 eigens ein „Leitfaden für Verfasser von Tagebüchern aus den Zeiten der deutschen Besatzung“ ausgearbeitet. Denn es zeigte sich, dass die spontane Erstellung von Erinnerungen nicht die gewünschten Ergebnisse brachte. Als sehr hilfreich erwies sich dabei, dass ab 1946-47 verstärkt Fragebögen zu bestimmten Themen eingesetzt wurden. Sie betrafen vor allem folgende Probleme:

- die Lage der polnischen Arbeiter unter der deutschen Besatzung;
- die Geschichte der Stadt Posen und des für die auszusiedelnde polnische Bevölkerung der Stadt sowie der Region Großpolen eingerichteten Lagers im Stadtteil Główna während der Kriegsjahre;
- die deutsche Nationalitätenpolitik in den ins Dritte Reich eingegliederten polnischen Gebieten;
- das geheime Schulwesen und die polnischen kulturellen und künstlerischen Aktivitäten in Großpolen während der Besatzungsjahre.

Zum ersten Forschungsthema leistete Władysław Rusiński, Professor an der Posener Universität, einen wertvollen Beitrag. Er schrieb unter seinen Studierenden einen Tagebuch-Wettbewerb aus, denn es war bekannt, dass viele der Posener Studierenden, die jetzt ihre akademische Ausbildung wieder aufnahmen, während des Krieges als Zwangsarbeiter eingesetzt gewesen waren. Neben Rusiński riefen auch Professor Jan

Rutkowski sowie die wissenschaftlichen Mitarbeiter Dr. Janusz Deresiewicz und Dr. Karol Marian Pospieszalski die Studierenden der Juristisch-Ökonomischen Fakultät dazu auf, ihre Erinnerungen an die Besatzungszeit niederzuschreiben. Als Anreiz diente, dass die Studierenden durch die Vorlage von Erinnerungen oder Tagebüchern zu eigenen Erlebnissen oder die Beschreibung von Ereignissen, deren Zeugen sie geworden waren, Leistungsnachweise für die Lehrveranstaltungen der genannten Hochschullehrer erhalten konnten. Die hierbei gewonnenen Materialien gingen in das schon erwähnte Archiv des Zweiten Weltkriegs beim West-Institut ein. Die Bedeutung dieser Quellen für die Erforschung der Geschichte der deutschen Besatzung erkannten die bereits genannten wissenschaftlichen Institutionen und Redaktionen auch in den folgenden Jahren an, indem sie neue Wettbewerbe zum selben Thema ausschrieben. Aus methodologischer Sicht erweist sich bei allen Forschungen zu den Ereignissen, dass das menschliche Tatsachengedächtnis als historische Quelle von unschätzbarem Wert ist. Überdies erlaubt es, Phänomene und soziale Haltungen der Besatzungsrealität im Detail zu dokumentieren.

Gleichwohl kam die Sammlung von Erinnerungen an die Okkupationsjahre Anfang der 1950er Jahre zunächst zum Erliegen. Erst zum Ende des folgenden Jahrzehnts wurden neue Wettbewerbe ausgeschrieben, um weiteres Material zu gewinnen. Als erster fand 1969 ein Wettbewerb um neue Erinnerungen von Bewohnern Großpolens an die Besatzungsjahre unter dem Titel „Besatzungsschicksale“ statt. Die Organisatoren baten darum, die geschilderten Erlebnisse nach Möglichkeit mit Dokumenten zu belegen; es wurde zugesichert, dass diese nach der Veröffentlichung der Wettbewerbsergebnisse an die Einsender zurückgegeben würden. Leider sind die damals eingereichten Manuskripte, Typoskripte und Dokumente heute unauffindbar.

Besonders eindringlich haben sich die Aussiedlungen aus Großpolen ins Generalgouvernement ins Gedächtnis der Bewohner der Region eingeprägt. Schließlich betrafen sie etwa 160.000 Menschen. Doch in den ersten 15 Nachkriegsjahren weckte diese Form der Diskriminierung von Seiten der deutschen Besatzer weder in der Wissenschaft noch bei der Presse größeres Interesse. Forschungs- und Veröffentlichungsschwerpunkt waren damals die riesigen Menschenverluste, die die deutsche Besatzung unter Anwendung nie zuvor gesehener und unerhört grausamer Vernichtungstechniken Polen zugefügt hatte. Der erste Erinnerungswettbewerb, der die Aussiedlungsthematik berührte, wurde erst 1970 ausgeschrieben. Er rief zur Einsendung von Erinnerungen, Tagebüchern und Erlebnisberichten von Opfern und Zeugen der – wie es formuliert wurde – „Aussiedlung der polnischen Bevölkerung aus den Städten und Dörfern der unter der faschistischen Besatzung ins Dritte Reich eingegliederten polnischen Gebiete“ auf. Die Ergebnisse überstiegen die Erwartungen der Veranstalter bei weitem: es gingen über 240 Arbeiten ein, die überwiegend aus Großpolen kamen, zum Teil aber auch aus anderen Regionen Polens. Ein großer Teil des gesammelten Materials wurde 1974 unter dem Titel *Wysiedlenie i poniewierka 1939–1945. Wspomnienia Polaków wysiedlonych przez okupanta hitlerowskiego z ziem polskich „wcielonych” do Rzeszy (Aussiedlung und erzwungenes Nomadentum. Erinnerungen von durch die faschistischen Besatzer aus den ins Reich „eingegliederten” polnischen Gebieten vertriebenen Polen)* im Städtischen Verlag Posen veröffentlicht.

Der nächste Erinnerungswettbewerb wurde 1972 ausgeschrieben. Er suchte nach Erinnerungen, Tagebüchern und Erlebnisberichten von Polen, die von den Besatzern als Zwangsarbeiter nach Deutschland oder in andere von ihnen besetzte Länder deportiert worden waren. Gebeten wurde auch um Schilderungen des weiteren Schicksals polnischer

Zwangsarbeiter in der Zeit zwischen dem Kriegsende und ihrer Rückkehr nach Polen. Zwischen 1939 und 1945 waren insgesamt 2,826 Millionen Polen (nach den Grenzen des Landes von 1938) zur Arbeit im Reich gezwungen worden. Rund ein Viertel davon – etwa 700.000 Menschen – stammten aus den ins Reich eingegliederten Gebieten. Der Wettbewerb lieferte, wie zu erwarten, überaus interessantes faktographisches Material, und Teile des Ertrags wurden 1976 in dem Buch *Z literq „P”, Polacy na robotach przymusowych w hitlerowskiej Rzeszy 1939–1945. Wspomnienia (Unter dem Buchstaben „P”. Polen als Zwangsarbeiter in Nazideutschland 1939–1945. Erinnerungen)* veröffentlicht. Dass einige Jahre danach Verhandlungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland über Entschädigungen für ehemalige Zwangsarbeiter begannen, weckte in breiten Kreisen der polnischen Gesellschaft Interesse am Schicksal dieser Menschen.

1976 wurden auch die Ergebnisse eines Tagebuchwettbewerbs über „Alltagsleben im besetzten Großpolen“ veröffentlicht. Den Veranstaltern der Aktion war es vor allem um detaillierte Beschreibungen von alltäglichen Situationen der Besatzungsrealität und um Tatsachen zum Alltagsleben und zu den Sitten und Bräuchen der unterworfenen polnischen Bevölkerung gegangen. Doch die Veröffentlichung hatte auch einen geschichtspolitischen Aspekt. In der Einleitung hieß es völlig zu Recht:

Wir verbinden mit dieser Publikation zwei Absichten. Erstens wollten wir möglichst viele Beschreibungen der grauen Qual des Besatzungsalltags vor dem Vergessen retten, bevor sie durch den Zeitablauf immer nebelhafter werden; zweitens ging es uns darum, den Heroismusbegriff neu zu definieren bzw. zu erweitern: wir wollten das beharrliche Durchhalten würdigen, das die Bewohner Großpolens

während der Besatzung täglich und stündlich an den Tag legten. Jene Beharrlichkeit, die sie von ihren Vorfahren gelernt hatten, die dem Druck der Germanisierung schon früher und über längere Zeit standgehalten hatten. Mögen die Bewohner Großpolens so deutlich wie möglich die stille Seite des Heldentums zeigen, die Rückseite jener „Münze“, die vorn den polnischen Adler zeigt.

Auf die Ausschreibung hin wurden 95 ausführliche und mit Dokumenten belegte Berichte eingesandt. Etwa die Hälfte davon wurde 1984 in dem Band *Z lat okupacji. Wspomnienia Wielkopolan o życiu codziennym 1939–1945 (Aus den Okkupationsjahren. Großpolnische Erinnerungen an das Alltagsleben 1939–45)* veröffentlicht. In demselben Jahr veröffentlichte der Posener Verlag auch einen weiteren Erinnerungsband unter dem Titel *Pamiętniki ocalonych (Tagebücher Geretteter)*. Er enthielt laut dem Untertitel „Erinnerungen von Überlebenden nazistischer Folterstätten in Großpolen“ und umfasste 29 der 40 eingesandten Berichte. Leider sind auch in diesem Fall die Originale der beim Verlag Wydawnictwo Poznańskie eingereichten Unterlagen verschollen.

Nach der politischen Wende wurden 1991 auch Kinder bis zu 15 Jahren, die während der Besatzungszeit ab Herbst 1939 bis März 1941 gemeinsam mit ihren Eltern vor der Umsiedlung aus den ins Generalgouvernement eingegliederten Gebieten in Umsiedlungslagern inhaftiert waren, als Kriegsteilnehmer anerkannt. Die Deportationen polnischer Bürger, die 1940–41 in ähnlichem Ausmaß und fast gleichzeitig mit den deutschen Deportationen unter der sowjetischen Besatzung Ostpolens vorgenommen wurden, waren dagegen bis 1989 wegen der Zensur und aus politischen Gründen tabu und durften nicht öffentlich erörtert werden. Erst jetzt wurde das schwere Schicksal, das vielen Polen die sowjetische Okkupation bereitet hatte, Thema

der öffentlichen Debatte. Unter dem Einfluss dieser Diskussion verstärkte sich erneut das Interesse für alle im Laufe des Zweiten Weltkriegs vorgenommenen Aussiedlungen der polnischen Bevölkerung.

Erwägungen im Zusammenhang mit dieser in den 1990er Jahren wieder aufgenommenen Diskussion über Vertreibungen während des Zweiten Weltkriegs haben dazu geführt, dass das West-Institut und die Redaktion der „Gazeta Poznańska“ 2004 einen Wettbewerb für Erinnerungen von Polen ausgeschrieben haben, die zwischen 1939 und 1941 aus Posen und Großpolen ins Generalgouvernement ausgesiedelt wurden. Es wurden 67 neue Erinnerungstexte eingereicht, die oft mit Fotokopien originaler Dokumente oder Fotos illustriert waren. Leider kam eine Veröffentlichung wegen Geldmangels bis heute nicht zustande.

Erinnerungen, Tagebücher und Zeitzeugenberichte haben als historische Quellen vor allem den Wert, dass sie oft Vorfälle festhalten, die anderweitig nicht dokumentiert worden sind. Je kürzer nach den beschriebenen Ereignissen diese Aufzeichnungen entstanden sind und je direkter die Autoren selbst in diese involviert waren, desto wertvoller sind sie als Dokumente. Hingegen bedürfen Texte, die erst nach langen Jahren und von Menschen, die zur Zeit der Ereignisse noch kleine Kinder waren, aufgezeichnet wurden, der inhaltlichen Überprüfung. Denn es ist aus naheliegenden Gründen äußerst schwierig, festzustellen, wie genau sie die beschriebenen Vorkommnisse schildern. Das ist ein Problem, das aber generell bei der Interpretation von Erinnerungsmaterial auftritt. Gleichwohl können solche Texte wesentliche Beiträge zur Zeitgeschichte Polens liefern und Informationen beitragen, die anderenfalls auf immer

verlorengehen würden. Alle diese Erinnerungen sind als Dokumente über wichtige Abschnitte der Geschichte der deutschen Besatzung in Polen von Bedeutung. Deshalb bleibt die Forderung, sie zu veröffentlichen, weiterhin aktuell und wichtig.

Übersetzt von Elżbieta Marszałek und Reinhard Lauterbach

Wie mit Schülern über den Zweiten Weltkrieg sprechen?

Die Behandlung des Zweiten Weltkriegs im Schulunterricht erfordert besondere didaktische Aufmerksamkeit. Denn aus Sicht der Schüler handelt es sich ja um eine weit zurückliegende Vergangenheit. Ein ergiebiges Spektrum an Möglichkeiten bietet sich hier in der Projektarbeit, durch die wir unsere Schuljugend inspirieren können, örtliche Begebenheiten des Zweiten Weltkrieges sowie ihre eigene Familiengeschichte zu entdecken. Der Schüler bzw. die Schülerin schlüpft dabei in die Rolle des Historikers, d. h. er/sie vertieft sich in familieneigene Archivalien, führt Interviews durch, lernt das Vergangene aus der Zeitzeugenperspektive kennen und erarbeitet auf dieser Basis eine narrative Darstellung dessen, was seine/ihre Angehörigen im Krieg durchgemacht haben.

Dies war auch unsere Arbeitsweise im Projekt „Schicksale meiner Familie während des Zweiten Weltkrieges“. Es war dem 70. Jahrestag der *Sache Moschin* gewidmet – einer von Deutschen in Mosina (damals Moschin) 1943 durchgeführten Repressionswelle. Das Projekt wurde von der Grundschule Nr. 2 in Mosina in Zusammenarbeit mit dem Martyriums-Museum [Muzeum Martyrologiczne] in Żabikowo vorbereitet. Die Schüler besichtigten Orte, an denen die 1943 inhaftierten Einwohner gefangen gehalten wurden, und zwar das Straf- und Untersuchungslager in Żabikowo, das Lager Fort VII sowie das deutsche NS-Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz. Im Zuge dieser Studienbesuche machten

sich die Schüler einerseits mit der Geschichte jener Stätten vertraut und gleichzeitig – in den Museumsarchiven recherchierend – sammelten sie Quellen zur Geschichte der aus Mosina stammenden Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung. Zu weiteren Forschungsaktivitäten gehörten Interviews mit Zeitzeugen, etwa mit einem Bewohner von Mosina, der in einem Lager für polnische Kinder in Łódź (offizieller Name: Polen-Jugendverwahrlager der Sicherheitspolizei in Litzmannstadt) inhaftiert gewesen war. Anhand des so gewonnenen Quellenmaterials kam ein Bühnenstück zustande, in dem wir die Geschichte der Einwohner von Mosina im Zweiten Weltkrieg erzählten – mit der *Sache Moschin* als besonderem Schwerpunkt – sowie eine Ausstellung, die anschließend in der erwähnten Gedenkstätte in Żabikowo sowie in der örtlichen Gedenkstätte in Mosina der Öffentlichkeit präsentiert wurde.

Die Beteiligung am nächsten Projekt „Eine blonde Provinz. Gedenken an die Deportationen von polnischen Staatsbürgern aus den ins Dritte Reich eingegliederten Gebieten“ im Jahre 2015 gab uns wiederum die Gelegenheit, Quellen zur Geschichte der aus Mosina ins Generalgouvernement ausgesiedelten Familien zu sammeln. Die von uns durchgeführten und redaktionell bearbeiteten zwölf Interviews wurden auf www.wypedzeni1939 veröffentlicht. Es entstand dabei eine weitere Ausstellung sowie der Comic „Bewohner von Mosina im Krieg“. Die Projektergebnisse werden

jeweils in Form von Ausstellungen, Bühnenstücken oder Feierlichkeiten zum Gedenken an wichtige Ereignisse aus der Stadtgeschichte der schulischen und örtlichen Öffentlichkeit vorgeführt.

Bei weiteren Jugend-Forschungsprojekten ging es darum, noch mehr über Mosinas Vergangenheit während der deutschen Besatzung zu erfahren. Wir befassten uns mit verschiedenen Repressalien, denen die Einwohner ausgesetzt waren, und zwar: Verschleppungen in Konzentrations- und Vernichtungslager, Erschießung von 15 Einwohnern von Mosina in den ersten Kriegsmonaten, Abtransport von Kindern in das deutsche Lager für polnische Jugendliche in Łódź.

Ein unschätzbares Werkzeug bei der Projektarbeit stellen Interviews mit Zeitzeugen dar. Die Perspektive eines einzelnen Menschen – oft eines Angehörigen – macht die Geschichte und auch die damaligen persönlichen Erfahrungen verständlicher. Eine Aufgabe der Schüler bestand auch darin, Quellen zu recherchieren und anhand ihrer die Geschichte der jeweiligen Familie niederzuschreiben. Es entstand auf diese Art und Weise eine Sammlung von unterschiedlichen Schilderungen, die die jungen Verfasser ihren Mitschülern im Geschichtsunterricht präsentierten. Auf diese Weise voneinander lernend, machten sie sich mit den familiären und örtlichen Aspekten des Zweiten Weltkrieges vertraut.

Anregend für unsere Arbeit sind ferner Wettbewerbe für Jugendliche, wie der landesweite historische Wettbewerb „Arsenal der Erinnerung“, der landesweite Wettbewerb für Geschichtsprjekte „Solange es nicht zu spät ist“ und der landesweite historisch-literarisch-künstlerische Wettbewerb „Ununterbrochene Erinnerung“. Bei solchen Preisausschreiben müssen die Schüler entsprechende Forschungsaktivitäten unternehmen sowie jeweils eine selbständige orts- bzw. familiengeschichtliche Präsentation ausarbeiten. Besonders hervorzuheben ist noch der Wettbewerb „Schicksale meiner Familienangehörigen während des Zweiten Weltkrieges“, organisiert vom Verein der Familien Polnischer Opfer

von Konzentrationslagern sowie dem Institut für Nationales Gedenken in Poznań: Die Preisträger durften an den internationalen Feierlichkeiten anlässlich des 72. Jahrestages der Befreiung des KZ-Lagersystems Mauthausen-Gusen teilnehmen. Die Preisträgerinnen konnten – als erste in ihrem Familienkreis – die in Österreich gelegenen ehemaligen Lager besichtigen, in denen während des Krieges ihr Urgroßvater gefangen gehalten wurde.

Zum Schluss sei der Nutzen von Forschungsprojekten für Jugendliche zum Thema Familien- und Ortsgeschichte aufgelistet:

- Durch die Begegnungen mit Zeitzeugen entwickeln die Jugendlichen eine große Anteilnahme für deren Kriegserlebnisse und sind imstande, sich emotional in die Vergangenheit hineinzuversetzen;
- Diese generationsübergreifende Überlieferung stellt den höchsten sozialen Wert unserer Projekte dar;
- Durch die Projektarbeit kann man die junge Generation im Geiste des Patriotismus, und zwar auch des Lokalpatriotismus, bilden. Die Beteiligung an den Projekten lässt außerdem hoffen, dass die jungen Menschen zu aktiven Mitgliedern der Zivilgesellschaft werden – bereit, sich zukünftig, im Geiste der Hochachtung für die Errungenschaften der vorigen Generationen, zum Wohl der lokalen Gemeinschaft verantwortungsvoll zu engagieren;
- Beim Aufarbeiten von Familiengeschichten lernen die Schüler, den Wert der eigenen Arbeit zu schätzen, was sie zur Beteiligung an Wettbewerben auf zentraler Ebene ermuntert.

Ein zusätzlicher Nutzen und gleichzeitig Grund zur Zufriedenheit für alle Beteiligten liegt darin, dass wir aus den inzwischen mehrjährigen Forschungsaktivitäten unserer Schüler einen Bestand an Quellen gewonnen haben, aus dem in naher Zukunft eine Publikation zur Geschichte der Stadt Mosina und ihrer Einwohner entstehen soll.

Übersetzt von Michał Antkowiak

Die deutschen Deportationen als Thema der schulischen Didaktik

Die Kampfhandlungen hatten kaum geendet, da begann Deutschland im Oktober 1939 mit der Aussiedlung polnischer Bürger aus den ins Dritte Reich eingegliederten West- und Nordgebieten Polens. Hunderttausende Polen wurden ihres Eigentums beraubt und ins Generalgouvernement verbannt. Ihre Häuser, Wohnungen, landwirtschaftliche und Handwerksbetriebe wurden mit dem gesamten Inventar an deutsche Ansiedler übergeben. Diejenigen Polen, die nicht vertrieben wurden, sollten nach den Absichten der Nazis als billige Arbeitskraft dienen. Die vom Reich annektierten polnischen Gebiete sollten germanisiert und in eine „blonde Provinz“ verwandelt werden – einen Mustergau für die germanische Rasse. Die Verwirklichung dieser Pläne setzte voraus, sich der in diesen Gebieten lebenden Polen zu entledigen. So begannen die in ihren Folgen tragischen Deportationen der polnischen Bevölkerung. Diese Ereignisse haben bis heute noch nicht ihren angemessenen Platz im historischen Bewusstsein der Polen gefunden, und auch in der öffentlichen Debatte nehmen sie nur wenig Platz ein. Im Geschichtslehrplan wird das Thema der Aussiedlungen ebenfalls eher oberflächlich und in Allgemeinplätzen behandelt.

In der Grundschule – im wörtlichen Sinne, also den Jahrgangsstufen 1 bis 8 – sieht der Lehrplan das Thema der

Deportationen überhaupt nicht vor. Es könnte jedoch im Rahmen von zwei Querschnittsthemen behandelt werden: der Situation der polnischen Bevölkerung unter der Besatzung und der – vom Lehrplan vorgesehenen – Befähigung der Schüler, die deutschen und sowjetischen Besatzungsmethoden in ihren Ansätzen und Methoden miteinander zu vergleichen und Beispiele deutscher bzw. sowjetischer Verbrechen an Polen zu nennen (die Massenhinrichtungen in Palmiry und Katyń). Deportationen von Bürgern besetzter Länder sind schließlich im Lichte des Völkerrechts Kriegsverbrechen.

Anders stellt sich die Situation in den weiterführenden Schulen dar. Die Begriffe „Deportationen“ und „Aussiedlungen“ werden im Lehrplan für Allgemeinbildung an den vierjährigen allgemeinbildenden Lyzeen und den fünfjährigen technischen Fachschulen erwähnt. Zu den Lernzielen bei der Kenntnisaufnahme von der Situation der polnischen Bevölkerung unter deutscher und sowjetischer Besatzung zählen:

- die Darstellung der Position des polnischen Staates und seiner Bevölkerung in den Rechtsordnungen der Besatzerstaaten;
- die Darstellung der Alltagsrealität im besetzten Polen;
- ein Vergleich der deutschen und sowjetischen Arbeits-, Konzentrations- und Vernichtungslager;

- die Diskussion der Aussiedlungen und Deportationen sowie der planmäßigen Vernichtung der Bevölkerung.

In den Lehrplänen der Berufsschulen wird dagegen ähnlich wie bei den Grundschulen das Thema der Aussiedlungen und Deportationen nicht direkt erwähnt. Allerdings können Lehrer das Thema im Rahmen der Behandlung der Situation Polens unter beiden Besatzungen und beim Vergleich der Ziele und Methoden der deutschen bzw. der sowjetischen Politik aufgreifen. Es besteht aber Grund zu der Annahme, dass ein Teil der polnischen Jugendlichen nicht einmal Grundlagenwissen über die Aussiedlung und Deportation polnischer Bürger aus den ins Reich eingegliederten Gebieten besitzt. Dabei ist solches Wissen ausgesprochen wichtig, um die Prozesse zu verstehen, die in der Vergangenheit der West- und Nordgebiete Polens während der Zweiten Republik wie auch im Maßstab des gesamten Landes abgelaufen sind. Dasselbe gilt für das Verständnis menschlicher Haltungen und Einstellungen in den lokalen Gemeinschaften. Denn um heutige menschliche Reaktionen, Befürchtungen und Ängste zu verstehen, braucht man Kenntnisse ihrer historischen Grundlagen, die nicht selten auf die Zeit des Zweiten Weltkriegs zurückgehen. Deshalb ist es wichtig, den jungen Leuten solides Wissen über die Geschichte ihrer Region zu vermitteln, und dazu gehören auch die nazistischen Aussiedlungen. Der hierfür geeignete Ort ist die Schule.

Dabei können Fragestellungen rund um die deutschen Deportationen polnischer Bürger nicht nur im eigentlichen Geschichtsunterricht angesprochen werden. Ebenso geeignet sind der Sozialkunde- und Polnischunterricht, Verfügungsstunden, Exkursionen in Museen und Ausstellungen oder verschiedene Projektarbeiten außerhalb des Unterrichts im engeren Sinne. Solche Projektarbeiten setzen die Kreativität der Schüler frei und ermöglichen Tätigkeiten auch außerhalb des Klassenzimmers; sie sind eine vorzügliche Methode, Kenntnisse zur

Regionalgeschichte als untrennbarem Teil der polnischen Nationalgeschichte zu vermitteln. Den Beweis lieferte ein koordiniertes Unterrichtsprojekt, das 2015 in einem guten Dutzend Posener und großpolnischer Schulen angegangen wurde: „Die blonde Provinz. Vergessene Deportationen polnischer Bürger aus den ins Reich eingegliederten Gebieten“. Schüler und Lehrer begaben sich gemeinsam in ihrem lokalen Umfeld auf die Suche nach Menschen, die persönlich oder in ihren Familien die deutschen Deportationen der Jahre 1939–1941 erfahren hatten. Mit diesen Zeitzeugen wurden Interviews geführt, die anschließend zu Präsentationen verarbeitet, in manchen Fällen auch einzeln als Filme vorgeführt oder transkribiert wurden. Alle diese Präsentationen wurden zum Projektabschluss auf einer gemeinsamen Konferenz öffentlich vorgestellt. Dabei zeigte sich, wie wichtig für die Schüler die Teilnahme an dem Projekt gewesen war. Hiervon zeugte ihr großes Engagement während der Arbeitsphase und die Emotionen, die während der Vorführung zutage traten. Nicht wenige Schüler hielten ihre Vorträge, in denen sie die Interviews mit den Zeitzeugen zusammenfassten, unter Tränen, und auch im Publikum war die Erschütterung sichtbar.

Das Ergebnis der Projektarbeiten überstieg die Erwartungen von Teilnehmern und Organisatoren. Es zeigte sich, wie wichtig die Erinnerung an die vergessenen Deportationen für die lokalen Gemeinschaften ist. Was die jungen Forscher in den Interviews den Zeitzeugen zu entlocken wussten, war nicht selten als Tatsache auf lokaler Ebene noch nicht oder kaum bekannt gewesen. Was die Zeitzeugen im Interview berichteten, eröffnete nicht nur einen Blick auf dramatische Situationen im Leben einzelner, sondern erlaubte auch den differenzierenden Blick auf menschliche Haltungen und Einstellungen; dies gilt sowohl für die Deportierten als auch für die Besatzer. Anknüpfend an diese Berichte führten viele Lehrer mit den Schülern

Diskussionen über Themen wie Heldentum, Menschlichkeit, Patriotismus oder die Herausbildung von Einstellungen.

Allein schon die Teilnahme an dem Projekt und die Begegnungen mit den Zeugen historischer Ereignisse veränderten bei vielen Beteiligten die Haltung zur Vergangenheit. Geschichte rückte, gespiegelt im Schicksal eines konkreten Menschen, oft eines eigenen Angehörigen oder Bekannten, näher, sie wurde interessanter. Hinter jedem Bericht verbarg sich ein menschliches Drama, dessen Gewicht bei den Begegnungen auch für die recherchierenden Schüler spürbar wurde. Die Konfrontation mit traumatischen Erlebnissen veränderte das Verhältnis der Schüler zu den Vertretern der älteren Generation, mit denen sie auf lokaler Ebene zusammenleben. Bisher Fremde kamen einander näher, und viele der Recherchegruppen halten noch heute Kontakt zu den Zeitzeugen, die sie damals interviewt haben.

In den Gesprächen mit den Schülern bekamen auch andere, aktuelle Themen eine neue Dimension, etwa heutige bewaffnete Konflikte, Flüchtlingsschicksale oder die Haltung gegenüber Menschen in Not. Die Beteiligung an dem Projekt und das Thema der Deportationen konnten so vielfach im Rahmen von Verfügungsstunden pädagogisch vertieft werden.

Das Thema der Aussiedlungen und Deportationen kann, wie schon erwähnt, in der modernen Schule nicht nur im Geschichtsunterricht behandelt werden, sondern im Rahmen fächerübergreifender Zusammenarbeit zum Anstoß für viele kognitive und pädagogische Aktivitäten werden. Mit Hilfe von Dramatechniken können Lehrer Schülern helfen, menschliche Gefühle nachzuempfinden, und ihnen zeigen, wie schwierig es in Situationen der Gefahr ist, die richtige Entscheidung zu treffen, und wie tragisch menschliche Rat- und Hilflosigkeit gegenüber einer unerbittlichen Wirklichkeit ist.

Ein Gedanke zum Schluss: Deportationen und Aussiedlungen sind nicht nur ein Thema aus der Zeit des Zweiten

Weltkriegs. Auch heute noch müssen Menschen unter Gefahr ihren Wohnort verlassen und sich in eine unbekannte Zukunft aufmachen. Es hängt nur von uns selbst ab, was wir für Menschen sein wollen, und zu was für Menschen wir die nachfolgende Generation erziehen wollen. Wenn wir sie heute Respekt für sich selbst und andere, Toleranz, Dialog und die Achtung von Werten lehren, geben wir ihnen die Chance, in einer Welt ohne Gewalt und Feindschaft zu leben.

Übersetzt von Elżbieta Marszałek und Reinhard Lauterbach

Kolonialisierung, Vertreibung, Rassismus – zum Umgang mit den Verbrechen gegen die Menschlichkeit im deutschen Schulunterricht

Noch ist der polnisch-deutsche Konsens für die gemeinsame, im letzten Jahrhundert durch die deutsche Aggression so grausam geprägte und programmierte Geschichte, nicht verloren. Aber solange die jetzige Generation der überwiegend Nachkriegs-Geborenen lebt, hat die gemeinsame Basis sich anders als bei der *amitié franco-allemande* nicht wie selbstverständlich kontinuierlich verbessert.

Schule kann ein Schlüssel sein, um deutscherseits zu verstehen und zu lehren, welche Bedeutung die Verbrechen des Zweiten Weltkriegs in polnischen Narrativen – und damit letztlich auch in deutschen, europäischen Geschichtsübersichten – haben. Im Umgang mit Wissens- und Kompetenzvermittlung, der Entwicklung von Fähig- und Fertigkeiten bei Schülerin und Schüler unter dem kontrollierenden und ordnenden Rubrum der Standardorientierung – den tragenden Säulen und Zielgrößen des Geschichtsunterrichts im Berliner Schulwesen – stecken dabei auch *politische* Botschaften. Diese sind für Schülerinnen und Schüler und ihre Lehrerinnen und Lehrer in beiden Ländern relevant. Individualisiert Euch also, tragt Mitverantwortung, lernt fächerübergreifend und in Projekten, am besten zusammen als Partnerschulen diesseits und jenseits

der Grenze! So will es der gut gemeinte Rahmenlehrplan für das Fach Geschichte, der Multiperspektivität, Pluralität und die Webersche Trennung von Sach- und Werturteil atmet.

Die Themen Kolonialisierung, Vertreibung und Rassismus lassen sich im historischen Erzählen der Gründe, Ursachen und Folgen der NS-Politik gegenüber Polen auch in umgekehrter logischer Reihenfolgen buchstabieren. Der deutsche Rassismus, angefacht durch einen Revanchismus der Besiegten nach dem Ersten Weltkrieg, verwurzelter noch in der Zeit der polnischen Nicht-Staatlichkeit, führte zum „Kolonialkrieg an der Schwelle zum ‘polnischen’ Korridor“ mit seiner brutalen Kriegsführungs- und Vernichtungstaktik, mittendrin und am Ende stehen die Vertreibung/Austreibung/Umsiedlung.

Lässt sich das alles im Geschichtsunterricht vermitteln? Findet sich ein Weg durch die deutschen Verbrechen hin zu den schwierigen Komplexen der gegenseitigen Vertreibungen?

Das Wissen über das NS-Regime und den Zweiten Weltkrieg, das den deutschen Jugendlichen in den Jahrgangsstufen 9 und 10 im Geschichtsunterricht vermittelt werden soll, ist immer noch lückenhaft und in seinen Schwerpunkten nicht auf das polnisch-deutsche Verhältnis fokussiert.

Kriegsausbruch, deutscher Überfall auf Polen, vielleicht noch die Fragen der unsicheren Grenzziehung nach Versailles, die paar wenigen Hintergründe des Attentats von Herschel Grynszpan – damit erschöpft sich größtenteils der polnische Aspekt im Geschichtsunterricht, auch wenn er in der Jahrgangsstufe vor dem Abitur noch einmal Gegenstand des dritten Kurshalbjahres und damit unter dem übergreifenden Thema „Die moderne Welt und ihre Krisen: Demokratie und Diktatur“ noch einmal in den Grundkursen mit drei Stunden pro Woche für alle Schülerinnen und Schüler vertiefendes Pflichtthema wird, das auch mit hoher Wahrscheinlichkeit als Abiturthema Niederschlag findet.

An den meisten Schulen wählen kaum mehr als 10 Prozent einen Geschichtsleistungskurs mit fünf Wochenstunden, der entsprechend deutlicher und anspruchsvoller auf dieses Pflichtthema eingeht.

Die Zeiten sind nicht günstig für ein vertiefendes Geschichtsverständnis, wie sich aktuell auch der Auseinandersetzung um ein einstündiges Pflichtfach „Politische Bildung“ in den Jahrgangsstufen 7–10 für Berlins Schulen zeigt. Horribile dictu – im schlimmsten Fall geht diese eine Stunde auf Kosten des Geschichtsunterrichts und fehlt damit für die Bewältigung des Basismoduls „Demokratie und Diktatur“, das sich dann in der Oberstufe in vertiefender Form zwar wiederholt, aber ausgedünnt vorbereitet wurde.

Das Wort „Polen“ taucht übrigens bei den einleitenden Erläuterungen zu dieser Einheit im Rahmenlehrplan nicht auf, auch nicht bei den Ausführungen zu den Opfergruppen (vgl. Seite 31 des Rahmenlehrplans für das Fach Geschichte an Berliner Schulen – dort heißt es bei der Themensammlung: *Zweiter Weltkrieg und Holocaust/Völkermord/Mord /Täter; Opfergruppen: Juden, Sinti und Roma, Behinderte, Homosexuelle, politischer Widerstand u.a.) Widerstand gegen die NS-Herrschaft in Deutschland und Europa*).

Kein guter Impuls also, keine Präferenz, keine Selbstverständlichkeit für eine sinnvolle Beschäftigung mit der Geschichte dieses zentralen Nachbarn in Europa.

Auch in den deutschen Schulbüchern, die sich die Schulen übrigens selbst für den Unterricht an der jeweiligen Schule in eigener Verantwortung aus einem Angebot von mindestens einem Dutzend etablierter (und seriöser) verschiedener Verlage auswählen, stehen die den Krieg gegen Polen charakterisierenden Themen des Rassen-, Ideologie- („Weltanschauungs-“) und Vernichtungskrieges nicht im Blickpunkt. Das hat teils nachvollziehbare Gründe, wie die Monstrosität des Holocausts, oder die vermeintlich deutlichere ideologische Exemplarität beim Krieg gegen die Sowjetunion (Bolschewismus, Kommissarbefehl). Gerech wird es dem Thema der polnischen-deutschen Geschichte nicht.

Was also tun? Nehmen wir die guten Möglichkeiten des Rahmenlehrplans beim Schopfe und ziehen uns aus dem drohenden Nichts zurück in die ebenso exemplarische Lebendigkeit, in die herausragende Forderung nach Multiperspektivität. Der Rahmenlehrplan schreibt auf eben der oben so gescholtenen Seite 31 ebenso vor: „Das Themenfeld bietet die Möglichkeit unterschiedlicher Zugangsweisen: z.B. die historische Fallanalyse, die Arbeit mit Biografien oder die Thematisierung der Lokal- oder Regionalgeschichte (z.B. Geschichte der eigenen Schule). Die Thematisierung des Nationalsozialismus in der Geschichtskultur (z.B. Film, Fernsehen) eröffnet Gegenwartsbezüge“.

Jeder einzelne Satz dieser Möglichkeitsbeschreibung passt auf dieses mit Heft und DVD ausgestattete Projekt der polnisch-deutschen Konsensfindung über einen entscheidenden Baustein – nicht Schlussstein – der gemeinsamen Geschichte.

Die biografischen Erzählungen lassen sich mit wenig Mühe und Phantasie bis in die Biografien der Schülerinnen und Schüler auf den Berliner Schulbänken des 21. Jahrhunderts

weiterverfolgen. So geschah es übrigens beim Besuch der Bezirksbürgermeisterin von Steglitz-Zehlendorf, Frau Richter-Kotowski (CDU), am Dreilinden-Gymnasium, als sie vor den Bildern der Ausstellung „Vertreibung 1939“ stand und sich in der Diskussion mit Schülern ab der siebenten Jahrgangsstufe an das Schweigen in ihrer eigenen Familie ob der Ereignisse/Geschichte/Verbrechen im Raum Poznan/Posen erinnerte. Es gibt sie noch, die Tagebücher und Hinterlassenschaften unserer Großväter, Urgroßväter, in denen der Blick vom Balkon, in der eben bezogenen, so seltsam wie verdächtig leeren Wohnung in Posen, den aus Baden zugezogenen Rüstungsmitarbeiter zu den lapidaren Worten verleitet: „Völker kommen und gehen“. Vor seinem Balkon ziehen polnische Posener mit dem wenigen Hab und Gut, das ihnen bei diesem ersten Akt der Vertreibung zur Mitnahme gelassen wird, in eine völlig ungewisse Zukunft, viele in den Tod, der als Mittel der Mörder zum Alltag der Besatzungsherrschaft gehört. Das sollten und können Berliner Schüler auch über ihren nächsten Nachbarn im Osten wissen.

Die zusammengestellten Materialien sind aber auch deshalb so wertvoll, weil sie exemplarisches Lernen in anderen, übergreifenden, auch Fächer verbindenden Zusammenhängen ermöglichen. Das Haus der Wannseekonferenz, Dauer-Kooperationspartner für ein Gymnasium im Südwesten, setzt schon lange auf eine aus dem Historischen herauswachsende Vermittlung von Wissen über den Zweiten Weltkrieg. Das Thema Flucht und Heimat(verlust) ist nicht verschwunden, auch hier reichen die Bezüge sichtbar, ansprechbar, fühlbar bis ins Heute. Für eine Schule mit Willkommenschülern aus Syrien, Afghanistan, dem Irak ergeben sich ganz neue Aktualitäten, die sich in der Auseinandersetzung mit der Zeit von 1939 bis 1945/46 zum Teil frappierend spiegeln. Diese Themen finden sich auch in Fächern wie Ethik, in der Beschäftigung mit der deutschen

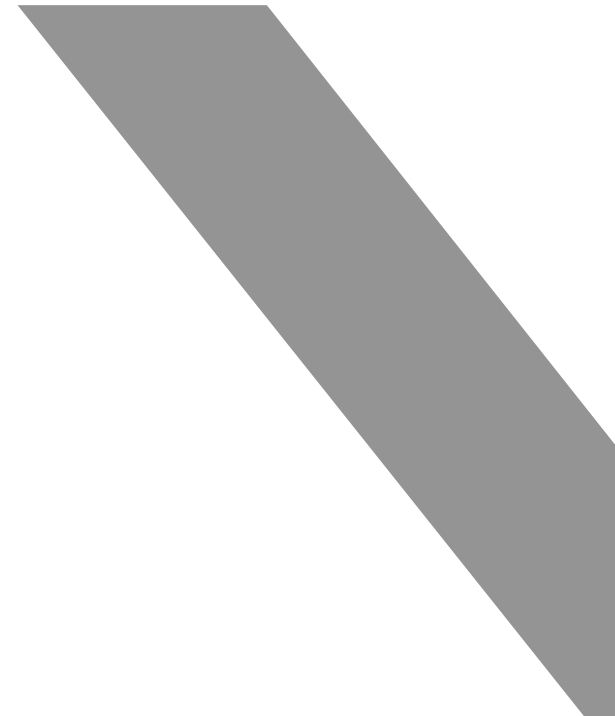
Nachkriegsliteratur in der Oberstufe oder in Raumordnungsfragen des Faches Geografie wieder.

Schule ist reich an Chancen, reicher als die vermeintliche Beliebtheit eines nur noch rudimentären Geschichtsunterrichts vorgaukeln mag. Letztlich erscheint jeder Versuch, Schülerinnen und Schüler mit den Menschheitsthemen in Verbindung zu bringen, gerechtfertigt.

Zu diesen Themen gehören die großen Bereiche Zugehörigkeit/Heimat, Akzeptanz des anderen (Diversität) – heutzutage auch wieder Resilienz, demokratische Widerstandskraft, republikanischer, europäischer Spirit versus nationale, autokratische Abgrenzung. Sie gehören in eine demokratische Schule, wo immer es die geschilderten Leitplanken oder Wegweiser der Lehrpläne oder ganz einfach engagierte Lehrerinnen und Lehrer zulassen.

Rassismus, Kolonialismus (oder in anderer Art: Unterwerfung, Versklavung, Marginalisierung von Völkergruppen), Vertreibung sind nicht nur historische Themen. Die Auseinandersetzung, in Offenheit, kritischem Umgang, verschiedener Draufsicht und Betonung ist ein hochpolitisches Postulat.

KONTEXTE UND KONSEQUENZEN



Aussiedlungen der Deutschen aus Polen und der Tschechoslowakei: Versuch eines Vergleichs

Die Frage der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung wurde auf der Konferenz von Potsdam förmlich geregelt. Dort fasste man den Beschluss, die deutschen Einwohner der Staatsgebiete von Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei nach Deutschland umzusiedeln.

Am 20. November 1945 legte der Alliierte Kontrollrat den Transferplan fest. Danach sollten 6,65 Millionen Deutsche umgesiedelt werden, darunter 3,5 Millionen aus Polen sowie 3,15 Millionen aus der Tschechoslowakei und Ungarn. Man beabsichtigte, mit der Operation bereits im Dezember 1945 zu beginnen und sie im Juli 1946 zum Abschluss zu bringen.

Doch schon bevor in Potsdam die endgültigen Entscheidungen zur Aussiedlung der Deutschen fielen, hatten Tschechen und Polen begonnen, vollendete Tatsachen zu schaffen. Die Initiative ergriffen in diesem Fall die Tschechen. Ausgangspunkt ihrer Maßnahmen war das am 5. Mai 1945 in Košice verkündete Regierungsprogramm, das eine sofortige Aussiedlung derjenigen Deutschen und Ungarn vorsah, die sich seit der Münchener Konferenz auf dem Gebiet der Tschechoslowakei niedergelassen hatten. Den übrigen – mit nachweislichen Antifaschisten als einziger Ausnahme – sollte die Staatsbürgerschaft aberkannt werden. Eine Wiedererlangung der Staatsbürgerschaft wurde zwar für Deutsche und Ungarn, die sich darum bewerben

würden, nicht grundsätzlich ausgeschlossen. In Prag bestand jedoch grundsätzlich kein Zweifel daran, dass das Problem der nichtslawischen Einwohner nur durch ihre Aussiedlung definitiv gelöst werden könne. Hierüber waren sich sämtliche politischen Lager einig.

Diese Haltung stand im Einklang mit der Stimmung der Bevölkerung, in der sich eine Welle des Nationalismus und der Feindschaft gegenüber den Deutschen zu erheben begann. Das einsetzende „nationalistische Fieber“ machte es leichter, vollendete Tatsachen zu schaffen.

Eine Gelegenheit zur Vergeltung an der deutschen Zivilbevölkerung ergab sich schon bei dem am 5. Mai 1945 begonnenen Prager Aufstand. Ab den ersten Maitagen wurden Massenaussiedlungen der deutschen Bevölkerung vorgenommen. Im Grenzgebiet, wo sie am zahlreichsten war, beauftragte man mit dieser Aufgabe die tschechoslowakische 1. Armee, die Sicherheitsverbände sowie die eigens zu diesem Zweck geschaffenen Revolutionsgarden. Überwacht wurde die ganze Operation vom militärischen Oberkommando. Am 15. Mai erging dessen Befehl, der aufforderte, alle Deutschen aus den historischen Grenzen zu entfernen – bis auf einstweilen unersetzliche Arbeitskräfte, die jedoch als Ausländer ohne Bürgerrechte beschäftigt werden sollten.

Ein von Präsident Beneš am 19. Mai unterzeichneter Erlass hatte zur Folge, dass das Vermögen von Personen deutscher und ungarischer Nationalität, die sich gegenüber dem Staat illoyal erwiesen hatten, unter staatliche Verwaltung gelangte, was einer entschädigungslosen Enteignung gleichkam. Als Deutscher galt dabei jeder, der in irgendeiner der Volkszählungen (seit 1930) die deutsche Volkszugehörigkeit deklariert hatte. In der Regierungssitzung am 15. Juni wurde beschlossen, Nazi-Funktionäre und deren Helfer zu inhaftieren; die restlichen Deutschen sollten interniert und anschließend ausgesiedelt werden, sobald sich dafür Voraussetzungen und Möglichkeiten ergeben würden. Die Aussiedlungen wurden dann intensiver. Zu ihrem Ablauf wurden leider keine einheitlichen Regelungen festgelegt. Für das Räumen des Haushalts wurden meistens 30 Minuten gewährt, wobei die jeweilige Familie 30 bis 60 kg Gepäck sowie Nahrungsmittel für 3-7 Tage mitnehmen durfte. Das Gepäck wurde kontrolliert und das zu konfiszierende Eigentum häufig gestohlen. Die Familien wurden oft geteilt, indem man ihre Mitglieder teilweise in Lager deportierte, teilweise aber aussiedelte. Ab Anfang Mai zogen Kolonnen von Deutschen – manche von über zehn Kilometern Länge – zu Fuß in Richtung deutsche Grenze. Während der Transporte kam es oft zu Gewaltakten, und die Sterberate bei den zu Fuß Getriebenen war sehr hoch. So kamen auf dem Marsch von 1300 Deutschen von Příbram nach Prag zwischen dem 13. und 17. Mai 1945 300 Personen ums Leben.

Den spektakulärsten Verlauf nahm jedoch der Pogrom an den Deutschen in Ústí nad Labem am 31. Juli 1945. Durch eine Explosion in Gebäuden, die als Munitionslager dienten, kamen an jenem Tage in einem der Stadtviertel 28 Menschen ums Leben, 39 wurden schwer und weitere 200 leicht verletzt. Zu den Opfern gehörten sowohl Tschechen als auch Deutsche, trotzdem wurde die Verantwortung deutschen Saboteuren

zugeschrieben. Als Folge kam es zu antideutschen Gewaltexzessen, an denen sich Beamte der Polizei und des Sicherheitsdienstes beteiligten. Deutsche wurden am Elbufer versammelt, in den Fluss getrieben und beschossen. Die Opferzahl ist schwer zu ermitteln: Deutsche Angaben gehen von 200 bis zu 2000 Opfern, auf tschechischer Seite ist von 30 bis 400 Ermordeten die Rede.

Die Deutschen waren auch anderen Repressalien ausgesetzt. Man zwang sie, gelbe Armbinden bzw. den Buchstaben „N“ zu tragen, verhängte über sie eine nächtliche Ausgangssperre und beschlagnahmte ihre Radios. Die ihnen zugeteilten Essensrationen entsprachen denjenigen, die während des Krieges Juden erhalten hatten. In Kirchen wurden deutschsprachige Gottesdienste eingeschränkt. Deutschen Kindern war der Besuch tschechischer Schulen verwehrt. Außerdem wurden Deutsche in insgesamt 1200 Internierungs- und 800 Arbeitslagern sowie 215 Gefängnissen inhaftiert. Dies betraf nicht nur aktive Nazis, sondern auch Frauen, Kinder und Alte. Alle Internierten unterlagen der Arbeitspflicht, die für Männer im Alter von 14 bis 60 Jahren und für Frauen von 14 bis 55 Jahren galt. Die Lebensbedingungen dort waren sehr hart. Allerdings resultierte die hohe Sterberate hauptsächlich aus Erschöpfung und Krankheiten.

Insgesamt wurden bis zur Potsdamer Konferenz 800.000 Deutsche aus der Tschechoslowakei abgeschoben – davon sollten 450.000 in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands, 200.000 in die amerikanische Zone und 150.000 nach Österreich gelangen.

Auch aus Polen haben Aussiedlungen bereits vor Potsdam stattgefunden, initiiert durch den Befehl des Oberbefehlshabers der Polnischen Streitkräfte vom 10. Juni 1945. Im Laufe dieser Aktionen entfernte man Deutsche vor allem aus den am rechten Ufer der Flüsse Oder und Lausitzer Neiße gelegenen Landkreisen. Kleine Soldatengruppen zu je 8–20 Mann

formierten Deutsche zu Marschkolonnen bzw. organisierten – bei größeren Entfernungen – einen motorisierten Transport. Eigentlich sollten die Deutschen 10 km in die sowjetische Besatzungszone hinein eskortiert werden, oft jedoch begleitete man sie nicht einmal bis zur Zonengrenze.

Jedem Deutschen wurde erlaubt, bis zu 20 kg Gepäck, jedoch lediglich notwendige Kleidung und Reiseproviant, mitzunehmen. Manchmal gestattete man ihnen auch die Mitnahme von Pferden und Ochsen, um den Transport zu beschleunigen. Die Tiere wurden ihnen jedoch an Kontrollstellen vor dem Passieren der Grenze wieder abgenommen. Im Allgemeinen ist festzustellen, dass es keine Vorschriften gab, die den Verlauf dieser Aussiedlungsphase geregelt hätten. Alles hing vielmehr von individuellen Entscheidungen der Kommandeure ab.

Die vom Militär vorgenommenen Aussiedlungen verliefen nicht überall problemlos. Eines der größten Hindernisse dabei stellte Widerstand seitens sowjetischer Kommandeure dar. Es kam sogar zu Festnahmen von Polen, die die Aussiedlungen leiteten. In manchen Regionen wurden aus diesem Grund jegliche Aussiedlungen gestoppt. Die Rotarmisten nahmen übrigens keine Rücksicht auf das polnische Militär und die polnische Verwaltung. Vielmehr machten sie den Deutschen Hoffnung, die Gebiete östlich der Oder und Lausitzer Neiße wiederzuerlangen. Sie wiegelten sie gegen die Polen auf und jagten ihnen Angst ein, dass sie, falls sie wegzögen, von Polen ausgeraubt und dann ermordet würden. Zu solchen Situationen kam es häufig.

Ein anderes Problem bestand darin, dass auch die polnische Verwaltung bald gegen das Entfernen von Deutschen zu protestieren begann. Der rapide Rückgang von Arbeitskräften führte nämlich zur Stilllegung zahlreicher Fabriken bzw. sogar Bergwerke. Die größten Schwierigkeiten befürchtete man in der Erntezeit. Nach Ansicht vieler Vertreter örtlicher Verwaltungen war die Entscheidung, die Deutschen bereits im Juni 1945

auszusiedeln, voreilig gewesen und hatte sich negativ auf die wirtschaftliche Situation ausgewirkt. Angesichts des Mangels an polnischen Ansiedlern brauchte man Deutsche für die Getreide- und Kartoffelernte und auch noch für die Herbstaussaat.

Die vor der Potsdamer Konferenz stattfindenden („militärischen“) Aussiedlungen wurden abgebremst und Anfang Juli 1945 unterbrochen. Parallel zu den vom Militär durchgeführten Aussiedlungen befassten sich auch die polnischen Verwaltungsbehörden mit dem Entfernen der Deutschen. Ihre Maßnahmen waren selten unmittelbar brutal. Vielmehr bemühte man sich, die Deutschen dazu zu bewegen, die Ausreiseentscheidung selbst zu treffen. Um dieses Ziel zu erreichen, verfolgte man ihnen gegenüber eine Politik alltäglicher Schikanen.

Wegen ihres hastigen und chaotischen Verlaufs haben die Aussiedlungen vom Juni und Juli 1945 im Entfernen der deutschen Bevölkerung aus dem polnischen Gebiet eine recht geringe Rolle gespielt. Laut Schätzungen sind in diesem Zeitraum insgesamt 400.000 Deutsche ausgesiedelt worden.

Die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz ermöglichten der tschechoslowakischen und der polnischen Regierung die Fortsetzung der Aussiedlungen. Am 14. Dezember 1945 wurden von der Prager Regierung Richtlinien für die Aussiedlungsaktion beschlossen. Zunächst sollten Nazis und deren Helfershelfer ausgesiedelt werden, dann Angestellte und Freiberufler, schließlich Handwerker, Landwirte und Arbeiter – soweit diese nicht an ihrem jeweiligen Arbeitsplatz unentbehrlich waren. Als Aussiedlungseinheit galt die Familie. Diese durfte behalten: 1000 Reichsmark, 30 kg Gepäck pro Kopf und Lebensmittel für 7 Tage. Verboten war die Ausfuhr von Schmuck, mit Ausnahme von Eheringen und kleinen Andenken. Jeder Auszusiedelnde hatte Schuhwerk, Kleidung, seine Dokumente und ein Gesundheitszeugnis mitzuführen. Die zur Aussiedlung bestimmten Familien wurden in Übergangszentren versammelt.

Der erste Transport in die amerikanische Zone verließ das tschechoslowakische Gebiet am 25. Januar 1946. Die Deutschen waren an der Ausreise in diese Zone sichtlich interessiert. Mit den Aussiedlungen in die sowjetische Zone begann man erst am 10. Juni 1946. Für die Winterzeit wurden die Aussiedlungen aus der Tschechoslowakei unterbrochen und im Jahre 1947 nicht wieder aufgenommen. Zu diesem Zeitpunkt stellte die deutsche Bevölkerung auf dem Gebiet der Tschechoslowakei nur noch einen verschwindend kleinen Anteil dar, ihr überwiegender Teil hatte das Land schon verlassen müssen. Dies ist durch Zahlenangaben belegt: Nachdem im Frühjahr 1945 die Tschechoslowakei von 3,4 Mio. Deutschen bewohnt gewesen war, wurden vom Mai bis August desselben Jahres 800.000 von ihnen ausgewiesen und bis zum Ende des Jahres 1946 weitere 2,232 Millionen. In den Jahren 1947-1950 hat man noch weitere 67.000 Deutsche ausgesiedelt.

Ähnlich war es in Polen, wo man mit organisierten Aussiedlungsmaßnahmen im Winter 1946 begann. Laut der Anweisung des polnischen Ministeriums für die wiedergewonnenen Gebiete vom 14. Februar 1946 sollte die Aktion in Städten ihren Anfang nehmen. Man wollte jeweils ganze Familien ausweisen. Ausgenommen waren – zusammen mit ihren Familien – schwangere Frauen ab 6 Wochen vor und bis 6 Wochen nach der Entbindung. Anfangs waren auch Bettlägerige, Versehrte und allein gebliebene Kinder ausgenommen, für die man zu einem späteren Zeitpunkt Lazarettzüge zu organisieren plante. Es wurde festgelegt, dass die Betroffenen über ihre Ausweisung jeweils ca. 24 Stunden im Voraus benachrichtigt werden sollten, so dass die Auszusiedelnden ihre Sachen packen konnten. Sie durften je 40 kg Gepäck mitnehmen, darunter Lebensmittel für 14 Tage, persönlichen Schmuck und je 500 Mark. Beschlagnahmt wurden hingegen polnisches Geld, Wertpapiere, Sparbücher, Briefmarken, neue

Textilstoffe, Leder, überschüssige Lebensmittelmengen sowie fremde Währung. Für die Sicherheit der Deutschen sollten die Kreiskommandaturen der Bürgermiliz und Verbände des Korps für innere Sicherheit sorgen.

Auch wenn ein reibungsloser Ablauf der Aussiedlungsaktion für die polnische Seite eine Prestigesache war, traten von Anfang an riesige organisatorische Schwierigkeiten auf. Das größte Problem bestand darin, ausreichende Menge an Transportmitteln sicherzustellen. Es mangelte vor allem an Lokomotiven und Waggons. Trotzdem gelang es, spezielle Pendelzüge zur Verfügung zu stellen, die mit unveränderter Zusammensetzung auf identischen Strecken verkehrten.

Die englische Besatzungszone begann im Februar 1946, Deutsche aus Polen aufzunehmen, die russische im Juli desselben Jahres. Bereits in der Anfangsphase der Aussiedlungen zeigte sich die polnische Seite schlecht vorbereitet. In Protestnoten wiesen die britischen Behörden vor allem darauf hin, dass die Transporte ungenügend mit Lebensmitteln versorgt seien, dass Kranke und Hochschwängere mittransportiert würden und dass man den Deutschen Bettzeug und Essgeschirr abnehme. Die stärksten Befürchtungen verbanden sich indes mit dem gesundheitlichen Zustand und der Altersstruktur der ausgesiedelten Deutschen. Man bezweifelte ferner die Sicherheit an den Sammelpunkten, wo Deutsche häufig bestohlen wurden. Ungeachtet dieser Beanstandungen und Appelle tat man von polnischer Seite nichts, um den Ablauf der Aussiedlungsaktion umzuorganisieren. Dadurch bestand ein hohes Risiko, dass die Briten die Vereinbarung aufkündigten.

Während der Aussiedlungsmaßnahmen des Jahres 1946 war also eine ganze Reihe von Unregelmäßigkeiten zu beobachten gewesen. Die Situation verschlechterte sich noch im strengen Winter 1946/47. Durch die in dieser Zeit

herrschenden extrem harten Bedingungen sowie durch Proteste seitens der Behörden der britischen und der sowjetischen Besatzungszone wurden die Polen gezwungen, die Aussiedlungen zeitweise zu stoppen. Wiederaufgenommen wurden die Aussiedlungen im Frühjahr 1947, nachdem am 12. April zwischen den Vertretern der Polnischen Militärmission und der sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland ein Vertrag unterzeichnet worden war. Sie wurden jedoch im Oktober des Jahres (bzw. im Falle der britischen Besatzungszone bereits im Juli) abermals unterbrochen. Auf polnischem Gebiet waren zu diesem Zeitpunkt hauptsächlich Angehörige folgender Gruppen verblieben: von der Aussiedlung ausgenommene Fachleute, Kriegsgefangene, Insassen von Arbeitslagern sowie Kinder ohne Erziehungsberechtigte. Grundsätzlich machten die polnischen Behörden hinsichtlich der Ausreise damals keine Schwierigkeiten mehr. Eine Ausnahme waren dabei Mischehen mit Kindern: in solchen Fällen versuchte man denjenigen Ehepartner, der die deutsche Staatsbürgerschaft besaß, zum Annehmen der polnischen zu überreden – dasselbe tat man übrigens auch gegenüber deutschen alleinerziehenden Frauen. Auch Eheschließungen zwischen deutschen Frauen und polnischen Männern wurden nicht verhindert. Dies resultierte aus der Überzeugung, die Deutschen würden sich allmählich assimilieren. Man bemühte sich außerdem, für das Funktionieren der Volkswirtschaft notwendige Arbeitskräfte zum Bleiben zu bewegen.

Diejenigen Deutschen, die sich 1948 entschlossen, Polen zu verlassen, reisten unter völlig anderen Umständen aus als in den ersten Nachkriegsmonaten und -jahren. Schließlich hörten die Aussiedlungen im Jahre 1949 auf, womit jedoch das Problem der deutschen Bevölkerung nicht ganz erledigt war. Insgesamt wurden von 1945 bis 1949 ungefähr 3,6 Millionen Deutsche aus Polen entfernt.

Die Aussiedlungen der Deutschen aus Polen haben somit länger gedauert als diejenigen aus der Tschechoslowakei. In Polen wurde die deutsche Bevölkerung auch etwas anders betrachtet, nämlich nicht bloß als ein schnellstens zu lösendes Problem, sondern auch als Wirtschaftsfaktor. Die Deutschen galten für die polnische Industrie als wertvolle Fachleute. Daher stellte man bereits im November 1945 fest, dass etwa 300.000 deutsche Fachkräfte in Polen bleiben sollten. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Polen liberaler bzw. humaner gewesen wären als die Tschechen. Deutsche Arbeitskräfte wurden in Polen solange maximal ausgenutzt, wie man sie brauchte. Sobald sich an ihrer Stelle Polen gefunden hatten, gelangten die Deutschen meistens in den nächsten Aussiedlungstransport.

Auf dem Territorium Polens existierten auch zahlreiche Lager für Deutsche. Nach deutschen Berechnungen gab es damals in Polen 1255 Lager und 227 Gefängnisse, in denen man Deutsche festhielt. Manchmal waren die Internierungsbedingungen sehr schlimm. Für solche Lager wurden Gebäude ehemaliger Kriegsgefangenen- oder Konzentrationslager, Wohnhäuser, Kasernen, Kirchen und Klöster in Anspruch genommen, wo es schwierig war, die Hygiene zu wahren. Dies führte, in Verbindung mit stark gesenkten Nahrungsrationen, zur einer hohen Sterblichkeit. Mitunter waren die Totenzahlen so hoch, dass man keine offiziellen Aufzeichnungen führte. Die an diesen Internierungsorten herrschenden Bedingungen resultierten teilweise daraus, dass es überhaupt keine einschlägigen Regelungen gab. Der jeweilige Kommandant verfügte über eine uneingeschränkte Gewalt. Übrigens waren die Kommandanten – wie auch das restliche Personal – oft ganz zufällig in ihre Funktionen gelangt. Dadurch kam es zu Zwischenfällen aller Art wie Schikanen, Schläge und Vergewaltigungen. Es kam auch zu Ereignissen wie in Lamsdorf [Łambinowice], wo am 4. Oktober 1945 mehr als 40 Deutsche erschossen wurden.

Die Entwicklungen in Polen ähnelten somit in hohem Grade denjenigen in der Tschechoslowakei. Offenkundige Morde an Deutschen wurden jedoch vom polnischen Staat nicht genehmigt. In der Tschechoslowakei scheint die Epidemie des Hasses gegen Deutsche bis auf die höchsten Ebenen des staatlichen Verwaltungsapparats vorgedrungen zu sein. Als Beleg dafür seien hier nochmals die Ereignisse in Ústí nad Labem erwähnt. Das Bedürfnis nach Vergeltung für die Besatzungszeit, welche die ganze Tschechoslowakei überschwemmte, schien sogar von staatlicher Hand angestachelt zu werden. Mit absoluter Konsequenz strebten die Tschechen eine Tschechoslowakei an, die nur aus zwei Nationen – nämlich der tschechischen und der slowakischen – bestehen sollte. Die Atmosphäre des Jahres 1945 begünstigte also eine auf Beseitigung der deutschen Bevölkerung angelegte Politik. Es war die Absicht sowohl der Tschechen wie auch der wahrscheinlich nach ihrem Vorbild handelnden Polen, die Siegermächte vor vollendete Tatsachen zu stellen. Was in der Tschechoslowakei und in Polen bis zum Beginn der Potsdamer Konferenz vor sich ging, kann man sicherlich eine Vertreibung nennen. Rechtlich sanktioniert waren weder das Abschieben von Deutschen in jenem Zeitraum, noch die Art und Weise, wie es durchgeführt wurde. Erst auf der Konferenz zu Potsdam wurde beschlossen, die Deutschen „in geordneter und humaner Weise“ auszusiedeln, und dieser Beschluss wurde von allen Siegermächten mitgetragen. Man könnte über moralische Aspekte jener Entscheidung und ihre Folgen lange debattieren. Nichtsdestoweniger hat das Abschieben der deutschen Bevölkerung damit eine internationale Akzeptanz gewonnen, so dass der Begriff „Aussiedlung“ für die Vorgänge nach 1946 angemessen erscheint.

Übersetzt von Michał Antkowiak

Literatur

- Jonca K., *Dekrety prezydenta Edvarda Beneša. Niemcy w czechosłowackiej doktrynie politycznej i prawnej z lat 1920–1945*, Wrocław 2005.
- Kastory A., *Rewanż za Monachium. Z dziejów czechosłowackiej polityki wobec sąsiadów w latach 1945–1947*, Kraków 1996.
- Kołacki J., *Bolesne punkty historii. Wypędzenia i wypędzeni w polskim piśmiennictwie naukowym*, Poznań 2012.
- Majewski P., *Edvard Beneš i kwestia niemiecka w Czechach*, Warszawa 2001.
- Niemcy w Polsce 1945–1950. Wybór dokumentów*, hrsg. W. Boro-dziej, H. Lemberg, Warszawa 2000.
- Nitschke B., *Wysiedlenie czy wypędzenie. Ludność niemiecka w Polsce w latach 1945–1989*, Toruń 2004.
- Petersen Th., *Flucht und Vertreibung aus Sicht der deutschen, polnischen und tschechischen Bevölkerung*, Bonn 2005.
- Stankowski W., *Obozy i inne miejsca odosobnienia dla niemieckiej ludności cywilnej w Polsce w latach 1945–1950*, Bydgoszcz 2002.
- Transfer, obywatelstwo, majątek. Trudne problemy stosunków polsko-niemieckich. Studia i dokumenty*, hrsg. W.M. Góralski, Warszawa 2005.
- Władze komunistyczne wobec ludności niemieckiej w Polsce w latach 1945–1989*, hrsg. A. Dziurok, P. Madajczyk, S. Rosenbaum, Warszawa 2016.

Die Erinnerung an die Umsiedlungen gemäß den polnisch-sowjetischen Umsiedlungsverträgen von 1944

Das Polnische Komitee der Nationalen Befreiung (PKWN) als vorläufiges Organ der polnischen Exekutivgewalt ging in seinem am 22. Juli 1944 erschienenen Manifest nur sehr allgemein auf die Nationalitätenfrage ein. Es wurde dort angekündigt, „sämtliche demokratischen Freiheiten sowie die Gleichheit aller Staatsbürger ohne Unterschied von Rasse, Bekenntnis oder Nationalität wiederherzustellen“¹. Die Frage der politischen Behandlung von Minderheiten war den neuen Machthabern damals relativ unwichtig. Man ging davon aus, dass sich das Problem des Vielvölkerstaates Polen durch Aus- bzw. Umsiedlungsmaßnahmen werde lösen lassen. Ziel war ein in nationaler Hinsicht einheitlicher Staat. In der polnischen Gesellschaft und in den neuen Machteliten herrschte nämlich die Überzeugung, die Völkervielfalt sei „eine der Hauptursachen für die Schwäche und für den Untergang der zweiten polnischen Republik“ gewesen².

Am 26. Juli 1944 unterzeichneten der PKWN-Vorsitzende, Edward Osóbka-Morawski, und der Volkskommissar für

Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Wjatscheslaw Molotow, eine Grenzvereinbarung. Danach sollte die Grenze entlang der Curzon-Linie verlaufen, so dass Polen einen Teil des Urwalds von Białowieża behielt³. Der so geplante Grenzverlauf bedeutete aber auch, dass auf polnischem Gebiet Ukrainer, Lemken, Weißrussen und Litauer verbleiben würden. Um das Konzept der national homogenen Gesellschaft zu verwirklichen, unterzeichnete das PKWN am 9. bzw. 22. September 1944 Umsiedlungsabkommen mit den Behörden der Ukrainischen, der Weißrussischen und der Litauischen Sozialistischen Sowjetrepublik. Aufgrund dieser Vereinbarungen sollten Ukrainer, Lemken, Weißrussen und Litauer das polnische Gebiet verlassen und in die UdSSR übersiedeln, andererseits Polen und Juden, die am 17. September 1939 polnische Staatsangehörige gewesen waren, nach Polen zurückkehren.

Die Ausreisen sollten freiwillig erfolgen; die Bereitschaft zur Ausreise konnte mündlich oder schriftlich bekundet werden. Für beide Migrationsrichtungen wurden den Teilnehmern günstige Bedingungen zugesagt. Dazu gehörte die Möglichkeit, den neuen Wohnort selbst auszuwählen, einen Kredit für den

¹ Manifest des Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung, S. 10, <http://bazhum.muzhp.pl/media/files/rocznik_Lubelski/rocznik_Lubelski1959-t2/rocznik_Lubelski-r1959-t2-s7-14/rocznik_Lubelski-r1959-t2-s7-14.pdf> [Zugriff am 3.01.2018].

² L. Olejnik, *Polityka narodowościowa Polski w latach 1944–1960*, Łódź 2003, S. 27.

³ J. Kozikowski, *Przyczynek do kwestii delimitacji granicy wschodniej Polski po drugiej wojnie światowej z uwzględnieniem odcinka białostockiego*, „Studia Podlaskie” Bd. XVII, 2007/2008, S. 149–150.

Aufbau des Haushalts aufzunehmen, eine Entschädigung für das zurückgelassene Vermögen zu erhalten und bis zu 2 Tonnen Hab und Gut pro Familie mitzunehmen. Es wurde auch zugesichert, dass die Umgesiedelten Arbeit gemäß ihrem Bildungsniveau und ihrer Ausbildung sowie jeweils ein Grundstück von gleicher Größe bekommen würden, wie sie es in Polen zurückließen⁴.

Aus der Ukrainischen, der Litauischen und der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik sowie aus anderen Teilen der UdSSR sind im Rahmen der oben erwähnten Verträge 1.517.983 Umsiedler nach Polen ausgewandert; das entsprach 60 Prozent des von den Verträgen betroffenen Personenkreises. Die meisten kamen aus der Ukrainischen SSR (787.674 – 49%), danach kam die Weißrussische SSR mit 274.163 Personen (17%), sonstige Teile der Sowjetunion mit 258.990 Personen (17%) und die Litauische SSR mit 197.156 Umsiedlern (13%)⁵. Unter den 1944–1948 Umgesiedelten machten Polen 94,5%, Juden 4,3% und „Sonstige“ 1,2% aus. 61 Prozent der polnischen Umsiedler kamen vom Land und 39 Prozent aus Städten⁶. Die Ankömmlinge aus Litauen siedelten sich vor allem in den Wojewodschaften Wrocław, Oberschlesien und Lublin an. Die Umsiedler aus Weißrussland wählten hingegen die Wojewodschaften Wrocław, Łódź und Szczecin, die aus der Ukraine Kommenden Oberschlesien, Wrocław und Lublin⁷.

⁴ Vertrag zwischen dem Polnischen Komitee der Nationalen Befreiung und der Regierung der Litauischen Sozialistischen Sowjetrepublik zur Evakuierung polnischer Staatsangehöriger aus dem Gebiet der Litauischen SSR bzw. der litauischen Bevölkerung aus dem Gebiet Polens, Lublin 22. September 1944, in: A. Srebrakowski, *Polacy w Litewskiej SRR 1944–1989*, Toruń 2002, S. 311–318.

⁵ J. Czerniakiewicz, M. Czerniakiewicz, *Przesiedlenia ludności w Europie 1915–1959*, Warszawa 2005, S. 75, 85, 91, 98.

⁶ Ebd., S. 60.

⁷ Ebd., Tabellen 11, 12 u. 13, S. 172–174.

Die Umsetzung der nach den Partnern auf sowjetischer Seite auch als Republiken-Verträge bezeichneten Abmachungen von 1944 blieb von den zu Papier gebrachten Zielen weit entfernt. Bei den Umsiedlungen herrschten Zwang und Repressalien. Die Erfüllung der Verträge wurde durch sog. Hauptbevollmächtigte und Hauptvertreter überwacht, die wiederum ihre Stellvertreter und Bezirksbevollmächtigten bestimmten.

Auf polnischer Seite konnten sich Personen litauischer Nationalität ab Oktober 1944 zur Ausreise melden. Allerdings wollten die meisten dieser Litauer Polen gar nicht verlassen. Denn hier war ihre Heimat, außerdem verspürten sie wenig Lust, in die UdSSR auszureisen, da Litauen 1940 von der Sowjetunion annektiert und dieser Zustand 1944 wiederhergestellt worden war. Aus den grenznahen Gemeinden um Suwałki trug sich bis Ende März 1945 nur eine Frau mit Kind zur Ausreise ein⁸. Bis zum 1. Mai 1945 erhöhte sich die Zahl unwesentlich auf 18 bzw. – nach anderen Berechnungen – 43 Personen (darunter auch Personen russischer Nationalität)⁹. Im Winter 1944/45 kehrte sich der offiziell erwünschte Wanderungsprozess sogar um: es kamen Litauer, die die deutschen Besatzungsbehörden zwangsweise umgesiedelt hatten, in das Gebiet um Suwałki zurück, ebenso Personen, die während des Krieges zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert worden waren. Laut einer Schätzung des Wojewoden von Białystok, Jerzy Sztachelski, waren bis November 1944 ca. 3000 Personen litauischer Nationalität zurückgekehrt; sein Nachfolger Stefan Dybowski berichtete im Spätsommer 1945, dass sich diese Zahl bis Juli 1945 auf über

⁸ M. Sidor, *Wysiedlenia ludności litewskiej z Suwalszczyzny w latach 1941, 1945–1949, ich przebieg i konsekwencje*, <<http://www.astn.pl/r2012/sidor.htm>> [Zugriff am 4.01.2018].

⁹ L. Olejnik, a. a. O., Anm. 228, S. 543.

5000 Litauer erhöht habe¹⁰. Im Juni 1945 beendeten die Evakuierungskommissionen ihre Tätigkeit.

Am 6. Juli 1945 unterzeichneten die polnischen Staatsbehörden mit Repräsentanten der UdSSR einen nächsten Vertrag zur Fortsetzung der Evakuierungsmaßnahmen. Ausreisewillige gab es jedoch weiterhin nicht. Heutzutage ist es schwierig, die Anzahl der aus Polen ausgereisten Litauer eindeutig zu ermitteln.

Auch unter den in Polen lebenden Weißrussen war die Neigung gering, Polen zu verlassen. Die zur Übersiedlung eingeplante Zahl von 126.622 weißrussischen Einwohnern der Wojewodschaft Białystok wurde nicht ansatzweise erreicht¹¹. Um sich der Aussiedlung zu entziehen, verleugneten viele Bürger weißrussischer Nationalität diese und engagierten sich in den örtlichen Machtstrukturen wie Miliz [Milicja Obywatelska] und Staatssicherheit [Urząd Bezpieczeństwa Publicznego]. Durch solche Loyalität wollten sie demonstrieren, dass ihre Umsiedlung nicht nötig sei¹². Doch die sowjetischen Behörden bestanden auf der Umsiedlung und forderten eine Bestrafung derjenigen, die sich der Umsiedlung entzogen. Die polnische Seite vertrat dagegen den Standpunkt, dass es für Strafmaßnahmen keine rechtliche Grundlage gebe¹³. Angesichts dieser passiven Haltung der Behörden wurde Anfang des Jahres 1945 der polnische Untergrund aktiv, mit dem Ziel, Weißrussen mit Terror zur Ausreise zu nötigen. Solche Gewaltaktionen gab es vor allem in den ersten Monaten des Jahres 1946. Die Täter

waren Mitglieder einer Abteilung des „Sonderaktionskommandos“ [Pogotowie Akcji Specjalnej] der antikommunistischen Untergrundorganisation NZW [Narodowe Zjednoczenie Wojskowe – „Nationale Militärische Vereinigung“] unter dem Kommando von Romuald Rajs (Tarnname „Bury“)¹⁴, des Trupps von „Modrzew“, sowie der Züge von „Leszek“ bzw. „Bitny“¹⁵. Die behördliche Haltung gegenüber den Weißrussen änderte sich auf die Nachricht hin, diese hätten die Absicht, den östlichen Teil der Białystok-Region von Polen abzuspalten und der Weißrussischen SSR anzugliedern – Gerüchte, die sich im Laufe einer im Sommer 1945 durchgeführten Ermittlung nicht bestätigten¹⁶. In der Zeitspanne 1944–1946 sind laut einem NKWD-Bericht insgesamt 27.409 Weißrussen ausgesiedelt worden¹⁷. Aus dem Jahre 1946 zitiert der polnisch-weißrussische Historiker Eugeniusz Mironowicz offizielle polnische Quellen mit der Aussage, ein Weißrussen-Problem gebe es in der Wojewodschaft Białystok nicht mehr¹⁸.

Außer Litauern und Weißrussen sollten auch die Ukrainer aus Polen evakuiert werden – eine Gruppe, die in der

¹⁰ Ebd., S. 545.

¹¹ Ebd., S. 498.

¹² E. Mironowicz, *Białorusini*, in: *Mniejszości narodowe w Polsce. Państwo i społeczeństwo polskie a mniejszości narodowe w okresach przełomów politycznych (1944–1989)*, hrsg. P. Madajczyk, Warszawa 1998, S. 17.

¹³ L. Olejnik, a. a. O., S. 508.

¹⁴ Am 30. Juni 2005 wurde vom Staatsanwalt der Regionaldienststelle zur Strafverfolgung von Verbrechen gegen das polnische Volk [Oddziałowa Komisja Ścigania Zbrodni Przeciwko Narodowi Polskiemu] zu Białystok die Untersuchung „betreffend Verbrechen gegen die Menschheit, die vom 29.01.1946 bis 2.02.1946 auf dem Gebiet des Landkreises Bielsk Podlaski mit der Absicht verübt worden sind, einen Teil der polnischen Staatsbürger wegen ihrer Zugehörigkeit zur weißrussischen Nationalität orthodoxer Konfession zu vernichten“ eingestellt. M. Bołtryk, *To było ludobójstwo*, „Przegląd Prawosławny“ Nr. 8 von 2005, <http://www.przegladowprawoslawny.pl/articles.php?id_n=949&id=8> [Zugriff am 5.01.2018].

¹⁵ Mehr dazu siehe J. Kułak, *Pacyfikacja wsi białoruskich w styczniu 1946 roku*, ObeP IPN Białystok, <<http://polska1918-89.pl/pdf/pacyfikacja-wsi-bialoruskich-w-styczniu-1946-roku,6055.pdf>> [Zugriff am 5.01.2018].

¹⁶ E. Mironowicz, a. a. O., S. 21.

¹⁷ L. Olejnik, a. a. O., Anm. 3, S. 498.

¹⁸ E. Mironowicz, a. a. O., S. 25.

Zwischenkriegszeit die zahlenmäßig stärkste nationale Minderheit in Polen gebildet hatte. Einschließlich dem in den Karpaten lebenden Volk der Lemken schätzte man, dass innerhalb der neuen polnischen Grenzen vom Juli 1944 rund 700.000 Ukrainer lebten¹⁹. Die aus diesem Vertrag resultierenden Umsiedlungen starteten am 15. Oktober 1944. Doch auch die Ukrainer wollten überwiegend nicht ausreisen, da sie sich an ihren Wohnorten zuhause fühlten²⁰. Die polnischen Behörden suchten sie also mit unterschiedlichen administrativen und ökonomischen Methoden unter Ausreisedruck zu setzen. Daneben begannen Einschüchterungsmaßnahmen gegen die ukrainische Bevölkerung seitens der Sicherheitsorgane: Es gab Fälle, wo Ukrainer ermordet und ihre Höfe ausgeraubt wurden²¹. Trotzdem hat die Evakuierungsaktion bis zu der vertraglich angesetzten Frist, dem 1. Februar 1945, auch gegenüber den in Polen lebenden Ukrainern die angestrebten Resultate nicht erbracht – bis dahin waren 482.000 Ukrainer umgesiedelt worden²².

Weiteren Umsiedlungen sollte der bereits erwähnte Vertrag vom 6. Juli 1945 sowie eine Konferenz dienen, die auf Betreiben von Ministerpräsident Edward Osóbka-Morawski am 24. Juli 1945 in Warschau stattfand. Auf dieser Zusammenkunft versuchten Mitarbeiter des Verwaltungsministeriums, die Vertreter der ukrainischen Minderheit zur Ausreise aus Polen zu bewegen – vergeblich²³. Die Ukrainer nutzten umgekehrt die Konferenz, um eigene Forderungen vorzubringen, darunter

Ukrainisch-Unterricht an den Schulen, freie Religionsausübung sowie Vereinsfreiheit²⁴. Im Laufe des Sommers 1945 muss den polnischen Behörden klargeworden sein, dass mit einer freiwilligen Ausreise der Ukrainer eher nicht zu rechnen war; daher wurden andere Schritte eingeleitet. Im September 1945 wurde in die von der ukrainischen Bevölkerung bewohnten Gebiete Militär entsandt, das der Ausreiseforderung mit teilweise brutalen Mitteln Nachdruck verlieh²⁵. Auch dies brachte jedoch nicht die erwarteten Resultate. Damals entstand der Plan, die Ukrainer innerhalb des polnischen Staates umzusiedeln. Mit seiner praktischen Umsetzung wurde der Einsatzverband *Grupa Operacyjna „Wisła”* unter General Stefan Mossor beauftragt.

Die Erinnerung an jene Umsiedlungen wird in der polnischen Geschichtsschreibung bis heute nicht besonders gepflegt. In den Schulbüchern kommt das Thema nicht vor. Nur eine Handvoll Veröffentlichungen hat sich bisher mit der persönlichen Tragödie der Umgesiedelten und ihrem Gefühl, Unrecht erlitten zu haben, befasst.

Übersetzt von Michał Antkowiak

¹⁹ L. Olejnik, a. a. O., S. 268.

²⁰ R. Drozd, *Ukraińcy w Polsce w okresie przełomów politycznych 1944–1981*, in: *Mniejszości narodowe w Polsce...*, a. a. O., S. 183.

²¹ Ebd., S. 184.

²² L. Olejnik, a. a. O., S. 273.

²³ Ebd., S. 187.

²⁴ Ebd., S. 280.

²⁵ R. Drozd, *Ukraińcy w Polsce ...*, a. a. O., S. 188–189.

Oberschlesien als Umsiedlergemeinschaft

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sind die mittel- und osteuropäischen Staaten mit der Problematik der Multikulturalität nicht konfrontiert worden. Denn man war zu jener Zeit bemüht, die dortigen Gesellschaften politisch und kulturell zu vereinheitlichen. Nach 1989 jedoch konnte dieses Thema wieder diskutiert werden. In Polen führte die Diskussion zu der Erkenntnis, dass die polnische Gesellschaft weder national noch ethnisch homogen sei. Insbesondere trifft diese Feststellung für Oberschlesien zu, wo räumlich geschlossene Bevölkerungsgruppen existieren, die sich zur deutschen bzw. zur schlesischen Herkunft bekennen.

Vor dem Hintergrund der Massenmigrationen des 20. Jahrhunderts ist Oberschlesien eine eher untypische Region. Einerseits erlebte nach 1922 derjenige Teil, der als Wojewodschaft Schlesien in den polnischen Staat eingegliedert worden war, eine polnische Zuwanderungswelle. Parallel dazu emigrierten von dort deutschstämmige Oberschlesier, die keine Staatsangehörige der zweiten polnischen Republik werden wollten. Und auch umgekehrt: Aus dem anderen, nunmehr deutschen Teil wanderten viele Oberschlesier aus, die sich während der Aufstände und der Volksabstimmung auf der polnischen Seite engagiert hatten. Nach 1945 wurde diese Region einem beispiellosen Bevölkerungsaustausch unterzogen, den man mit Begriffen wie Flucht, Vertreibung, Zwangsaussiedlung, Emigration und interne Einwanderung umschreiben kann. Die

jüngste, immer noch andauernde Migrationsbewegung besteht in der Rückkehr von Oberschlesiern, die – meistens als sogenannte Spätaussiedler – in den 1970er bzw. 1980er Jahren aus Oberschlesien ausgewandert waren und sich dann entweder in Deutschland gesellschaftlich und kulturell nicht integriert oder aber mit ihren in Oberschlesien verbliebenen Familienangehörigen ununterbrochen enge Kontakte aufrechterhalten hatten. Es ist in dieser Region noch eine weitere Migrationsform zu verzeichnen, die sich auf traditionelle gesellschaftliche Strukturen sowie auf familiäre und nachbarliche Bindungen besonders zerstörerisch auswirkt, nämlich lang andauernde saisonale Erwerbsmigration.

Unter den zehntausenden ober-schlesischen Migranten, die aufgrund des im Oktober 1975 zwischen den Behörden des kommunistischen Polen und der Bundesregierung geschlossenen Abkommens nach Westdeutschland auswanderten, gab es auch viele Polen – meistens Ehepartner von Oberschlesierinnen bzw. Oberschlesiern. Diese Fakten vor Augen, kann man die folgende – aus Sicht des polnischen Narrativs recht provokative – These über die dortigen gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Verhältnisse aufstellen: Polnische und früher auch deutsche Einwanderer, die sich im 18., 19. bzw. 20. Jahrhundert in dieser europäischen Region infolge unterschiedlicher Prozesse ansiedelten, behandelten Oberschlesien und dessen Einwohner als ein Gebiet, das man kolonisieren,

und dessen natürliche und menschliche Ressourcen man sich aneignen konnte.

Die polnische Zuwanderung in Oberschlesien erfolgte in mehreren Wellen. Die erste kam nach der Übernahme eines Teils von Oberschlesien durch den polnischen Staat im Jahre 1922. Die zweite, im Kontext der soeben formulierten Hauptthese dieses Beitrags wesentlich destruktivere, setzte im Jahre 1945 ein. An diese schloss sich noch eine dritte Welle an, nämlich die Binnenmigration der polnischen Bevölkerung nach Oberschlesien in den 1970er Jahren, als die Region dank der von Giereks Regierungsmannschaft erlangten Kredite ein starkes Wirtschaftswachstum genoss.

Die 1922 vorgenommene Spaltung Oberschlesiens hatte zur Folge, dass mehr als 100.000 Personen – aus Angst vor deutscher Vergeltung – den innerhalb Deutschlands verbleibenden Teil der Region verließen. An ihre Stelle traten bis 1925 fast 220.000 Deutsche, die aus dem polnischen Teil Oberschlesiens nach Deutschland wechselten; etwas über 50.000 blieben im damaligen Regierungsbezirk Oppeln wohnhaft. Nach Einschätzung von Dr. H. Rogmann vom Bund Deutscher Osten (BDO) dürften im Jahre 1935 im Regierungsbezirk Oppeln ca. 550.000 Polen gelebt haben. Polnischerseits schätzte man die Zahl der polnischen Einwohner Schlesiens (mit allerdings unterschiedlich stark ausgeprägtem nationalem Bewusstsein) auf 660- bis 860.000, davon 60.000 in Niederschlesien.

Als Hauptursachen für den Anstieg der Bevölkerungszahl in der Wojewodschaft Schlesien in der Zwischenkriegszeit sind die natürliche Bevölkerungsentwicklung sowie der Saldo der vor allem zwischen den beiden oberschlesischen Teilgebieten stattfindenden Migrationsbewegungen zu nennen. Während des Zweiten Weltkriegs verschoben sich die Grenzen Oberschlesiens, indem ein Teil der Wojewodschaften Krakau und Kielce in den neugebildeten Regierungsbezirk Kattowitz

eingegliedert wurde. Die Einwohnerzahl dieses Regierungsbezirks belief sich im Jahre 1945 auf 2,3 Millionen¹. In der Einwohnerzahl des Regierungsbezirks Oppeln gab es während des Krieges keine wesentlichen Änderungen. Erst gegen Ende des Krieges stieg die Einwohnerzahl der oberschlesischen Regierungsbezirke (Oppeln und Kattowitz) stark an, weil Deutsche aus den von der Roten Armee eingenommenen Ostgebieten nach Schlesien verbracht wurden. Schutz suchten hier außerdem Menschen, denen im Westen Deutschlands Bombenangriffe drohten².

Für Oberschlesier begann das Drama im Januar 1945. Bislang war die Region von negativen Folgen des vom Dritten Reich geführten Krieges verschont geblieben. Das Heranrücken der Roten Armee setzte Prozesse in Gang, die im Endeffekt zu einer radikalen Umwandlung der ethnischen Zusammensetzung in dieser Provinz führten. Die heutige Zahl der autochthonen Einwohner wird auf etwa 1,5 bis 1,7 Millionen, die Gesamtzahl der Einwohner des historischen Oberschlesiens auf 5,6 Millionen geschätzt³. Durch Flucht, Vertreibung, Zwangsaussiedlung und Auswanderung in den Jahren 1945–1950 sind die Einheimischen zu einer Minderheit in der eigenen Heimat geworden.

Den Anfang der Präsenz Oberschlesiens in der neuen Realität markiert eine generelle politische Überprüfung der

¹ M. Błaszczak-Wacławik, W. Błaszczak, T. Nawrocki, *Górny Śląsk szczególnie przypadek kulturowy*, Warszawa 1990, S. 63.

² M. Lis, *Pochodzenie terytorialne dzisiejszych mieszkańców Śląska*, in: „Wach auf, mein Herz, und denke“: zur Geschichte der Beziehungen zwischen Schlesien und Berlin-Brandenburg von 1740 bis heute = „Przebudź się, serce moje, i pomyśl!": przyczynek do historii stosunków między Śląskiem a Berlinem-Brandenburgią od 1740 roku do dziś, hrsg. K. Bździach, übersetzt. M. Choroś et al., Opole–Berlin 1995, <http://www.expolis.de/schlesien/texte/Pochodzenie_terytorialne.html>[Zugriff am 12.08.2016].

³ C. Trosiak, *Górny Śląsk. Między regionalizmem, autonomią a separatyzmem*, Poznań 2016, S. 182.

oberschlesischen Bevölkerung: im östlichen, seit 1922 polnischen Teil nannte sie sich „nationale Rehabilitierung“, im westlichen, ehemals deutschen, „Verifizierung“. Nach dieser Kontrolle erlaubte man beinahe zwei Millionen autochthonen Einwohnern Oberschlesiens, in ihrer Heimat zu bleiben. Bis 1950 wurde eine Million⁴ Oberschlesier zwangsweise ausgesiedelt; bis 1975 stieg die Zahl der Abgewanderten auf 1,25 Millionen. Was die Aussiedler betrifft, d. h. diejenigen Einwohner, die sich zur freiwilligen Ausreise „ins Reich“, *do Rajchu*, entschlossen, wurde Oberschlesien im Zeitraum von 1950 (als die Zwangsaussiedlungen aufhörten) bis 1993 von 581.449 Personen verlassen⁵. Das ethnische Bild Schlesiens hat sich dadurch grundlegend verändert. Die Volkszählung vom Dezember 1950 ergab für Oberschlesien folgende Bevölkerungsstruktur:

- 1) Autochthone: 56,43%;
- 2) Umsiedler aus Zentralpolen: 21,6%;
- 3) Umsiedler aus den polnischen Ostgebieten: 22%.

Dieser Zustand blieb in den darauffolgenden Jahren nicht statisch. Durch Auswanderung der autochthonen Bevölkerung in die Bundesrepublik verkleinerte sich allmählich der Anteil dieser regionalen Gruppe an der gesamten Population Schlesiens. In den Nachkriegsjahren gab es ferner Prozesse (Mischen, unterschiedlich hohe Geburtenraten), die es unmöglich machen festzustellen, wie die Anteile dieser Gruppen heute aussehen. Menschen, die sich in Oberschlesien nach dem Zweiten Weltkrieg ansiedelten, stammten meistens aus dem südlichen Teil des Vorkriegspolens: dem an Schlesien angrenzenden Dąbrowski-Revier, den übevölkerten Wojewodschaften Kielce,

⁴ R. Reichling, H. Neymayer, P.B. Boretius, *Die Aussiedler aus dem polnischen Bereich*, in: *Untersuchungen über die Aussiedler in der Bundesrepublik Deutschland. Herkunft, Ausreise, Aufnahme*, Bad Homburg v. d. Höhe 1979, S. 121.

⁵ Statistiken des Bundesausgleichamtes und des Bundesverwaltungsamtes.

Krakau und dem westlichen (innerhalb Polens verbliebenen) Teil der Wojewodschaft Lwów, sowie den an die UdSSR gefallen Gebieten der Wojewodschaften Lwów, Tarnopol, Stanisławów und teilweise Wolhynien (Łuck). In den 1970er Jahren gab es in Oberschlesien eine durch die Suche nach besseren Lebensbedingungen motivierte Zuwanderung aus anderen Regionen Polens, u.a. aus den West- und Nordgebieten. Es handelte sich bei den Zugewanderten um eine heterogene Population, deren mitgebrachte Eigenschaften das Zusammenleben mit den verschiedenen Gruppen der Einheimischen nicht immer erleichterten.

Ab 1989 verläuft die Debatte über die gesellschaftlich-politischen Prozesse in Oberschlesien unter völlig neu definierten Rahmenbedingungen. Der Kontext änderte sich sowohl von außen her (Zusammenbruch des kommunistischen Blocks, Wiedervereinigung Deutschlands mit Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze), wie auch im Inneren (Wiederherstellung der Selbstverwaltung auf Gemeinde-, Kreis- und Wojewodschaftsebene, Polens EU-Mitgliedschaft; gesellschaftliche und politische Demokratisierung, ethnische Struktur Oberschlesiens⁶). Das Zusammenwirken aller dieser Faktoren ermöglichte nun eine Debatte über die Zukunft Oberschlesiens. Eine äußerst wichtige Frage dabei war die nach dem kulturellen Selbstverständnis, was zum Wiederaufleben der schlesischen Identität

⁶ „Laut Ergebnissen der Nationalen Volks- und Wohnungszählung von 2011 weisen die ober Schlesischen Landkreise der Wojewodschaften Oppeln und Schlesien insgesamt 3.783.207 Einwohner auf, davon entfallen 880.524 auf die Wojew. Oppeln und 2.902.683 auf die Wojew. Schlesien. Zum Vergleich: die beiden ober Schlesischen Wojewodschaften werden insgesamt von 5.646.478 Personen bewohnt, davon entfallen 1.016.212 auf die Wojew. Oppeln und 4.630.366 auf die Wojew. Schlesien. Aus den o. g. Daten geht also hervor, dass die historisch nicht ober Schlesischen (d. h. zu Niederschlesien und Kleinpolen gehörigen) Landkreise der Wojewodschaften Oppeln und Schlesien genau 1.863.271 Einwohner aufweisen, was 33% der gesamten Einwohnerzahl entspricht“. C. Trosiak, *Górny Śląsk...*, S. 182.

in dieser Region führte. Fast alle Teilnehmer jener Auseinandersetzungen haben eine regionale Identifikation („Wir-sind-hier-zu-Hause“) zum Ausdruck gebracht. Dies betrifft sowohl die Anführer der Organisationen der deutschen Minderheit als auch die Aktivisten der Vereine der Schlonsaken⁷. Bei der Rückschau auf die zwischen Oberschlesien und dem polnischen Staat 1945–1989 bestehenden Wechselbeziehungen zeichnete sich von Anfang an eine Rückkehr zur Vorkriegsrhetorik ab. Die Schlesier beschuldigten den polnischen Zentralstaat, Oberschlesien als eine Halbkolonie zu behandeln⁸, seine Ressourcen – die materiellen (Naturschätze) und die menschlichen (Arbeitskraft) – übermäßig auszubeuten und die Früchte dieser Ausbeutung aus der Region abzuziehen. Die Debatte über den Status der eingeborenen Schlesier entwickelte sich zu einer Auseinandersetzung über die Multikulturalität – und zwar eine, die als Wert und nicht als Belastung betrachtet wird.

In den 1990er Jahren wurde intensiv über den territorialen Umfang der Region diskutiert. Damals wurde in Polen die Verwaltungsreform vorbereitet. Für Oberschlesien lautete eine der wichtigsten daraus entstehenden Fragen, ob man zwei schlesische Wojewodschaften belassen oder vielmehr eine einzige bilden sollte. Diese Frage sorgte und sorgt immer noch

⁷ Der Begriff „Schlonsaken“ [ślązakowcy] wird vom Verfasser in der Bedeutung aufgegriffen, in der er in der Zwischenkriegszeit auftauchte. Zunächst bezeichnete man damit Mitglieder der von Józef Koźdoń 1908 im Teschener Schlesien [poln. Śląsk Cieszyński] gegründeten Schlesischen Volkspartei [Śląska Partia Ludowa, ŚPL]. Zum Hauptpunkt ihres politischen Programms machte die ŚPL nach 1919 die Schaffung eines autonomen oberschlesischen Staates. Dies war sicherlich ausschlaggebend dafür, dass der Begriff heutzutage auf die Verfechter des Konzeptes einer Selbständigkeit Oberschlesiens angewendet wird. Für ihre politischen Gegner allerdings ist diese Bezeichnung negativ geprägt und wird von ihnen zum Stigmatisieren der schlonsakischen Kreise benutzt.

⁸ J. Chałasiński, *Antagonizm polsko-niemiecki w osadzie fabrycznej „Kopalnia” na Górnym Śląsku*, „Przegląd Socjologiczny”, Bd. III, Heft 1–2, 1935, S. 243.

für Konflikte unter den Einwohnern der Region. Dabei verlief die Spaltung unabhängig davon, welcher Gruppe man angehörte. Es war also egal, ob es sich um eingeborene Oberschlesier handelte oder um Zuwanderer aus anderen Gebieten Polens, die hier gegenwärtig in der Mehrheit sind. Die Kriterien dieser Spaltung waren ziemlich überraschend, obgleich politisch nachvollziehbar und durchaus rational. Im Laufe der Debatte kamen neue, bisher unbekannte politische Akteure zum Vorschein. Sie ergänzten die Präsenz der oberschlesischen Regionalisten, die vor 1989 gegenüber der gesamtpolnischen Öffentlichkeit mit Folklore und Kunstgewerbe als Elementen der polnischen Volks- und Nationalkultur in Erscheinung getreten waren. Das offizielle Narrativ stellte Oberschlesien als eine Region dar, die 600 Jahre lang vom polnischen Mutterland abgetrennt gewesen sei. Deswegen war es für die meisten Polen überraschend zu erfahren, dass ein Teil der Einwohner sich nun dem Deutschtum zuwandte. Alle jene, die die gesellschaftlichen Verhältnisse des größtenteils von Autochthonen bewohnten ländlichen Raums der Wojewodschaft Opole – insbesondere die Dörfer in deren östlichem Teil – kannten, konnte das aber nicht überraschen.

Die öffentliche Diskussion zu diesen Themen belebte sich durch die Ergebnisse der Volkszählung von 2002 und nochmals nach 2011. Damals stellte sich heraus, dass die Schlesier die größte nationale bzw. ethnische Minderheit in Polen bilden. Bis dahin nämlich wurden oberschlesische Ansprüche mit der Feststellung abgetan, es handele sich um Bestrebungen von Politikern, die im etablierten politischen Leben auf regionaler und gesamtpolnischer Ebene keinen Platz gefunden hätten. Doch wenn beinahe eine Million Personen eine schlesische national-ethnische Abstammung deklariert hat und die Entstehung der Schlesischen Regionalen Partei (Śląska Partia Regionalna) eine entsprechende gesellschaftliche Mobilisierung anzeigt,

kann man die in dieser Region stattfindenden Prozesse rund um das Definieren der kulturellen Eigenart der Oberschlesier in Abgrenzung zur polnischen Nation nicht länger ignorieren.

Die regionalistisch gesinnten Milieus (Schlonsaken, deutsche Minderheit, polnische Bevölkerung, die sich in der Debatte über die oberschlesische Identität engagiert – sogenannte *krzoki*) müssten sich eigentlich im Interesse der Zukunft Oberschlesiens konsolidieren; gegenwärtig allerdings verfolgen sie mitunter gegensätzliche Ziele. Es muss Basisarbeit geleistet werden, um für die „schlesische Sache“ sowohl in der Region selbst, wie auch außerhalb (d. h. in anderen Regionen Polens und Europas) Verbündete zu gewinnen. Dieses Ziel kann durch heimatliche Bildung erreicht werden, durch Sorge um das Ansehen der schlesischen Sprache (*godka*) unter den Oberschlesiern selbst, wie auch unter den Zugewanderten. Denn die Sprache ist hier das deutlichste Merkmal der kulturellen Eigenart. Angesichts noch fehlender empirischer Daten kann die These, dass in der zugewanderten Bevölkerung ein Wandel der kulturellen Zugehörigkeitsgefühle stattfindet, noch nicht valide untermauert werden. Aber Anzeichen für eine solche Entstehung eines „schlesischen Wir-Gefühls“ auch unter den Nachkommen der seit 1945 zugewanderten Bewohner gibt es: etwa wachsendes Interesse am oberschlesischen Kulturerbe. Auch andere Indikatoren (wie z. B. Mitgliedschaft von Personen nichtschlesischer Abstammung in Schlonsaken-Vereinen) weisen in diese Richtung und deuten an, dass wir es in Oberschlesien mit einem Prozess der kulturellen Konversion zu tun haben. Noch stehen allerdings systematische Studien zu diesem Thema aus. Das politische Klima für Diskussionen über regionalistische Bestrebungen – als ein bestimmtes Denkmodell für Beziehungen zwischen Zentral- und Regionalbehörden bzw. zwischen National- und Bundesstaat – hat sich in Polen, aber auch in ganz Europa zu Ungunsten des föderalen Modells

gewandelt. Es ist also in der nächsten Zeit mit einer Verlangsamung derjenigen Prozesse zu rechnen, die eine Emanzipation der Oberschlesier zum Ziel haben. Das gilt gleichermaßen für die autochthonen Oberschlesier, wie auch alle anderen, die sich mit dem Oberschlesiertum identifizieren – unabhängig davon, was sich die einzelnen Teilnehmer und Anreger dieser Aktivitäten darunter vorstellen⁹.

Übersetzt von Michał Antkowiak

⁹ C. Trosiak, *Górny Śląsk...*, S. 298.

Über die Autoren

Dr. habil. Anita Adamczyk, Professorin der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań, Politologin, Fakultät für Politikwissenschaft und Journalismus.

Dominika Bazaniak, Absolventin der Fakultät für Politikwissenschaft und Journalismus der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań. Mitarbeiterin des Posener Oral-History-Archivs des Städtischen Verlags Posnania.

Beata Buchwald, Geschichtslehrerin, Grundschule Nr. 2, Mosina.

Prof. Hans Henning Hahn, Historiker, Universität Oldenburg.

Dr. Jacek Kubiak, Literaturhistoriker, Historiker, Städtischer Verlag Posnania.

Dr. habil. Bernadetta Nitschke-Szram, Professorin der Universität Zielona Góra, Historikerin und Politologin, Fakultät für Recht und Verwaltung.

Prof. Maria Rutowska, Historikerin, West-Institut Poznań, Hochschule für Geisteswissenschaften und Journalismus, Poznań.

Prof. Andrzej Sakson, Soziologe, Fakultät für Politikwissenschaft und Journalismus der Adam-Mickiewicz-Universität Poznań, West-Institut Poznań.

Jens Stiller, Geschichtslehrer und Schulleiter am Dreilinden-Gymnasium in Berlin.

Wiesława Surdyk-Fertsch, Geschichtslehrerin, Expertin am Zentrum für Lehrerfortbildung Poznań.

Dr. habil. Robert Traba, Historiker, Kulturwissenschaftler, Honorarprofessor an der Freien Universität Berlin, mehrjähriger Direktor des Zentrums für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften (2006–2018), Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften Warschau.

Dr. habil. Cezary Trosiak, Soziologe, Adam-Mickiewicz-Universität Poznań, Fakultät für Politikwissenschaft und Journalismus.

Dr. Katarzyna Woniak, Historikerin, Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften (2013–2018).

Die deutsche Fassung des Beitrags von Hans Henning Hahn erschien zuerst in: *Historie. Jahrbuch des Zentrums für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften*, Folge 11, 2017.

Der Beitrag von Robert Traba und Katarzyna Woniak erschien zuerst im Katalog der Ausstellung „Vertriebene 1939... Deportationen von polnischen Bürgern aus den ins Dritte Reich eingegliederten Gebieten“, herausgegeben von Dr. Jacek Kubiak und Dr. Agnieszka Łuczak, Poznań 2017.